

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

»...die antifaschistische Aufklärungsarbeit intensivieren, denn nicht die Arbeiterschaft als solche ist gegen den Nationalsozialismus gefeit, sondern nur jener Teil der Arbeiterschaft, der zum Klassenbewußtsein gelangt...«

Ernst Fraenkel, Syndikus des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Lehrer an der Wirtschaftsschule des DMV (Sozialistische Bildung, 1930, Heft 11, S.332)

■ Politisierung und Polarisierung in Österreich ■ Österreichs Boykott durch die EU, ein symbolischer Akt ■ Ein Kommentar aus Wien ■ Polizeipraktiken in Wien – ein Erfahrungsbericht ■ Der Austromarxismus ■ Druck auf das allgemeine Lohnniveau: Sozialhilfe und Arbeitszwang ■ Berlin: NPD marschiert – das Bürgertum schaut weg ■ Antifa-Demo: Bunt statt braun ■ Bremen: Probleme und Widersprüche in der IG Metall ■ Südafrika: VW entläßt Teil der Belegschaft – IG-Metall-Funktionäre behindern Solidarität ■ Dokumente und Berichte dazu

Politisierung und Polarisierung in Österreich

Die Wahlergebnisse vom 3. Oktober 1999 und die vier Monate später erfolgte Regierungsbildung durch ÖVP und FPÖ stellen einen tiefen Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte des österreichischen Parlamentarismus dar. Den beiden Volksparteien SPÖ und ÖVP gelang es nicht mehr, eine gemeinsame politische Antwort zu finden auf die Herausforderungen, vor denen der Kapitalismus in Österreich steht – sei es durch die Fortsetzung der großen Koalition oder die Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung durch die Volkspartei. Die Rechtsentwicklung in der österreichischen Gesellschaft, die in den Wahlerfolgen der Haider-Partei sichtbar wurde, aber längst alle Parteien erfasst hatte, fand ihren Niederschlag in der Bildung einer schwarz-blauen Koalition. Sieht man mal von der kurzen Episode der Regierung Berlusconi in Italien ab, so ist die Regierungsbeteiligung einer offen nationalistischen, rechtspopulistischen Partei ein bisher einmaliger Vorgang innerhalb der EU. Der Bruch mit dem bisherigen Volksparteiensystem hat dann auch heftige Reaktionen und Kontroversen im In- und Ausland ausgelöst.

Nach der Bildung der konservativ-nationalistischen Regierung wurde Österreich von einer Protestwelle bisher nicht gekannten Ausmaßes erfasst. Den vorläufigen Höhepunkt bildete die größte Demonstration der österreichischen Nachkriegsgeschichte. Über 200.000 Menschen beteiligten sich am 19. Februar in Wien an der Kundgebung gegen die neue Regierung, nachdem, neben Künstlern und Initiativen aus der antirassistischen Bewegung, auch die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter und die parlamentarische Opposition (SPÖ und Grüne) aufgerufen hatten.

»Die neue Regierung aus ÖVP und SPÖ polarisiert die Gesellschaft, doch die ist ungeübt im ernsthaften politischen Konflikt. ... Die zweite Republik, mit fast 50 Jahren großer Koalition in Österreich, war von Beginn an auf Konfliktvermeidung angelegt, auf Sozialpartnerschaft, Proporz, Konsens. Alles war Walzer. ›Küss die Hand, gnä' Frau‹ und ›bitte, gern‹ bis zur Selbstverleugnung. Dass 1968 in Wien keine Studentenrevolte auf den Straße tobte – kein Wunder. ... In Wiener Familien wird heute mehr über Politik diskutiert als jemals zuvor. ›Jetzt redet man sich die Köpfe heiß‹, sagt ein 58-jähriger EDV-Angestellter auf der Straße, ›das wird schon länger anhalten.‹ Barbara, eine junge Sozialarbeiterin sagt: ›Die Konflikte gehen durch die Familien.‹« (Die »Welt«, 21.2.2000 in einem Stimmungsbericht über die Demonstration)

Das Ende der Nachkriegsperiode, in der sich SPÖ und ÖVP ohne Konkurrenz die Macht teilen sowie die politische Stabilität im Land sichern konnten, hat zu einer Politisierung und Polarisierung in der Gesellschaft geführt.

Die Reaktionen, die durch die Regierungsbildung hervorgerufen wurden, blieben nicht auf Österreich beschränkt. Auch international – vor allem in den Staaten der EU – haben die Ereignisse Wellen geschlagen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union/Gemeinschaft wurde ein politischer Boykott gegenüber einem Mitgliedsland verhängt. Begründet wurde dies mit dem gleichen oder ähnlichen Argument, das auch Tausende in Wien auf die Straßen getrieben hatte. Haiders Politik entspreche nicht »den humanistischen Werten und der Würde des Menschen, die dem Geist der EU zugrunde liegen«.

Hinter den offiziellen Verlautbarungen verbergen sich eigene Interessen und innenpolitische Erwägungen. Und die sind keineswegs so einheitlich, wie es der Beschluss der 14 EU-Staaten vermuten lässt. Zwischen und in den konservativen Parteien ist ein heftiger Streit über die Haltung zur ÖVP ausgebrochen – in vielen Ländern ist der Boykottbeschluss umstritten. Er bleibt, da er keinerlei wirtschaftliche Sanktionen beinhaltet, ein symbolischer Akt, der es den EU-Regierungen erlaubt, weiterhin den Tagesgeschäften mit den österreichischen Partnern nachgehen zu können. Vor allem den sozialdemokratisch geführten Regierungen dient er zum einen der Beruhigung des eigenen Anhangs, zum anderen ist

INHALT

Politisierung und Polarisierung in Österreich	2
Die österreichische Form der Sozialpartnerschaft	3
Resolution: Warnung an die neue Regierung	7
Boykott durch die EU – ein symbolischer Akt	8
Ein Kommentar aus Wien	9
Korrespondenz: Polizeipraktiken in Wien	11
Der Austromarxismus	12
Druck auf das allgemeine Lohnniveau:	
Sozialhilfe und Arbeitszwang	18
Korrespondenzen:	
Berlin: NPD marschiert – das Bürgertum schaut weg . . .	25
Antifa-Demo: Bunt statt braun	27
Bremen: Probleme und Widersprüche in der IG Metall . .	27
Südafrika: VW entlässt Teil der Belegschaft	31
IG Medien Hamburg: Offener Brief an VW-Betriebsräte . .	30
Ein Brief aus Südafrika an die deutschen Kollegen	31
Vertrauensleutevollversammlung bei VW Kassel	32

Beilagen:

In Berlin zu den Auseinandersetzungen im Berliner Bildungsbereich; in Hamburg zu den Auseinandersetzungen in der PDS.
Von der Initiative »Dialog von unten – Gewerkschafter gegen den Krieg« wurden wir gebeten, ihren aktuellen Spendenauftrag mit zu verbreiten, er liegt ebenfalls bei.

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübke
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postbox 106426 · D - 20043 Hamburg«

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenastraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Rote Straße 10 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahnenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestoche scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

er der Befürchtung geschuldet, eine ähnliche Konstellation könnte die Regierungsmehrheit im eigenen Land in Zukunft in Frage stellen. Die Regierungen der EU-Staaten sind keine Vorkämpfer gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus – im Gegenteil. Aber man kann nicht dulden, dass Leute wie Haider hoffähig werden und die eigene Wählerbasis schmälern, zumal die FPÖ nicht der Juniorpartner, sondern die größere der Koalitionsparteien ist. Ein wachsendes Wählerpotenzial für nationalistische und populistische Parteien, eine gesellschaftliche Rechtsentwicklung ist kein auf Österreich beschränktes Phänomen. Mit dem Buhmann Haider aus Österreich lässt sich zugleich von der Entwicklung im eigenen Land und der dortigen Flüchtlings-, Asyl- und Sozialpolitik ablenken.

Wohin treibt die gesellschaftliche Entwicklung in Österreich? Weisen die innenpolitischen Entwicklungen in anderen Ländern Europas gleiche oder ähnliche Tendenzen auf? Um auf diese Fragen eine Antwort zu finden, müssen wir uns genauer mit dem österreichischen Modell der Sozialpartnerschaft, den jüngsten Entwicklungen sowie den internationalen Reaktionen darauf auseinandersetzen. Mit diesem und dem folgenden Artikel wollen wir die Diskussion darüber aufnehmen. Ein Genosse aus Wien, der unser Manuskript kannte, schrieb uns bereits eine erste Stellungnahme, die wir im Anschluss abdrucken.

Die österreichische Form der Sozialpartnerschaft

Auf den ersten Blick ist erstaunlich, dass gerade eine Partei wie die FPÖ so rasch an politischer Macht gewinnen konnte, bis hin zum entscheidenden Einfluss auf die Regierungsbildung – gehört Österreich doch zu den reichen Ländern Europas. Es hat neben Luxemburg die niedrigste Arbeitslosigkeit in der EU, die Inflationsrate ist gering, und ein ausgebautes Sozialsystem konnte bisher größere soziale Spannungen verhindern. Österreich ist formell immer noch neutral, und die alte Regierung aus SPÖ und ÖVP hat sich aus den außenpolitischen Konflikten der letzten Zeit weitgehend herausgehalten. Am Krieg gegen Jugoslawien hat sie sich nicht beteiligt, verweigerte den NATO-Jets sogar die Überflugrechte. Als der Nordatlantikpakt erweitert wurde, stand das Land nicht auf der Kandidatenliste.

Der Erfolg der FPÖ wird häufig auf das Charisma und die besonderen demagogischen Fähigkeiten des Jörg Haider zurückgeführt. »Wir können von Glück reden, dass wir in der BRD keinen Haider haben«, so oder ähnlich wird oft argumentiert. Die besonderen Fähigkeiten einer Person, die Geschlossenheit und das Auftreten einer Partei können eine Entwicklung zwar beschleunigen, aber nicht hervorrufen. Sie erklären nicht, wieso sich in Österreich ein immer größerer Teil der Wähler von den alten Volksparteien abgewendet hat, die doch immerhin 50 Jahre Stabilität und Wohlstand garantieren konnten. Nicht einzelne Männer machen Geschichte. Auch der Hinweis auf die mangelnde Aufarbeitung der Verstrickung in die Verbrechen des Nationalsozialismus liefert allein keine ausreichende Erklärung. Die Ursachen müssen wir in den ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen und im Kräfteverhältnis der Klassen suchen. Dieses Verhältnis wird mitgeprägt durch die Erfahrungen der Sozialpartnerschaft, die neben vielen Parallelen auch Unterschiede zur BRD aufweisen.

Der kapitalistische Sonderweg Österreichs

Die militärische Niederlage des Ersten Weltkrieges führte auch in Österreich zur Zerschlagung der Monarchie. Doch ebenso wie in Deutschland blieben die gesellschaftlichen Grundlagen des Kapitalismus erhalten. Aus dem Reich der K.u.K.-Monarchie, welches in der Weltpolitik noch eine wichtige Rolle zu spielen vermochte, entstand eine drittklassige Republik. Die herrschenden Klassen hatten wichtige Teile ihrer ökonomischen Basis verloren, die in Ungarn und Böhmen gelegen waren. Die Trümmer der Habsburger Monarchie hinterließen ein ökonomisch und politisch geschwächtes Bürgertum und eine Arbeiterklasse, deren politischer Einfluss gewachsen war.

Die österreichische Sozialdemokratie – theoretisch geprägt vom »Austromarxismus« (siehe den Artikel dazu in diesem Heft) – bildete den linken Flügel der II. Internationale. Im Gegensatz zum Deutschen Reich konnte der revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung keinen großen Einfluss gewinnen. Die Kommunistische Partei Österreichs blieb eine Sekte. Den Höhepunkt des sozialdemokratischen Einflusses bildeten die Jahre 1927 bis 1930. Die im »Roten Wien« von der Sozialdemokratie geschaffenen kommunalen und sozialen Einrichtungen, vor allem im Wohnungsbau, haben sowohl die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg als auch das Selbstverständnis der SPÖ beeinflusst. Und noch einen Unterschied zum Deutschen Reich gab es. Die Klassenorganisationen der deutschen Arbeiter hatten 1933 weitgehend kampflos vor dem Faschismus kapituliert – in Österreich kam es im Februar 1934 gegen das Dollfuß-Regime (den »Austrofaschismus«) zur bewaffneten Erhebung der Arbeiter. Der Aufstand konnte allerdings nach vier Tagen niedergeschlagen werden.

Die Ergebnisse und Folgen des Zweiten Weltkrieges hatten die Voraussetzungen geschaffen, unter denen Österreich seinen Sonderweg im kapitalistischen Lager beschreiten konnte. Die durch den Ersten Weltkrieg geschwächte Bourgeoisie verlor weiter an Einfluss, nachdem das Land in das großdeutsche Reich eingegliedert worden war. 1945 befand sich der überwiegende Teil der Wirtschaft in reichsdeutscher Hand. Aufgrund dieser Schwäche und um Reparationsforderungen der Alliierten vorzubeugen, einigten sich SPÖ und ÖVP auf ein massives Verstaatlichungskonzept. Es wurde zwischen 1946 und 1948 umgesetzt. Die ÖVP sah darin die einzige Möglichkeit, die kapitalistischen Grundlagen der Gesellschaft zu sichern; für die SPÖ bildeten die Verstaatlichungen die Basis der Gemeinwirtschaft, mit der sie an ihre Erfolge der zwanziger Jahre anknüpfen konnte. 1955 endete die alliierte Besatzung. In einem Friedensvertrag wurde die staatliche Einheit des Landes garantiert; Österreich allerdings zur strikten Neutralität verpflichtet. Es durfte keinerlei Bündnissen beitreten, weder der NATO noch der Europäischen Gemeinschaft.

Der Staatssektor (»die Verstaatlichte«) bildete bis weit in die achtziger Jahre den Kern der österreichischen Wirtschaft, der alle sozialen und politischen Beziehungen, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdrang. Das Partei- bzw. Gewerkschaftsbuch wurde zur Eintrittskarte bei der Arbeitsplatz- und Wohnungssuche. Politische Verbindungen förderten Ausbildung, Aufstieg und Karriere. Die ständige Koalition zwischen Gewerkschaften und Wirtschaft, Arbeiter- und Wirtschaftskammer sowie zwischen den beiden großen Volksparteien war Ausdruck für die soziale und politische

Stabilität über die langen Jahre des Kalten Krieges. Arbeitskämpfe gab es so gut wie keine – in der Statistik über Häufigkeit und Dauer der durch Streiks verursachten Ausfälle rangierte Österreich ganz unten auf der Liste.

Bis auf eine Legislaturperiode (1966 bis 1970) war die SPÖ an allen Nachkriegsregierungen beteiligt. Die Verstaatlichung verschaffte den österreichischen Sozialdemokraten einen stärkeren Einfluss in der Wirtschaft als ihren bundesdeutschen Genossen. Das Parteibuch war zugleich auch förderlich beim Aufstieg in die Chefetagen von Industrie- und Finanzunternehmen. Es gelang der SPÖ, innerhalb der Partei sowohl die Interessen der abhängig Beschäftigten – über den Einfluss auf die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften, Pensionistenvereine etc. – als auch der Wirtschaft zu bündeln und politisch zu vertreten. Noch eindeutiger als die SPD verkörperte die SPÖ das Wesen von Volkspartei und »Volksgemeinschaft«. Ähnliches gilt für die ÖVP, vergleicht man ihre Rolle und Funktion mit der der CDU.

Das Ende der Nachkriegsperiode

Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers und der deutschen Wiedervereinigung fielen auch die Schranken, die den österreichischen Kapitalismus in seine Sonderrolle gezwungen hatten. Bereits seit Mitte der achtziger Jahre hatte die Regierung in Wien begonnen, vorsichtige Korrekturen am Sozialsystem vorzunehmen und die staatlichen Betriebe zu privatisieren. Vielfach gingen die profitablen Teile der Wirtschaft an US- und bundesdeutsche Investoren. 1990 waren die Voraussetzungen und auch die Notwendigkeit gegeben, das Land in die EU zu führen und auch die der Sonderrolle geschuldeten sozialen Systeme den anderen europäischen Staaten anzupassen. Ein verschärfter Kurs der Privatisierung und des Abbaus sozialer Leistungen war die Folge. Mit Ungarn, Tschechien und Slowenien – drei der am schnellsten wachsenden kapitalistischen Staaten Osteuropas – entstanden der österreichischen Wirtschaft zusätzliche Konkurrenten in unmittelbarer Nachbarschaft. An die Stelle von Harmonie, Proporz und sozialdemokratischem Stallgeruch trat der verschärfte internationale Konkurrenzkampf und die Globalisierung. Das Ende des österreichischen Modells der Sozialpartnerschaft war damit eingeläutet. Den beiden großen Volksparteien SPÖ und ÖVP gelang es immer weniger, die Erfordernisse der Wirtschaft in Einklang zu bringen mit den Interessen und Erwartungen ihrer Anhänger und Wähler. Schrittweise büßten sie ihre alte Funktion als Macht- und Postenverteiler ein.

Zudem erwies sich die starke Position der SPÖ in der verstaatlichten Wirtschaft als Blockade in einer Modernisierungsstrategie des österreichischen Kapitalismus. Zwar hatte die rot-schwarze Koalition selbst bereits in den achtziger Jahren mit deren Abbau begonnen, doch sie konnte ihn wegen der Widerstände sozialdemokratischer Wirtschaftsfunktionäre nicht konsequent weiterführen. Für die ÖVP als Vertreterin der österreichischen Bourgeoisie stellte sich also die Frage nach einem geeigneten Partner für die Fortsetzung des Privatisierungskurses.

Charakteristisch für all diese Veränderungen ist die Erfolgsstory des kanadischen Großunternehmers mit österreichischen Wurzeln, Frank Stronach. Sein Eigentum in der Alpenrepublik spielte für lange Zeit kaum eine Rolle, weil sich damit einfach zu wenig verdienen ließ. Das änderte sich mit der Privatisierung. Unter anderem kaufte er den Fahr-

zeugbetrieb Steyr auf und führte ihn nach amerikanischen Managementmethoden. Im Oktober letzten Jahres einigte er sich mit den Beschäftigten seines Betriebes darauf, auf die Einsetzung eines Betriebsrates zu verzichten. Der neue Finanzminister Karl-Heinz Grasser von der FPÖ war bisher PR-Chef in Stronachs Konzern Magna Austria.

Der Aufstieg der FPÖ

Eng verknüpft mit den sozialen und politischen Veränderungen war der Aufstieg der FPÖ in der Gunst der Wähler. Sie machte sich zum Fürsprecher der sozialen Ängste und konnte zunehmend die von den Volksparteien enttäuschten Wähler binden.

Die FPÖ war in den fünfziger und sechziger Jahren eine reine deutschnationale Partei mit vielen Alt-Nazis in ihren Reihen. Bis in die früher achtziger Jahre vollzog sich eine ähnliche Entwicklung wie in der FDP: Um an die Fleischtöpfe der Macht zu kommen, wandelte sie sich zu einer linksliberalen Partei, die 1983 mit fünf Prozent der Wählerstimmen eine kleine Koalition mit der SPÖ eingehen konnte. In der bereits skizzierten Umbruchsituation ab Mitte der achtziger Jahre verlor diese FPÖ als Anhängsel der SPÖ schon bei der Wahl 1986 soviel Stimmen, dass der Boden für den Erfolg der Fraktion um Haider bereitet war. Der hatte 1984 in Kärnten einen überraschenden Wahlsieg verbuchen können. Ziel von Jörg Haider war es von Anfang an, mit einer reaktionär und nationalistisch ausgerichteten FPÖ zur dritten, politisch entscheidenden Kraft in der österreichischen Nachkriegsrepublik zu werden. Mit einer Mischung von sozialer Demagogie – »für eine Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik« ... »gegen den sozialdemokratischen Filz« – und rassistischen, ausländerfeindlichen Parolen bündelte er die Ängste der Wähler vor der Anpassung an den globalen Markt. Überall dort, wo in großem Umfang privatisiert wurde, liefen der FPÖ die Wähler zu. Die Forderung der FPÖ nach einer radikalen Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie das Versprechen, die Betroffenen vor den Folgen durch eine restriktive Ausländer- und Asylpolitik und die stärkere Verteidigung nationaler Interessen schützen zu können, müssen in den Augen der Wähler keinen Widerspruch darstellen. Darin drückt sich nur die Hilflosigkeit und Ohnmacht gegenüber einer als unaufhaltsam empfundenen Entwicklung aus, die verbunden wird mit der Hoffnung, es möge eine Kraft geben, die sie vor den sozialen Folgen dieses Prozesses zu schützen vermag. Das begründet auch, warum Haider in der Arbeiterschaft einen großen Rückhalt hat. Gerade jüngere Arbeiter – von ihnen wählten über 50 Prozent die FPÖ – drücken mit dieser politischen Orientierung ihre diffusen Ängste vor einer sozial unsicheren Zukunft aus.

Die Reaktionen von SPÖ und ÖVP auf die Wahlerfolge der »Freiheitlichen« waren zwiespältig. Zum einen versuchten sie die unliebsame Konkurrenz am rechten Rand zu stigmatisieren, aus dem gesellschaftlichen Konsens auszuzugrenzen. Auf der anderen Seite übernahmen sie deren Forderungen teilweise und setzten sie in der Regierungsarbeit um – vor allem in der Sicherheits- und Asylpolitik. Das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung trat ein. Die Parolen und Forderungen der FPÖ wurden »gesellschaftsfähig«, während sich Haider weiterhin als Saubermann gegenüber dem Wiener Filz profilieren konnte. Spätestens mit seinem überwältigenden Wahlsieg in Kärnten, der ihn zum Landeshauptmann machte, war diese Strategie von SPÖ und ÖVP gescheitert.



Die Methoden, mit denen die Volksparteien der FPÖ den Wind aus den Segeln nehmen wollten, fachten den Sturm weiter an, der die große Koalition nach den Wahlen vom Oktober 1999 hinwegfegen sollte.

Wahlkampf und Ergebnis der Nationalratswahlen

Der Wahlkampf im Herbst 1999 stand ganz im Zeichen der von den Medien und allen parlamentarischen Parteien anerkannten »Notwendigkeit der Wende«, die von der FPÖ seit Jahren gefordert worden war. Die ÖVP hatte sich im Wahlkampf deutlich vom bisherigen Koalitionspartner abgesetzt und präsentierte sich als politische Kraft der Wende, die nur von der starken SPÖ bisher an deren Umsetzung in der Regierung gehindert wurde. Die SPÖ setzte – wie in ihrer Regierungsarbeit – auch im Wahlkampf auf »Kontinuität und Erneuerung«. So schien an der Oberfläche alles auf die Fortsetzung der alten Koalition hinzudeuten. Die ÖVP hatte vor der Wahl versichert, keine Koalition mit Haider eingehen zu wollen. Für den Fall, dass sie nur drittstärkste Kraft werden würde, kündigte sie den Gang in die Opposition an.

Das Ergebnis der Wahlen: Die SPÖ wurde mit 33,2 Prozent stärkste politische Kraft. Die FPÖ überflügelte mit 41,6 Stimmen die ÖVP, beide erhielten 26,9 Prozent. Unter der beziehungsreichen Überschrift »Aus einem Ende einen Anfang machen« kommentierte A. Konecny in »Zukunft« (Zeitschrift der SPÖ) Nr. 10/99 noch vor den Verhandlungen zur Regierungsbildung das Wahlergebnis:

»Dieser 3. Oktober brachte tatsächlich ein Erdbeben. Zumindest für die SPÖ. Und verursachte einen Erdstoch eines Ausmaßes, das in seiner ganzen Bedeutung erst analysiert und abgeschätzt werden muss. Dass kein Stein auf dem anderen blieb, ist kein so falsches Wortbild um die neuentstandene Lage zu beschreiben. ... Bundesweit hat die SPÖ rund 13 Prozent ihres bisherigen Stimmenanteils eingebüßt. Etwa dieselbe Dimension erreichten die SPÖ-Verluste in Wien und Oberösterreich. ... Katastrophal waren die Ergebnisse im Westen, wo in Tirol 15, in Vorarlberg sogar 20 Prozent der bisherigen Stärke verloren wurden. ... Nicht nur das weitere Eindringen der FPÖ ins Arbeitermilieu nahm erneut dramatische Ausmaße an, in den Städten – vor allem aber in Wien – wurden die Grünen geradezu zu einer Großpartei.«

Über die Ursachen dieses Debakels schreibt Konecny: »Es gehört zu den betrüblichen Erfahrungen dieses Wahlabends, dass es Randfiguren der Politik vorbehalten war, das Ergebnis als das zu bezeichnen, was es war: ein Rechtsruck. ... Nichts habe ich persönlich so bedauert, wie dass in keiner

einzig SPÖ-Stellungnahme dieses Element auch nur erwähnt wurde, nichts habe ich so degoutant gefunden, wie den egozentrisch zelebrierten Jubel der Grünen, die über ihren 1,8 Prozent Zuwachs den Rechtsruck gar nicht zu erkennen schienen.

Es wäre ein schwerer Fehler, diesen Rechtsruck nun als »Irrtum der Wähler« darstellen zu wollen. Manche werden sich schon geirrt haben; Denkwortwähler wird es gegeben haben, und ein gut Teil der SPÖ-Wähler, die daheim blieben, mag das bereuen oder wird es noch zu bereuen lernen.

Eine Wahrheit bleibt aber trotzdem, dass die österreichische Gesellschaft im letzten Jahrzehnt nach rechts gegangen ist. Dieser inhaltliche Rechtsruck war die Grundlage für den nunmehrigen Rechtsruck in der Parteienlandschaft. Dieser inhaltliche Rechtsruck hat ein Ausmaß angenommen, dass es für eine sozialdemokratische Partei nicht möglich ist, diese Veränderung taktisch nachzuvollziehen.

Genau dies hat aber die SPÖ bisher – und über eine gewisse Zeit sogar erfolgreich – zu tun versucht. Sie hat damit drei für sie verhängnisvollen Tendenzen Vorschub geleistet:

Sie hat – erstens – indem sie tatsächlich in manchen Bereichen zögerlich und gedrängt nachvollzog, was ihr die Rechtswende der Wählerschaft vorgab, diesen Rechtstrend natürlich nicht abgeschwächt, sondern nur angekurbelt. Sie hat damit dem Kern ihrer Anhänger die schlagenden Gegenargumente genommen, vielen ihrer Anhänger aber Lust auf mehr dieser »neuen Politik« gemacht – eine Lust, die dann andere besser zu bedienen imstande wären. Sie hat ihre eigenen politischen Konturen bis zur Unkenntlichkeit zerfließen lassen.«

Die Regierungsbildung durch FPÖ und ÖVP löst die größte Protestwelle in der Nachkriegsgeschichte aus

Bundespräsident Klestil beauftragte zunächst den alten sozialdemokratischen Kanzler Klima mit der Bildung einer neuen Regierung, der nach anfänglichem Zögern der ÖVP wieder Verhandlungen mit der Volkspartei aufnahm. Sie brachten keinen Erfolg; zum einen verweigerte der Verhandlungsführer der Gewerkschaften, der Metaller Nürnberger, seine Zustimmung zu den geplanten Einsparungen im sozialen Bereich, auf der anderen Seite ließ die ÖVP die Verhandlungen durch ihre unerfüllbaren personellen Forderungen platzen. Nach dem Scheitern der Koalitionsgespräche lief alles auf eine konservativ-nationalistische Regierung zu, denn die Bildung einer Minderheitsregierung durch die SPÖ erwies sich als unmöglich. Noch während Victor Klima mit

der Regierungsbildung beauftragt war, einigten sich FPÖ und ÖVP auf eine gemeinsame Koalition und stellten deren Kritiker vor vollendete Tatsachen. Zähneknirschend mussten die Gegner einer schwarz-blauen Regierung, einschließlich des Bundespräsidenten, die geschaffenen Tatsachen hinnehmen – Meinungsumfragen erhärteten die Befürchtung, bei einer möglichen Neuwahl könnte die FPÖ zur stärksten Partei werden. Das Gerangel um die Regierungsbildung, das heißt der Versuch der SPÖ und des Bundespräsidenten mit parlamentarischen Mitteln eine Regierungsbeteiligung der FPÖ zu verhindern, war angesichts des Kräfteverhältnisses gescheitert. Den Widerstand gegen die konservativ-reaktionäre Regierung mussten sie fortan der Straße überlassen.

Über die Gefahren der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung hatten sich im letzten Jahrzehnt viele hinwegtäuschen lassen, garantierten die beiden großen Volksparteien doch die Kontinuität in der österreichischen Politik. Die Bildung der schwarz-blauen Regierung beleuchtete schlagartig das ganze Ausmaß des Rechtsrucks und wurde zum Signal. Eine in der Nachkriegsgeschichte einmalige Protestwelle überflutete die Republik. Über Wochen begleiteten tägliche Demonstrationen die Bildung der neuen Regierung. Es würde den Rahmen des Artikels sprengen auf alle Aktionen und Proteste im einzelnen einzugehen – sie sind auch weitgehend in der Berichterstattung der Tagespresse nachzulesen – wir müssen uns hier auf die Beschreibung der entscheidenden Triebkräfte beschränken:

Zunächst einmal entspringen die Demonstrationen dem spontanen Willen, eine Regierung unter Beteiligung der FPÖ nicht tatenlos hinzunehmen. Sie dokumentieren zugleich die gesellschaftliche Polarisierung, die sich im letzten Jahrzehnt unter der politischen Oberfläche vollzogen hat. Und sie sind Ausdruck dafür, dass der Versuch, mit parlamentarisch-politischen Mitteln den Aufstieg der FPÖ zu bremsen, gescheitert ist. So mussten auch die parlamentarischen Oppositionsparteien, SPÖ und Grüne, der Stimmung unter ihren Mitgliedern nachgebend, zu der Großdemonstration vom 19.2. in Wien aufrufen. Trotz der unerwartet hohen Beteiligung an den heftigen, langandauernden Protestaktionen – sie konnten die Regierung bisher nicht ernsthaft ins Wanken bringen. Entscheidend für die weitere Entwicklung wird sein, ob der Wille, der neuen Regierung Widerstand entgegenzusetzen, auch praktisch wird, wenn diese ihre Pläne in die Tat umsetzt. Den Gewerkschaften wird dabei eine entscheidende Aufgabe zufallen. Die gesellschaftliche Rechtsentwicklung lässt sich nur mit den Mitteln des Klassenkampfes bremsen und umkehren, denn ihre Wurzeln hat sie in den ökonomischen und sozialen Veränderungen – in der Verschiebung des Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung.

Das Programm der neuen Regierung

Die Koalitionsregierung Schüssel/Haider zeigte sich von den Demonstrationen wenig beeindruckt und hat ihr Regierungsprogramm vorgelegt. In groben Zügen ist die Richtung damit vorgegeben. Und diese ist schon ablesbar an der Neuverteilung der Ressorts. Das Frauenministerium wurde abgeschafft, die Frauen zur Familienangelegenheit erklärt. Umwelt- und Landwirtschaft wurden zusammengelegt und das Ressort Arbeit im Wirtschaftsministerium angesiedelt, ein Novum, das es ansonsten nur in den Jahren 1938 bis 1945 gab.

»Das von Schüssel und Haider im steten Wechsel präsentierte Regierungsprogramm zählt zu den ambitioniertesten der letzten Jahrzehnte in Österreich. Viele ›heilige Kühe‹ sollen geschlachtet werden«, frohlockt das »Handelsblatt«. Die von SPÖ und ÖVP begonnene Wende in der Sozialpolitik wird nun verschärft vorangetrieben. »Verlierer dieser neuen Umverteilung sind die ArbeitnehmerInnen, ihnen werden 13,8 Mrd. Schilling aus der Tasche gezogen; während im Gegenzug Unternehmer, Hausherren und Bauern Begünstigungen von 18,9 Mrd zu erwarten haben. In diesem Belastungspaket für unselbständig Tätige, Arbeitslose, Jugendliche, Kranke und PensionistInnen sind der in Aussicht stehende Selbstbehalt bei Arztbesuch und Spitalsaufenthalt sowie die Abschläge bei Frühpension und höhere Pensionsbeiträge noch gar nicht enthalten.« (Volksstimme, 10. Februar 2000)

»Die Pensionisten sind sicherlich die soziale Gruppe, die die Budgetkonsolidierungsmaßnahmen am stärksten zu spüren bekommt. Zur Erhöhung des Eintrittsalters für Frühpensionisten um 1,5 Jahre kommt ein Bonus-Malus-System, das bei einem Pensionsantritt vor dem 65. bzw. 60. Lebensjahr Abschläge von bis zu 20 Prozent vorsieht. Auf dem Arbeitsmarkt werden einschneidende Maßnahmen gesetzt. Die Privatisierung des Arbeitsmarktservice wird die Mittel, die für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehen, merklich verringern. ... Besonders problematisch ist der Arbeitsdienst für Notstandshilfe- und Sozialhilfeempfänger. ... In Hinkunft werden also Notstands- und Sozialhilfeempfänger um 9000 bzw. 6000 Schilling pro Monat arbeiten müssen oder – wenn sie das nicht wollen oder können – diese Mindestsicherung verlieren. Völlig unklar ist, was mit den vielen Schwervermittelbaren passiert. ... Unter den Langzeitarbeitslosen sind auch viele ältere Arbeitslose. Die Leute, die mit 53 aus den Betrieben geworfen werden, können in Zukunft erst mit 61,5 Jahren in Pension gehen, bis dahin müssen sie für ein Einkommen deutlich unter dem Mindestlohn die Parks säubern.

... Die neue Regierung plant offensichtlich auch eine stärkere Konfrontation mit den Gewerkschaften. Die Maßnahmen im Pensionsbereich stellen eine offene Kampfansage an den ÖGB dar. Überschüsse in Fonds, die zu einem guten Teil von den Arbeitnehmern gefüllt werden, werden zugunsten von Unternehmen ausgeschüttet. Arbeitszeitregelungen sollen in Zukunft auch durch Betriebs- oder Einzelvereinbarungen möglich sein.« (Falter, 6/2000)

Gewerkschaften und SPÖ in der Opposition

Erstmals in der Nachkriegsgeschichte hat die Regierung auf die Einbeziehung der Gewerkschaften bei ihren Maßnahmen verzichtet. Es hätte auch keinen Sinn gemacht, hätten diese doch schon ihre Unterschrift verweigert unter die noch von SPÖ und ÖVP ausgehandelte Koalitionsvereinbarung. Zumindest verbal hat der ÖGB-Vorstand seinen Widerstand gegen das Sozialprogramm der neuen Koalition angekündigt und damit den seit Jahrzehnten praktizierten Rahmen sozialpartnerschaftlicher Politik in Österreich verlassen. Doch von der Ankündigung zum praktischen Handeln liegt mitunter ein weiter Weg – und die österreichischen Gewerkschaften stellen keinen einheitlichen, monolithischen Block dar.

Dominiert werden die Gewerkschaften von der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG), die auch bestimmend in den meisten Vorständen ist. Die Fraktion

Werden diesen Worten Taten folgen?

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Ihnen sicher bekannt ist, haben wir schon viel harmlosere Inhalte des Koalitionsabkommens der SPÖ/ÖVP kompromisslos abgelehnt!

Sie wissen genau, dass die öffentlichen Bediensteten die Hauptlast der beiden Sparpakete 1995 und 1996 getragen haben. Auch die Pensionsreform 1997 mit tiefgreifenden Eingriffen in die Pensionsrechte haben wir noch erduldet.

Jetzt ist das Maß voll! Ein weiteres Sparpaket, noch ein Sonderopfer kommt für uns absolut nicht in Frage! Die von Ihnen geplanten Maßnahmen (zum Beispiel massiver Druck auf die zukünftigen Gehaltsabschlüsse, Einsparung weiterer 9000 Planstellen, Nichtbezahlen von Überstunden, massive Verschlechterungen für Lehrer, Privatisierungen und Einstellungen von notwendigen Investitionen, Kaputtsparen des Arbeitsmarktservice) sind völlig untragbar! Dasselbe gilt für die vorgesehenen Änderungen im Pensionsrecht. Pensionsfragen eignen sich nicht für budgetäre Schnellschüsse...

Geben Sie sofort die Vorstellung auf, Ihre unverantwortlichen und unfinanzierbaren Wahlversprechen auf diese Weise einlösen zu können. Schon gar nicht sind wir mit einseitigen Geschenken an die Unternehmer auf Kosten der ArbeitnehmerInnen, insbesondere der öffentlich Bediensteten einverstanden!

Sie werden sonst auf den entschiedenen Widerstand aller öffentlich Bediensteter – von der Krankenschwester über den Straßenbahnfahrer, den Eisenbahner, der Müllabfuhr, den PolizistInnen bis hin zu den RichterInnen – stoßen. Machen Sie sich keine Hoffnungen, einzelne Berufsgruppen gegeneinander ausspielen zu können. Ein Angriff gegen eine Berufsgruppe wird in dieser Situation von allen Bundes-, Landes- und Gemeindebediensteten entsprechend beantwortet werden.

Unterzeichner: Die Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, in der Gewerkschaft Kunst, Medien, Sport, freie Berufe und in der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten; die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten; die Gewerkschaft der Eisenbahner. ■

Christlicher Gewerkschafter (FCG, der ÖVP nahestehend) ist besonders stark in der GÖD (Gewerkschaft Öffentlicher Dienst) vertreten. Seit kurzem besitzt auch die FPÖ in Form der Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) eine von den Gremien des ÖGB anerkannte Fraktion. Die linke Opposition ist in mehreren Fraktionen organisiert und relativ schwach.

Bei dem großen Einfluss, den die FSG in den Gewerkschaften besitzt, wird der zukünftigen Haltung der SPÖ und der Auseinandersetzung mit ihr eine entscheidende Bedeutung zukommen. Zum ersten Mal seit 30 Jahren, in denen die SPÖ auch immer den Kanzler stellte, befinden sich die Sozialdemokraten in der Opposition. Victor Klima musste nach der verlorenen Wahl auch als Parteivorsitzender seinen Hut nehmen. Mit seinem Vorschlag, den ehemaligen Innenminister Schlögel zum neuen Parteivorsitzenden zu wählen, konnte er sich nicht durchsetzen. Das hätte zu einer Zerreißprobe in der SPÖ geführt, denn Schlögel hatte auch mit der FPÖ geliebäugelt. An seiner Stelle residiert jetzt der zur Linken zählende Gusenbauer – doch aus ihrem grundsätzlichen Widerspruch kann sich die Sozialdemokratie nicht lösen. Die SPÖ wird auch in der Opposition ihre Grundüberzeugungen nicht aufgeben. Profitieren könnte sie vom Widerstand gegen das Sozialabbauprogramm, den sie sicherlich wortreich unterstützen wird. Sie wird sich an dessen Spitze setzen, um den Kampf in die bekannten sozialpartnerschaftlichen und parlamentarischen Bahnen zu lenken.

»Was lange Zeit nur in den Forderungen der gewerkschaftlichen Linken vorkam, scheint über Nacht Möglichkeit geworden zu sein. ÖGB-Präsident Verzetnisch schloss angesichts des Katalogs der Grausamkeiten von Seiten der Rechtsregierung gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen nicht prinzipiell aus. Und auch in den Reihen der Einzelgewerkschaften werden immer mehr Stimmen nach einer härteren Vorgehensweise laut. Das Koalitionsprogramm von FPÖ und ÖVP setzt tatsächlich neue, weit über die Vereinbarungen von SPÖ und ÖVP hinausgehende Maßstäbe. Verschlechterungen im Sozialsystem, Einschnitte im Pensionsrecht,

Selbstbehalte und Steuererhöhungen bei gleichzeitigen Milliarden geschenken ans Kapital sind die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist der Versuch, den gewerkschaftlichen Aktionsradius einzuschränken und kollektive Vereinbarungen zugunsten betrieblicher abzulösen. ... So liegt selbst in dieser betrüblichen und gefährlichen Situation eine Chance für die Gewerkschaften – die Chance sich zu emanzipieren und den Versuch der Rechten, die sozialen und demokratischen Standards und Errungenschaften zu zerbrechen, entschlossen zurückzuschlagen. Diese Chance ist eine historische.« Das schreibt Martin Groß, GLB-Vorsitzender (Gewerkschaftlicher Linksblock, KPÖ-nahe) und Mitglied im ÖGB-Bundesvorstand. (Volksstimme, 10. Februar 2000)

Die Gewerkschaften stehen tatsächlich vor grundsätzlichen Entscheidungen. Doch diese historische Chance zu nutzen setzt voraus, dass die linke Opposition zugleich auch den Kampf innerhalb der Gewerkschaften und um die Köpfe der Kolleginnen und Kollegen aufnimmt. Selbst wenn in der nächsten Zeit die abhängig Beschäftigten in die sozialen und politischen Auseinandersetzung mit der neuen Regierung eingreifen, die Auswirkungen einer 50 Jahre lang ausschließlich sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Politik auf das Denken und Handeln lassen sich nicht auf einmal überwinden. Das praktische Handeln, die Verteidigung bestehender Standards, ist allerdings eine Voraussetzung dafür, dass eine politische Perspektive über den Rahmen der kapitalistischen Ordnung hinaus auf breiteren Boden fällt. Die andere Voraussetzung muss die linke Opposition durch ihre politische Tätigkeit in den Gewerkschaften legen. Eine Neuauflage der Sozialpartnerschaft à la SPÖ und ÖVP, ein Sich-Klammern an dieses Modell der Vergangenheit, ist keine Perspektive und spielt nur weiterhin den rechten Kräften in die Hände.

27.3.2000 ■

Ein symbolischer Akt

Zum ersten Mal in der Geschichte der EU wurde gegenüber einem Mitgliedsland vom Ratspräsidenten und den übrigen 14 Regierungen ein Boykott verhängt – einmalig auch die damit verbundene direkte Einmischung in die innenpolitischen Auseinandersetzungen eines Mitgliedsstaates. Das scheint auf der Ebene der neuen Doktrin zu liegen, die zur Rechtfertigung für die weltweite Einmischung der NATO in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten herangezogen wird. Doch anders als zum Beispiel gegenüber Jugoslawien, dem Irak oder Libyen sind mit diesem Boykottbeschluss keinerlei konkrete Maßnahmen verbunden – er bleibt ein symbolischer Akt. Ihm liegen nicht die tiefen Widersprüche zugrunde, welche die Haltung gegenüber den nicht willfähigen Ländern der Dritten Welt oder des ehemaligen sozialistischen Lagers prägen.

Eine Überlegung – und die wurde in diesem Zusammenhang auch offen ausgesprochen – zielt auf die Veränderungen der EU-Statuten. Diese sehen bei Grundsatzentscheidungen, zum Beispiel der Aufnahme neuer Mitglieder, die Einstimmigkeit vor. Je mehr die Europäische Union wächst, desto unbeweglicher wird sie bei den entscheidenden politischen Fragen. Eine Änderung der Bestimmungen würde es den wirtschaftlich und politisch starken Mitgliedsstaaten erlauben, ihren Einfluss reibungsloser durchzusetzen.

Andere Überlegungen sind in erster Linie durch die eigenen innenpolitischen Absichten bestimmt. Dementsprechend umstritten ist der Boykottbeschluss, vor allem zwischen den konservativen und den sozialdemokratischen Parteien. Keine Mehrheit fand ein Antrag, die ÖVP aus der Europäischen Volkspartei (EVP), dem Zusammenschluss christlicher und konservativer Parteien, auszuschließen. In fast allen konservativen Parteien Europas gibt es starke Kräfte, die sich notfalls auch mit der Hilfe rechtspopulistischer Parteien, eine Regierungsmehrheit sichern möchten. So war innerhalb der Gaullisten die Haltung gegenüber der Front National von Le Pen heftig umstritten, und es gab auf kommunaler Ebene eine Reihe von Koalitionen mit ihr. Die CSU – sie hält sich zugute das Aufkommen einer Konkurrenz durch die Einbindung des rechten Randes bisher verhindert zu haben – empfahl schon vor Jahren der ÖVP die Bildung einer Koalition mit der FPÖ. Es blieb der CDU/CSU vorbehalten, als erste mit einer offiziellen Delegation die neue Wiener Regierung aufzuwerten und zugleich die Bundesregierung wegen des Boykotts scharf anzugreifen.

Die Sozialdemokraten – in den meisten EU-Staaten an der Regierung – fürchten umgekehrt um ihre Mehrheitsfähigkeit. Denn ähnlich wie in Österreich haben auch in der BRD und anderen Ländern rechtspopulistische Parteien ihre Erfolge auch dem Fernbleiben oder Überlaufen sozialdemokratischer Wähler zu verdanken. Zugleich dient der Boykottbeschluss der Legitimation gegenüber dem eigenen Anhang und dem grünen Koalitionspartner. Man nimmt die Einhaltung der Menschenrechte auch gegenüber einem befreundeten Staat ernst, so die Botschaft, die damit vermittelt werden soll.

Die Bildung der neuen Regierung in Wien ist längst zu einem Thema der innenpolitischen Auseinandersetzung in den anderen europäischen Staaten geworden. Diesen Zusam-

menhang kommentierte Hofmann-Ostenhof unter der Überschrift:

»Wie der Absturz der CDU und das schwarz-blaue Desaster zusammenhängen«

»CDU-Krise in Deutschland. Staats-Krise in Österreich. Eine zufällige Koinzidenz? Da konnte passieren, was wollte – hier wie dort: Die Politik war stabil. Jahrzehntelang. ... Die Deutschen brachten selbst die ... Wiedervereinigung in Ruhe und Ordnung hinter sich. Und es schien fast so, als ob hierzulande das Verschwinden des Eisernen Vorhangs und der Beitritt zur EU – gewaltige Umwälzungen für unser kleines Land – das austriakische System nicht erschüttern können. ... Und plötzlich begannen die Ereignisse sich zu überstürzen. Ewigkanzler Helmut Kohl musste den Hut nehmen. Rot-Grün kam an die Macht, sackte sofort in der Wählergunst ab, die konservative CDU triumphierte bei den Landtagswahlen, und von einem Tag auf den anderen war es wieder ganz anders: Deutschland und die Welt erleben seit drei Monaten, wie sich die große Partei des deutschen Bürgertums selbst systematisch zerstört. Der Skandalsumpf wird immer tiefer. ... Noch krisenhafter geht's in Österreich zu. Das nette kleine Alpenland, reich und ruhig, international zwar nicht geschätzt, aber akzeptiert und teils sogar beneidet, findet sich plötzlich in einem Alptraum wieder: Blau-schwarz hat Österreich zum Paria der ganzen Welt gemacht und das Land im Inneren gespalten.

... Natürlich wären wir auch ohne CDU-Absturz ... abgestraft worden. So heftig wäre die Reaktion der EU-Staaten auf die Machtbeteiligung der Haider-Partei aber wahrscheinlich nicht gewesen. Plötzlich stellen sich nämlich viele in Europa, auch in Deutschland selbst, die bange Frage: Was passiert, sollte die Union, die bislang alle Rechtsaußen-Tendenzen so erfolgreich eingemeindet und in zivilisierte Bahnen lenken konnte, von der Bildfläche verschwinden oder sich zumindest zersplittern? Wer stieße dann in dieses entstehende konservative Chaos oder Vakuum vor? Schläge dann nicht die Stunde eines deutschen Haider? Dass das nicht bloß absurde Ängste sind, zeigt eine Umfrage, wonach eine Haider-Partei bei Wahlen in Deutschland mit 15 Prozent rechnen könnte. ...« (Profil, 21.2.2000)

In auffälligem Kontrast zu den moralisch geprägten Begründungen für den Boykottbeschluss steht die Unfähigkeit, sich politisch mit der FPÖ auseinanderzusetzen. Es sind nicht, wie oft behauptet, die demagogischen Fähigkeiten und die chamäleonhafte Wandlungsfähigkeit des Jörg Haider, die es den Vertretern der zivilisatorischen – sprich bürgerlichen – Gesellschaft so schwer machen. Jörg Haider hält ihnen in vielen Punkten nur einen Spiegel vor: Etwa wenn er auf die Gemeinsamkeiten seiner Forderungen zur Asylpolitik mit der Praxis des sozialdemokratischen Innenministers Otto Schily hinweist oder auf seine Übereinstimmung mit den sozialpolitischen Vorstellungen Tony Blairs. Es fällt schwer, gegen die eigene politische Praxis zu polemisieren. Auch in anderen Ländern der EU gab es im letzten Jahrzehnt eine Rechtsentwicklung, auch wenn sie sich noch nicht, wie in Österreich, in der Parteienlandschaft niedergeschlagen hat. Jörg Haider ist, wenn auch als Konkurrent, ein Produkt der bürgerlichen Wertvorstellungen und der kapitalistischen Ordnung, die bisher von den alten Volksparteien verwaltet wurde.

12.4.2000 ■

Ein Brief aus Österreich

30. März 2000

Liebe GenossInnen der Gruppe Arbeiterpolitik!

Der Artikel widerspiegelt für mein Dafürhalten nicht das reale Klassenkampfgeschehen in Österreich, sondern bleibt auf einer parlamentarischen Ebene stehen. Es wird auf der Ebene der Phänomene analysiert, dringt dadurch nicht sehr tief in die sozialen Widersprüche Österreichs ein, und interpretiert selbst den Überbau in problematischer Art und Weise.

Dies ist auch daran abzulesen, dass ihr den Charakter der neuen Regierung nicht analysiert, aber auch nicht den Charakter der Protestbewegung. Ihr nennt einmal die neue Regierung eine konservativ-nationalistische Regierung und erklärt dies nicht näher. Ihr füllt den Begriff nicht mit Inhalten, wodurch für mich das konservativ-nationalistisch eigentlich unannehmbar wird, denn diese Charakterisierung trifft auf verdammt viele Regierungen in Europa zu (ist zum Beispiel Aznar nicht auch konservativ-nationalistisch?). In Österreich regiert der Bürgerblock mit einem, der österreichischen Situation angepassten, thatcheristischen neoliberalen Programm. Die organisierte Arbeiterbewegung und ihre Positionen in Österreichs Politik und Wirtschaft sollen nun zügig zurückgedrängt werden. Das vorläufige Ende des Reformismus soll eingeläutet werden und die Arbeiterbewegung zu einer Ständevertretung reduziert werden. Teile des Reformismus sind dazu durchaus bereit, aber gegenwärtig dominiert in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften der Reflex Aspekte des traditionellen Reformismus verteidigen zu wollen. Es sind dies vor allem jene Aspekte, die notwendig erscheinen die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie selbst am Leben zu erhalten, und dazu gehört auch das Herausstreichen ihres Potenzials soziale und/oder politische Protestbewegungen zu führen und vor allem zu verführen und fehlzuleiten.

Es sind von daher für österreichische Verhältnisse beachtliche soziale Konflikte zu erwarten, die die Proteststimmung gegen die Bürgerblock-Regierung nur zunehmen lassen werden, wodurch die Sehnsucht nach einer erneuten (parlamentarischen) Wende wieder erstehen wird. Doch die quasi »natürliche« Form der Wende wäre eine Rot-Grüne-Regierung, die möglicherweise nächstes Jahr in Wien (Landtagswahlen in Wien 2001) ihren ersten Testlauf erfahren wird. Dadurch wäre jedoch vieles gefährdet, was nicht nur von Schüssel/Haider sehnsüchtig an sozialem Kahlschlag erwartet wird, sondern vor allem von der nationalen, aber auch multinationalen Bourgeoisie.

Die Zeit drängt daher, und dies ist meines Erachtens auch ein Grund dafür, warum der Bürgerblock derart radikal und mit Rasanzen an die Umsetzung des rot-weiß-roten Thatcherismus geht. Ist die Arbeiterbewegung durch diese Angriffe und auch Verrat in den eigenen Reihen geschwächt, so kann die nächste Wahlschlacht leichter geschlagen werden – und je eher desto besser. Dies dürften sich zumindest die FPÖ und deren Duce denken. Haider zieht sich zurück, belastet sich nicht mit der schmutzigen Arbeit des Bürgerblocks, kann die FPÖ in Reserve halten um bei gegebenem Anlass die Koalition platzen zu lassen. Die FPÖ ist doch – zumindest nach Eigendefinition – die Partei der kleinen Leute, die neue

Arbeiterpartei. Und was liegt näher, als die Koalition wegen der unsozialen Maßnahmen, die natürlich auf alleinigen Wunsch von Schüssel und der ÖVP zustande gekommen sind, aufzukündigen? Im Interesse der kleinen Leute und der Tüchtigen, selbstredend. Haider – weiter auf seine Sozialdemagogie vertrauend – setzt dann doch noch an Bundeskanzler zu werden!

Die Maßnahmen der EU könnten ihm dabei nur noch nützen, und es scheint auch, dass Haider dies auch so empfindet. Seine ständigen Provokationen sind keine Dummheit oder Fehltritte, sie scheinen vielmehr Teil seiner Strategie. Er spielt berechnend mit der Reaktion der EU, deren Glaubwürdigkeit in der österreichischen Bevölkerung (egal welcher Klasse er/sie zugehörig ist) tatsächlich im Sinken begriffen ist. Es ist daher mehr als dummlich, wenn ein Initiator der Protestbewegung auf der ersten großen Massendemonstration sich in seiner Rede unaufhörlich bei der EU für deren Einmischung bedankt hat. Die Glaubwürdigkeit der Protestbewegung wird dadurch geschmälert, darüber hinaus droht die Protestbewegung ein Spielball in einem innerkapitalistischen Konflikt zu werden.

Denn sicherlich ist ein Beweggrund des romanischen Blockes (Portugal, Spanien, Frankreich und Belgien) gegen die Koalition der ÖVP mit der FPÖ zu sein, den Einfluss des deutschen Blockes wieder ein wenig zurückdrängen zu können. Indem Österreich isoliert wird, wird gleichzeitig dem Vormarsch des deutschen Imperialismus in Europa ein Gegengewicht gesetzt. In einem Konflikt Frankreichs mit Deutschland hat aber die österreichische Arbeiterklasse absolut nichts zu gewinnen und sollte sich auf die Position des Defaitismus zurückziehen.

Der Charakter der Protestbewegung ist ein bürgerlich-demokratischer, der eine parlamentarische Wende mittels Neuwahlen (Unterschriftenliste) herbeiführen will. Alle Klassen sind in dieser Protestbewegung beinhaltet, die mit der Regierung darum wetteifert, wer doch nun tatsächlich der bessere Patriot ist. Stolz ist man darauf, dass die Protestbewegung amorph ist, die Menschen darin als bürgerliches Individuum erscheinen, nicht als Teil einer Klasse. Die Zivilgesellschaft feiert ihre Auferstehung, und sie zeigt, dass sie, solange sie nicht innerhalb der Klassengesellschaft eindeutig Position bezieht gegen das Kapital, zu einem Aufputz für die Herrschaft des Kapitals verkommt. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften spielen eine untergeordnete Rolle, wollen auch gar nicht dominieren, weil sie mittels dieser »zivilgesellschaftlichen« Protestbewegung ihren Koalitionswillen mit dem Kapital immer und immer wieder unter Beweis stellen können und wollen.

Trotz der genannten Einschränkungen gibt es Tendenzen, dass sich die wöchentlichen Donnerstagsdemonstrationen zu einem Ort des sozialen Protestes entwickeln. Am 6. April haben sich EisenbahnerInnen der Demonstration angeschlossen, und am 13. April waren es öffentliche Bedienstete und zirka 500 Angestellte der Wiener Arbeiterkammer im Anschluss an eine Betriebsversammlung.

In den Betrieben und Gewerkschaften bündelt sich immer mehr die Empörung über den Bürgerblock. Protestdemonstrationen gegen einzelne Angriffe der Regierung nehmen zu (vor kurzem demonstrierten zum Beispiel die HausmeisterInnen), Streikdrohungen werden ausgesprochen,

Betriebsrätekonferenzen, Betriebsversammlungen und Gewerkschaftskonferenzen abgehalten. Streiks sind bis jetzt ausgeblieben, und der internationale Eisenbahneraktionstag wurde zu einem lächerlichen Schauspiel der Eisenbahnergewerkschaftsführung degradiert. Dies, obwohl in Österreichs Nachbarländern Italien und Ungarn die EisenbahnerInnen immer wieder Kampfsignale setzen und die österreichischen EisenbahnerInnen ebenfalls vom Bürgerblock unter Beschuss genommen werden. Die Gewerkschaftsführung und die SPÖ-Führung wollen den Klassenkampf von oben nicht mit dem Klassenkampf von unten beantworten. Sie sind doch Patrioten – Österreich- und EU-Patrioten. Mit Klassenkampfmethoden ist keine Unterstützung der EU-Mächtigen zu erhalten. Also werden auch diese Klassenkampfmethoden nicht angewendet. Der ÖGB-Präsident ist auch EGB-Präsident. Er bettelt um Unterstützung der EU (keine Sanktionen gegen die Bevölkerung, nur gegen die Regierung), obwohl er an der Spitze des EGB steht. Wie würde dies wohl in Europa wirken, wenn der EGB gegen die Bürgerblock-Regierung in Österreich kämpft, und die jeweiligen nationalen Dachverbände diese Solidaritätserklärung an die österreichische ArbeiterInnenbewegung verbinden mit der Umsetzung der Zielsetzung »Der Feind steht im eigenen Lande!«? Das »Europa der Arbeit« würde endlich eine erste ernsthafte Konkretisierung erfahren. Doch wer noch innerhalb der EU hat ein Interesse daran, dass eine Regierung von der Straße, durch Demonstrationen und Streiks, gestürzt wird? Ein unkontrollierbarer Präzedenzfall könnte geschaffen werden und erneut könnte ein Gespenst durch Europa ziehen.

Liebe GenossInnen, ihr macht in eurem Artikel keinen Unterschied mehr zwischen SPÖ und ÖVP. Ich weiß, dass dies gegenwärtig so ziemlich »in« ist, doch trotzdem ist es falsch und führt in die Irre. Für euch sind SPÖ und ÖVP beide Volksparteien, noch dazu alte Volksparteien, die beide das Wesen der Volksgemeinschaft verkörpern. Doch entscheidend für uns ist nicht das Gemeinsame von SPÖ und ÖVP, sondern die Tatsache, dass die SPÖ noch immer in organisierter Form mit der Arbeiterklasse verbunden ist, während die ÖVP gerade die organisierten Verbindungen mit dem Kapital und Kleinbürgertum hat. Natürlich hat die SPÖ auch einen Flügel, der Teil des Kapitals ist (Finanzkapital, Verstaatlichte) und nur der Ausdruck davon ist, dass die SPÖ eine bürgerliche Politik macht und von daher auch eine bürgerliche Partei ist. Nichtsdestotrotz findet sich in der SPÖ das Gros der Gewerkschaftsbewegung wieder, finden sich jene ArbeiterInnenschichten wieder, die für marxistische Politik in Österreich unerlässlich sind. Die Einheitsfrontpolitik in Richtung SPÖ und Gewerkschaften im Gedanken zumindest immer und immer wieder durchzuspielen, sollte daher fixer Bestandteil marxistischer Politik in Österreich sein. Nur so kann Linksradikalismus und kleinbürgerlicher Utopismus vermieden werden.

So wie die SPÖ einen Kapitalflügel in ihren Reihen hat, so hat übrigens auch die ÖVP einen ArbeiterInnen- und Angestelltenflügel (ÖAAB), der aber trotzdem nichts am durch und durch bürgerlichen Charakter der ÖVP ändert. Dieser ArbeiterInnen- und Angestelltenflügel ist gerade in den westlichen Bundesländern (wie zum Beispiel Tirol) ziemlich einflussreich und auch gegen das Regierungsprogramm der Bürgerblock-Regierung eingestellt. Im März konnte dieser ÖAAB bei den Tiroler Arbeiterkammerwahlen einen beachtlichen Erfolg einfahren und die Absolute in der

Tiroler Arbeiterkammer gewinnen. Dieses Wahlergebnis bestätigt auch nur, dass in Krisensituationen die ArbeiterInnen und Angestellten sich wieder hinter den vertrauten Gestalten und Organisationen sammeln. Und sie werden sich auch wieder hinter den sozialistischen GewerkschafterInnen (FSG) und der SPÖ sammeln. Es ist unerheblich, ob uns dies passt oder nicht, wir sollten diese Dynamik zur Kenntnis nehmen und unsere Politik darauf abstimmen. Natürlich werden die ArbeiterInnen und Angestellten mehr als enttäuscht sein von den Früchten, die ihre erneute Hinwendung zur Sozialdemokratie und gewerkschaftlichen Reformismus zeitigen wird. Und sie werden sich auch wieder Abwenden von FSG und SPÖ. Aber ob sie hernach eine Linksentwicklung durchmachen werden, hängt nicht unwesentlich davon ab, ob eine marxistische Alternative mit ihnen bereits in Zeiten ihrer Hinwendung zur Sozialdemokratie durch dick und dünn gegangen ist. Wir erleben momentan tatsächlich die ersten Anzeichen dieses Prozesses: Mitgliederzuwächse der SPÖ und Gewinne der FSG bei Betriebsratswahlen in der Verstaatlichten Ende dieses Winters.

Auch arbeitet ihr die Errungenschaften der Arbeiterbewegung nicht klar heraus. Einmal wird angedeutet, dass die SPÖ nach 1945 an die Erfolge der zwanziger Jahre anknüpfen konnte, als die Partei den linken Flügel der II. Internationale bildete. Ich sehe dies genauso, aber dann hat es doch wirklich was Bedeutendes gegeben in Österreich nach 45.

Das österreichische Bürgertum war nach 1945 nahezu am Ende. Jeder war gezwungen, vom Aufbau des Sozialismus in Österreich zu reden. Der Arbeiterklasse mussten weitreichende Zugeständnisse vom Kapital gemacht werden und auch die Sozialdemokratie zog ihre Lehren aus der Niederlage von 1934 und strebte die Wirtschaftslenkung durch ausgedehnte Verstaatlichungen und Mitbestimmung auf betrieblicher und gesellschaftlicher Ebene an. Das Kapital stimmte zu, weil so die revolutionäre Nachkriegsperiode auch in Österreich zu einem Abschluss gebracht werden konnte, nicht ohne zuletzt der Arbeiterklasse 1950 eine entscheidende außerparlamentarische Niederlage beizufügen.

Trotzdem konnte die Sozialdemokratie der Arbeiterschaft beachtliche Errungenschaften verschaffen, ähnlich wie es in der »drittklassigen Republik« im Roten Wien war. Diese Errungenschaften sind bis heute mehr oder weniger existent. Es gibt noch mächtige Gewerkschaften, die Wirtschaftsdemokratie praktizieren können, es gibt Arbeiterkammern, Sozialdemokratische Partei, die im Parlamentarismus und im bürgerlichen Staat tief verwurzelt sind und Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte haben, es gibt noch die verstaatlichte Industrie, die Gemeinwirtschaft, es gibt das rosarote Finanzkapital, welches auf wirtschaftlicher Ebene steuern, lenken und beeinflussen kann, und es gibt die organisierte Verbindung in die Arbeiterklasse hinein, die immer wieder reformistische Politik erzwungen hat.

Mit dem Ende des Nachkriegsaufschwunges wurde der Spielraum für diese reformistische Politik immer kleiner, und die kapitalistischen Sachzwänge wurden für die Sozialdemokratie durch deren enge Verzahnung mit kapitalistischer Politik und Wirtschaft immer nachvollziehbarer. Die Konsequenz war, dass die reformistische Partei- und Gewerkschaftsführung von selbst dazu überging Austeritätspolitik in die Tat umzusetzen. Dadurch schwächten sie sich selbst, trieben die Rationalisierungsverlierer dieser Sparpolitik in die Hände einer FPÖ. Und diese versucht nun

im Verein mit der ÖVP diese tiefe Verwurzelung der Arbeiterbewegung in Staat und Wirtschaft mit der Axt zu zerschlagen. Der erste Angriff fand auf das Sozialministerium und Frauenministerium statt, der zweite findet gegenwärtig auf die verstaatlichte Industrie, Post, Telekom, Eisenbahn, Tabakwerke statt, einer der nächsten wird der auf die Gewerkschaften (Kollektivvertragsfähigkeit), Arbeiterkammern, Pensions- und Sozialversicherungen sein.

Kern all dieser Auseinandersetzungen ist ein Machtwechsel, der eine Klasse und deren Repräsentanten weitge-

hend aus den Einflussbereichen von Staat und Wirtschaft verdrängen soll. Die Machtteilung des Kapitals mit der Arbeiterbewegung wird zunehmend aufhören, damit das Kapital endlich wieder entfesselt handeln kann. Die Arbeiterklasse wird ihr Widerstandspotential aufbauen müssen; dieses wird jedoch gedrosselt und kontrolliert werden von der Gewerkschaftsbürokratie und Sozialdemokratie, bis es sich entweder spontan und explosionsartig entlädt oder sich in organisierten Formen niederschlägt – im Aufbau einer marxistischen Alternative. Viele Grüße an alle, P ■

KORRESPONDENZ

■ ERFAHRUNGEN VON TÜBINGER STUDENTEN:

Zu Besuch in einer bürgerlich-demokratischen Republik

Die PDS-Hochschulgruppe Tübingen beteiligte sich an der Demonstration gegen die FPÖ/ÖVP-Regierung am 19. Februar in Wien mit zwei Pkw und insgesamt zehn Personen. Im folgenden will ich die Ereignisse aus meiner Sicht beschreiben. Den anderen beteiligten Personen ist jedoch in Prinzip dasselbe widerfahren.

Vor dem Start der Demonstration um 14 Uhr am Westbahnhof gingen um zirka 13.30 Uhr vier von uns zu unserem Auto, welches in der Nähe des Westbahnhofes vor dem Haus Löhrigasse fünf geparkt war, um etwas zu essen und noch ein paar Sachen für die Demo zu holen. Als wir uns um zirka 13.40 Uhr wieder auf den Weg zurück zum Westbahnhof machten, waren wir nur wenige Meter weit gekommen, als neben uns ein Mannschaftswagen der Bundespolizei mit angeschaltetem Blaulicht hielt. Die Nummer des Wagens lautete »BP 800«.

Heraus sprangen sechs oder sieben Polizisten in schwarzen Uniformen, Hartschalen-Panzerung und schwarzen Barretts. Wir erfuhren im nachhinein, dass es sich um eine sogenannte »COBRA«-Einheit handelte. Wir wurden gepackt und an die Wand gestellt, unsere Beine wurden mit brutaler Gewalt auseinander getreten. Ein Polizist nahm einen Umhängebeutel, den ich mir durch meine Gürtelschlaufen gezogen hatte, und riss ihn so ab, dass alle Gürtelschlaufen dabei zerstört wurden.

Ich beschwerte mich und meinte, dass der Beutel auch einen Verschluss gehabt habe. Daraufhin brüllte er mich an, dass ich ruhig sein solle, packte meinen Kopf an den Haaren und schlug ihn gegen die Steinmauer. Spätestens jetzt war mir klar, dass es sich hierbei nicht um eine Routinekontrolle handelte. Jetzt fing er an, alle Taschen meiner Hose auf- bzw. abzureißen, unabhängig davon, ob diese einen Inhalt hatten oder nicht. Wo es ihm nicht sofort gelang, probierte er solange herum, bis er sie zerstört hatte. Nun öffneten die Polizisten die Tür eines nahegelegenen Hausdurchgangs und drängten uns hinein mit der Bemerkung, dort drinnen könnten sie uns besser behandeln.

Als wir drinnen waren, verschlossen sie die Tür, so dass niemand von außen sehen konnte. Die folgenden Ereignisse dauerten zirka 20 Minuten. Während der ganzen Zeit wurden wir immer wieder geschlagen, an den Haaren gezogen, zwischen die Beine getreten und unsere Finger überdehnt. Wir mussten die ganze Zeit mit gespreizten Armen und Beinen an der Wand stehen. Wer nicht auf die Wand schaute, wurde

geschlagen. Nun ging einer der Polizisten herum und brüllte uns an, was wir denn hier wollten.

Einer von uns antwortete, wir wollten gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ demonstrieren. Daraufhin packte mich einer der Polizisten, zog meinen Kopf an den Haaren nach hinten und brüllte mich an: Er wisse genau, wir seien Anarchisten aus dem Ausland, wir wollten sie verleumden, sie seien keine Nazis, das wäre eine Lüge, wir würden Lügen verbreiten.

Wir wären keine Österreicher, dies sei nicht unser Land und wir hätten hier nichts zu suchen. Wir sollten hier auf der Stelle verschwinden.

Nun wollten die Polizisten wissen, woher wir kämen, ob wir über das Internet organisiert seien, ob wir Kontakte zu anderen Gruppen hätten, ob wir allein gekommen seien, wo wir übernachteten würden usw. Wer nicht sofort antwortete, wurde geschlagen. Aus unseren Sachen, die mittlerweile auf dem ganzen Boden zerstreut waren, suchten sie alle Schlüssel heraus und wollten wissen, welcher wem gehört, anscheinend um herauszufinden, ob wir allein wären.

Sie durchwühlten auch unsere Unterlagen mit der Bemerkung: »Die wissen alles aus dem Internet, die haben alles«. Sie nahmen alle Unterlagen, aus denen Telefonnummern etc. ersichtlich waren, mit. Sie nahmen das Handy von einem von uns und fanden die Nummer des Infotelefon gespeichert, sie fragten, was dies für eine Nummer sei und wofür wir die brauchten. Dann bearbeiteten sie den Besitzer des Handys mit der Frage, was das Codewort sei, das man da sagen müsse. Daraufhin nahmen sie die SIM-Karten aus allen Handys und zerkratzten sie an der Wand. Zusätzlich wurden die Handys auf den Boden geworfen und darauf herumgetreten, bis die Schale zertrümmert war. Auch meine Uhr wurde mir vom Handgelenk abgerissen und zerstört. Die Weste meines Freundes wurde komplett in Fetzen gerissen. Nun brüllten sie jeden von uns einzeln an, was wir nun machen würden, bis er antwortete: Heimfahren.

Sie wollten außerdem wissen, über welchen Grenzübergang wir gekommen und welche anderen Gruppen aus Deutschland noch da seien und ob wir »Wessis« oder »Ossis« seien, wahrscheinlich weil im Personalausweis von einem von uns Magdeburg als Hauptwohnsitz angegeben war. Nun gaben sie außerdem unsere Personalien per Funk vor der Tür durch und durchwühlten unser Auto komplett, wobei sie noch einige Gegenstände mitnahmen. Dann wurde ein Fotograf in Zivil hereingerufen, der von uns Porträtaufnahmen machte. Uns wurde gesagt, die Bilder würden an das BKA weitergegeben. Einer von uns wurde unter höhnischem Gelächter der Polizisten dazu gezwungen, in die Kamera zu lächeln.

Nun mussten wir uns wieder nebeneinander an die Wand stellen und unsere Schuhe ausziehen. Diese wurden mitgenommen. Daraufhin erklärte einer der Polizisten: Jeder Polizist könne uns daran erkennen, dass wir keine Schuhe hätten, wir sollten nicht wagen auf die Demo zu gehen, wenn wir dies doch tun würden, gälten wir automatisch als verhaftet, und wir könnten uns ausdenken, was dann mit uns passierte. Außerdem hätten wir in Zukunft in Österreich nichts mehr zu suchen. Unsere Schuhe könnten wir uns an der letzten Tankstelle vor der Autobahn abholen. (Dort kamen sie natürlich nie an.)

Daraufhin verließen die Polizisten den Hausflur, schlossen die Tür und fuhren davon. Wir verließen daraufhin die Innenstadt schnellstmöglich, an einer Telefonzelle wandten wir uns an das Rechtshilfetelefon. Dies riet uns, auf keinen Fall Kontakt mit der Polizei aufzunehmen oder dieser unseren Standort zu verraten.

Außerdem sollten wir nicht nach Deutschland zurückkehren, sondern uns erst einmal in Wien verbergen, da man uns wahrscheinlich an den Grenzübergängen schon erwarte. Daraufhin wandten wir uns an die deutsche Botschaft. Der

Mitarbeiter dort meinte, nun ja, dies seien eben die österreichischen Gesetze, und wir sollten uns doch am Montag nochmals melden, wenn die Botschaft wieder geöffnet sei. Zu unserem Glück trafen wir per Zufall an der Tankstelle den Vater einer Journalistin, der den Kontakt zu ihr herstellte. Sie versorgte uns freundlicherweise wenigstens mit Socken und gab uns ihre Karte mit, mit der Bemerkung, Kontakte zur Presse würden die Polizei normalerweise einschüchtern, so dass wir es wagen könnten, die Grenze zu übertreten.

Es ist davon auszugehen, dass auch noch andere TeilnehmerInnen der Demonstration diese Vorgehensweise erlebt haben und dies einen kleinen Vorgeschmack auf zukünftige »freiheitliche« Verhältnisse in Österreich bieten soll. Bürgerliche Rechte werden da wohl nicht mehr das Papier wert sein, auf dem sie geschrieben stehen. Die Linke in Österreich verdient die Solidarität gegen die faschistoide FPÖ-Regierung deshalb in höchstem Ausmaße. Der Sachschaden an unserem Eigentum beläuft sich auf über 1000 DM, wir erwägen, Anzeige zu erstatten und eine Zivilklage auf Schadensersatz einzureichen. Allerdings sehen wir dies als chancenlos an. T. S. ■

Der Austromarxismus als ein historischer Hintergrund der aktuellen Ereignisse in Österreich

Anlässlich der breiten Protestbewegung gegen die ÖVP-FPÖ-Koalition wird immer wieder daran erinnert, dass es in Österreich einen Aufstand gegen eine faschistische Regierung gegeben hat: Den von sozialdemokratischen Arbeitern im Februar 1934 gegen die von Mussolini-Italien unterstützte Dollfuß-Regierung. Es gibt also durchaus eine kämpferische Tradition, an die erinnert werden und auf die man sich beziehen kann.

Man darf aber dabei nicht stehen bleiben, sondern muss fragen, warum und woran dieser Aufstand damals gescheitert ist, und dabei spielt der »Austromarxismus« eine entscheidende Rolle. Wenn jetzt wieder sich alle Blicke auf die SPÖ und die Gewerkschaften und deren entscheidende Rolle für die Protestbewegung richten, so ist es wichtig, daran zu erinnern, dass schon einmal die SPÖ die entscheidende Kraft des Widerstandes gegen eine faschistische Entwicklung war und an dieser Aufgabe scheiterte.

Wenn wir im folgenden einen Artikel aus der »Arbeiterpolitik«, Nr.5/6 1984 abdrucken, den wir anlässlich des fünfzigsten Jahrestages des Februaraufstandes veröffentlicht hatten, so deshalb, weil sich einige offensichtliche Parallelen zwischen heute und der Situation anfang der dreißiger Jahre erkennen lassen:

- ◆ auch damals hatte die SPÖ eine zentrale Stellung in der österreichischen Politik;
- ◆ damals wie heute gab es einen Angriff auf die sozialen Errungenschaften und auf die starke Stellung der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und mit ihr verbundener Organisationen;
- ◆ auch 1931 hatte die SPÖ die Koalition mit der reaktionären Seipel-Regierung erwogen, war dann aber zurückgeschreckt aus Angst vor einer Parteispaltung.

Diese Parallelen dürfen aber nicht zu einer platten Gleichsetzung führen, denn die Unterschiede in der historischen Situation sind nicht zu übersehen:

- ◆ damals war die Arbeiterschaft in weiten Teilen klassenbewusst und kämpferisch;
 - ◆ der Angriff auf die mit der SPÖ verbundenen sozialen Errungenschaften erfolgte damals vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, heute infolge des EU-Beitritts und des Drucks der Globalisierung;
 - ◆ Österreich hatte als eigenständiges kapitalistisches Land keine Perspektive mehr, es steckte zwischen den beiden faschistischen Mächten Italien und Deutschland in der Klemme, während es heute mit dem EU-Beitritt eine zumindest mittelfristige Perspektive gefunden hat;
 - ◆ die kapitalistische Ökonomie befindet sich zur Zeit in Europa in einem Aufschwung.
- Insofern kann uns die Geschichte zwar Hinweise, aber keine Rezepte liefern. 12.4.2000 ■

Der Austromarxismus

aus: »Arbeiterpolitik«, Nr.5/6 1984

»Wir österreichische Sozialisten haben der sozialistischen Welt etwas gegeben. Wir haben dem sozialistischen Reformismus die große Leistung des ›Roten Wien‹, wir haben dem revolutionären Sozialismus die heroische Tat des Februaraufstandes der Schutzbündler gegeben.« (Otto Bauer)

Die Situation der österreichischen Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg bis zum Jahre 1934 war vor allem durch eine Tatsache gekennzeichnet: Die dominierende, alles überragende Rolle der SPÖ, der nahezu die gesamte Arbeiterschaft folgte und neben der die KP nie über eine sektenhafte Rolle hinauskam. Die Erklärung dafür liefert vor allem die Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung im und kurz nach dem Ersten Weltkrieg.

Der Prozess der Trennung der reformistischen und der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland im Gefolge des Ersten Weltkriegs fand in Österreich nicht statt bzw. blieb in seinen Anfängen stecken. Ein wichtiges Datum hierfür war wie in Deutschland der Kriegsausbruch 1914. Musste die deutsche Sozialdemokratie in der Abstimmung über die Kriegskredite Farbe bekennen und tat sie das auch, so blieb das Gleiche der SPÖ erspart: In der Habsburger Monarchie war der Ausnahmezustand verhängt und das Parlament suspendiert worden. Dass sie sich tatsächlich nicht von der Haltung der deutschen Sozialdemokratie unterschied, zeigt der am 5. August vom Chefredakteur der »Arbeiter-Zeitung«, dem Zentralorgan der SPÖ, Austerlitz verfasste Leitartikel, in dem dieser die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion im deutschen Reichstag überschwänglich feierte. Dieser Artikel wog aber bei weitem nicht so schwer wie eine Abstimmung im Parlament. Auch nahm zunächst keiner der führenden Leute der Sozialdemokratie Österreichs eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegen den Krieg ein. In der Folgezeit entwickelte sich innerhalb der Partei eine linke Opposition, die Forderungen nach Aufnahme von Friedensverhandlungen mit dem Verzicht auf Eroberungen und Kriegsschädigungen stellte.

Das Attentat Friedrich Adlers

Diese Opposition verband sich vor allem mit der Person Friedrich Adlers, des Sohns des langjährigen Parteiführers Victor Adler. Doch nichts kennzeichnet mehr den Charakter dieser Opposition als das Attentat, das Friedrich Adler am 21. Oktober 1916 auf den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürgkh verübte. Friedrich Adler war an seiner Partei verzweifelt, die scheinbar alle Prinzipien, die sie vor dem Krieg aufgestellt hatte, nun verriet, kam aber gar nicht auf den Gedanken, grundsätzlich mit der Partei zu brechen und in einer neuen Organisation den alten Prinzipien wieder Geltung zu verschaffen: So blieb ihm, um seinen Überzeugungen treu zu bleiben, nur der individuelle Ausweg einer individuellen Tat, oder wie er vor dem Ausnahmegesicht sagte: »*Ich war nie so töricht, mit dieser Tat einen revolutionären Erfolg erzielen zu wollen, sondern ich wollte dem revolutionären Geist in Österreich wieder eine Stätte schaffen.*«¹⁾

Obwohl dieses Attentat zunächst vom Parteivorstand einhellig verurteilt wurde, war es doch schließlich einer der Hauptfaktoren, die die spätere Rolle der SPÖ bestimmten. Im Laufe des Jahres 1917, als die Massenstimmung gegen den Krieg umschlug, war der Prozess gegen Friedrich Adler und dessen mutiges Auftreten vor dem Gericht, in dem er die Haltung seiner Partei und den Absolutismus scharf angriff, die Gelegenheit für die SPÖ ihre Einstellung gegenüber dem Krieg zu ändern, und dies um so mehr, als sie nun Friedrich Adlers Tat für sich selbst reklamierte. Auf dem Parteitag der SPÖ im Oktober 1917 übernahm die Gesamtpartei die Argumentation der linken Opposition, als deren Führer nun der aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrte Otto Bauer auftrat; sie setzte sich nun für den Frieden ein. Als Fazit dieses Parteitages hält Hans Hautmann fest: »*Indem die*

Parteiführung sich so den wichtigsten Fragen der Linken anpaßte, die Vorschläge der Linken andererseits sich wohl graduell, aber nicht prinzipiell von denen des Parteivorstandes unterschieden, wurde die Einheit der österreichischen Sozialdemokratie erhalten. Das sollte für das Jahr 1918 und später von größter Bedeutung werden. Die Linken wurden künftig das Aushängeschild für den revolutionären Charakter der Partei und zugleich eine unentbehrliche Stütze für die Erhaltung des Masseneinflusses der Sozialdemokratie.«²⁾

Kriegsende: friedlicher Übergang

So war der Zusammenbruch der Monarchie und die Errichtung der Republik in Deutschösterreich ein friedlicher Übergang und war nicht wie in Deutschland begleitet von blutigen Klassenauseinandersetzungen. Ernst Fischer beschreibt das Kriegsende folgendermaßen: »*Von Angst geschüttelt erwartete die Bourgeoisie das regellose Zurückfluten der zerrümmerten Armee, die nichts mehr zusammenhielt: denn die Macht, die sie zusammengehalten hatte, hörte über Nacht auf zu existieren. Mit diesem Staat aber hatte die herrschende Klasse ihr altes Machtinstrument verloren; widerstandslos ließ sie alles mit sich geschehen. Die Sozialdemokratie konnte ohne Kampf die Macht übernehmen. Die Soldaten der neugebildeten Volkswehr gehorchten nur der Sozialdemokratie. Die Waffen gehörten der Sozialdemokratie. Der Staat gehörte der Sozialdemokratie.*«³⁾ Die SPÖ wollte jedoch keine Räterepublik, sondern eine parlamentarische Demokratie, und sie war auch tatsächlich der Garant dafür, dass es in Österreich keine proletarische Revolution gab. Als im Jahre 1919 die revolutionäre Welle, von der ungarischen Räterepublik ausgehend, auch nach Österreich überzugreifen drohte, gelang es der SPÖ mit der damals fortschrittlichsten Sozialgesetzgebung eines bürgerlichen Staates, die Arbeiter weiterhin an sich zu binden.

Dass in dieser Phase der linke Flügel der Partei, mit Friedrich Adler und Otto Bauer an der Spitze, naturgemäß die größte Rolle dabei spielte, dass die Massen der SPÖ folgten, liegt auf der Hand. Nur ihnen, denen die Arbeiter vertrauten, konnte es gelingen, mit scheinbar revolutionären Argumentationen die Arbeiter davon zu überzeugen, dass im Augenblick mehr als eine parlamentarische Demokratie nicht zu erreichen und der Sozialismus erst später zu erkämpfen sei. Wie diese – von Otto Bauer als »Zuredesystem« bezeichnete – Methode funktionierte, schildert Ernst Fischer: »*Was wollt ihr eigentlich?», sagten die sozialdemokratischen Führer dem Proletariat. Die Bourgeoisie ist ohnmächtig, wir brauchen keine Diktatur, um diese ohnmächtige Bourgeoisie niederzuhalten. Wir dürfen das Ausland nicht vor den Kopf stoßen. Wir sind auf ausländische Lebensmittel angewiesen. Wir müssen uns hüten, das Chaos heraufzubeschwören. Aber im Rahmen des Möglichen sind wir für alles, was ihr fordert. Arbeiterräte, Soldatenräte, Sozialisierungskommission – das alles kann man in die demokratische Republik einbauen, ohne sie zu gefährden. Das alles ist nicht so schlimm, das alles ist nicht so wichtig, wir haben die Macht, das ist die Hauptsache. Und die Bourgeoisie, seht ihr, die Bourgeoisie soll mit die Verantwortung übernehmen, das wird uns allen die Arbeit erleichtern.*«⁴⁾

Diese Argumentation, die mit dem Hinweis auf eine künftige Revolution der je aktuellen aufgrund »objektiver« Bedingungen aus dem Wege geht, ist typisch für die Position des »Zentrismus« oder des »marxistischen Zentrums«, für die

1) Zitiert nach Norbert Leser: Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis. 1968, S. 277.

2) ebenda, S. 42

3) Ernst Fischer: Glück und Ende des Austromarxismus.

In: Die Kommunistische Internationale, Basel 1934, Heft 16, S. 1716.

4) ebenda. S. 1717/18

der Austromarxismus sogar zum Synonym wurde. War der Zentrismus in Deutschland nach dem Kriege an der Wirklichkeit zerbrochen, so bekam er in Österreich aufgrund der Schwäche der Bourgeoisie und des Fehlens einer starken revolutionären Partei eine Überlebenschance, die er aufgrund der einmaligen Position der SPÖ praktisch zu nutzen wusste, sowohl in Gesamtösterreich wie vor allem in Wien, das vom Kriegsende bis zum Februar 1934 ununterbrochen von der SPÖ regiert wurde. Erst im Februar 1934 erlebte er hier den theoretischen wie praktischen Zusammenbruch, zerstob die Illusion, zwischen den Stühlen sitzen zu können, was Lenin einmal wie folgt kritisiert hatte: »*Ein Mittelding gibt es nicht, Herrschaften. Man ist entweder eine echte Oppositionspartei und folglich nicht verantwortliche Minderheit oder aber eine Partei aktiver konterrevolutionärer Gesetzgebung.*«⁵⁾

Das »rote Wien«

Dass dieses »Mittelding« immerhin bis 1934 hielt und nicht früher in die Brüche ging, das heißt, dass die SPÖ sich nie spaltete und auch ihren überragenden Masseneinfluß beibehielt, lag zunächst einmal an ihren praktischen Erfolgen, besser gesagt, an den durchgesetzten Reformen, die der Arbeiterklasse tatsächlich enorme materielle Verbesserungen brachten und so die Grundlage für ihre Gefolgschaft bildeten. Von diesen Reformen wurde die Sozialgesetzgebung schon genannt; das entscheidendste Reformwerk stellte jedoch das »Rote Wien« dar: »*Das Aufbauwerk in dieser Stadt, das vom Wohnhausbau und der Steuerpolitik über die Gesundheitspolitik bis zu einem neuen Fürsorgesystem reichte (...), erregte das Interesse, ja die Bewunderung der ganzen Welt (...)*«⁶⁾. Diese praktischen Leistungen erhöhten noch ihre Wirkung durch ihren »revolutionären Anstrich«: »*Das »Rote Wien« war für die Sozialisten eine Entschädigung für das dem Gegner freigegebene Terrain (...) und eine Vorwegnahme beziehungsweise eine Vorbereitung einer künftigen sozialistischen Gesellschaft (...)*«⁷⁾

Diesen Zusammenhang betont auch Ernst Fischer, wenn er schreibt: »*Innerhalb der Möglichkeiten eines kapitalistischen Staates waren die Leistungen der Sozialdemokratie in der Gemeinde Wien außerordentlich. Diese Leistungen eines tatkräftigen und konsequenten Reformismus haben die Massen immer wieder über das eigentliche Wesen des Austromarxismus hinweggetäuscht.*

Zwischen der Wahrheit der kapitalistischen Diktatur und den Illusionen der österreichischen Sozialdemokratie erhoben sich die wunderbaren Gemeindebauten, den Ausblick des Proletariats in die Weite geschichtlicher Notwendigkeit behindernd.«⁸⁾

Wurde das »Rote Wien« von der SPÖ zwar als praktizierter Sozialismus gepriesen, so hatte es doch seine Ursache im genauen Gegenteil: Es war ein Zugeständnis der Bourgeoisie an die Arbeiterklasse, um diese vom Kampf für den Sozialismus abzuhalten; konsequenterweise hatte die Reformpolitik der SPÖ auch dann ihre Grenzen erreicht, als Zugeständnisse nicht mehr nötig, bzw. die materiellen Möglichkeiten für Zugeständnisse überhaupt verschwunden waren. Es begann umgekehrt der Angriff der Bourgeoisie zum Abbau dieser Reformen, sowohl der Sozialgesetzgebung wie des »Roten Wien«, es begann der Angriff gegen die SPÖ und die Gewerkschaften als den Organisationen der Arbeiterklasse; erst an diesem Angriff zerbrach das »Mittelding«.

Denn im Zuge der zunehmenden wirtschaftlichen Krise in den ausgehenden zwanziger Jahren geriet auch die österreichische Bourgeoisie in eine ähnliche Zwangslage wie die deutsche. Ein Ausweg aus der Krise eröffnete sich nur durch einen umfassenden Angriff auf die wirtschaftlichen Errungenschaften der Arbeiterklasse, und dieser war ab einer bestimmten Stufe nur noch zu führen durch einen Angriff auf die Arbeiterorganisationen, durch einen politischen Angriff auf die SPÖ und die Gewerkschaften mit dem letzten Ziel, diese zu zerschlagen.

Die Faschisierung Österreichs

Dieser Prozess fand in Österreich zunächst seinen spezifischen Ausdruck in der zunehmenden Formation der antiparlamentarischen Heimwehrstoßtruppen, die vor allem vom Großgrundbesitz gefördert wurden, und der Vereinigung der einheimischen Industriebourgeoisie auf einer politischen Plattform, die die Ablösung der parlamentarischen Demokratie durch einen Ständestaat anstrebte und deren politische Repräsentanten Ignaz Seipel und Engelbert Dollfuß waren. Während diese beiden Gruppen einen spezifisch österreichischen Weg des Faschismus zu gehen versuchten und dabei ihre Rückendeckung vom faschistischen Mussolini-Italien erhielten und bis Mitte der dreißiger Jahre auch die dominierende Rolle spielen konnten, stand die nationalsozialistische Bewegung zu ihr in scharfem Gegensatz; denn sie vertrat die Interessen des deutschen Kapitals in Österreich und propagierte den Anschluss und damit die Unterwerfung der österreichischen Interessen unter die deutschen. Damit kam der Angriff gegen die demokratische Republik und die SPÖ von drei Seiten.

Dass der Angriff auf die SPÖ letzten Endes nur dann erfolgreich geführt werden konnte, wenn mit jeglichen Prinzipien eines parlamentarischen Rechtsstaates gebrochen wurde, zeigte das Beispiel »Wien«: Hier war die Position der SPÖ so unerschütterlich, sie erhielt so kontinuierlich die absolute Mehrheit bei den Wahlen, dass hier eine Vertreibung der Sozialdemokratie nur mit einem gewaltsamen Staatsstreich zu erreichen war. Und die Sozialdemokratie war nicht nur stark, weil ihr die Arbeiterklasse einheitlich folgte, sondern auch, weil sie bewaffnet war. Im Jahre 1923 war der »Republikanische Schutzbund« gegründet worden, zur Abwehr gegen bewaffnete Übergriffe faschistischer Banden auf die Arbeiterschaft und als Verteidigungsgarde der Republik. Er war mit den von der aufgelösten habsburgischen Armee zurückgegebenen Gewehren bewaffnet worden, war militärisch organisiert und unterstand der Befehlsgewalt des Parteivorstands. Seine Mitglieder rekrutierten sich zum großen Teil aus erfahrenen Frontkämpfern und kämpferischen Teilen der Arbeiterklasse. So war er mit zeitweise 80.000 Mitgliedern ein militärisch durchaus ernstzunehmender Faktor.

War die Sozialdemokratie der ausschließliche Angriffspunkt aller antidemokratischen Bestrebungen, so war sie auch die einzige reale Kraft, die diesen Angriff aufzuhalten imstande war. Doch hier geriet sie in das von Lenin beschriebene Dilemma: Weder konnte sie eine »Partei aktiver konterrevolutionärer Gesetzgebung« werden und damit den Angriff der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse mittragen helfen –

5) Zitiert nach N. Leser, a.a.O., S. 372

6) Ebenda, S. 373

7) Ebenda, S. 374

denn dann hätte sie unweigerlich einen großen Teil ihres Anhangs verloren und die Partei hätte sich gespalten – noch konnte sie »eine echte Oppositionspartei« werden, denn das hätte die Orientierung auf die proletarische Revolution bedeutet und den Bruch mit jeglichen reformistischen Vorstellungen. Dies wollte sie nicht, denn damit hätte sie ihre Existenzgrundlage aufgeben müssen, die parlamentarische Republik, die den Boden bildete für alle Parteipositionen, angefangen von den Funktionärsposten in der Partei, über Betriebsräte, bis hin zu den Gemeinderäten, Bürgermeister und den Abgeordneten im Parlament. Dem Austromarxismus waren damit faktisch die Hände gebunden, sein Aktionsspielraum schränkte sich immer mehr ein und war schließlich nur noch verbal: Der Bourgeoisie gegenüber die Drohung mit dem Aufstand, um Zugeständnisse herauszuholen, der Arbeiterklasse gegenüber die Zusicherung, es nicht zum letzten kommen zu lassen, sie aber gleichzeitig beschwichtigend und diesen »letzten« Moment stets weiter hinausschiebend. Diese Praxis wurde von Thalheimer im Jahre 1930 so beschrieben: »Der Kernpunkt des Austromarxismus in der gegenwärtigen Lage ist die Verbindung der reformistisch-bürgerlich-demokratischen Praxis mit unverbindlicher Anerkennung der außerparlamentarischen Kampfmittel für den Fall, dass die Bourgeoisie die bürgerliche Demokratie und den Parlamentarismus über den Haufen wirft, das heißt die Ankündigung revolutionärer Heldentaten jeweils für übermorgen, die Verweisung der revolutionären Aktion ins Jenseits der aktuellen Praxis.«⁹⁾

Hierfür stehen zwei historische Daten: der **15. Juli 1927** und der **15. März 1933**.

Der 15. Juli 1927

Anfang 1927 waren zwei Schutzbündler von Heimwehrlern aus einem Hinterhalt erschossen worden. Diese Morde und andere permanente Übergriffe und Zusammenstöße mit Heimwehrlern und Nationalsozialisten hatten die Arbeiterschaft aufs höchste erregt. Die Stimmung war explosiv, und es brauchte nur einen Funken zur Entladung. Diesen Funken zündete ein Gericht, das am 14. Juli die überführten Mörder der zwei Schutzbündler freisprach. Die Ereignisse dieses und der folgenden Tage werden von Ernst Fischer in seinen »Erinnerungen und Reflexionen«¹⁰⁾ recht eindringlich geschildert: Wie eine Delegation von Betriebsräten in der Redaktion der »Arbeiter-Zeitung« erscheint und die Parole »Generalstreik!« mit dem Ziel des Sturzes der Regierung Seipel fordert; wie niemand vom Parteivorstand zu erreichen ist, weil er sich vor einer Entscheidung drückt; wie am Morgen des 15. Juli spontan gestreikt wird und die Arbeiter auf der Ringstraße demonstrieren; wie die führungslose Masse, von der Polizei provoziert, den Justizpalast stürmt und in Brand steckt; wie die Delegationen der Arbeiter vom Parteivorstand die Waffenausgabe an den Schutzbund fordern und damit den bewaffneten Aufstand; wie aus den Kasernen sozialdemokratische Soldaten ihre Bereitschaft zum Mitkämpfen in einem Aufstand erklären; wie der Parteivorstand nichts

unternimmt und die Polizei ein Gemetzel unter den Demonstranten mit dem Resultat von über 90 Toten veranstaltet; wie anschließend die Arbeiterschaft in ganz Österreich einen von der SPÖ ausgerufenen Protestgeneralstreik geschlossen durchführt und nur auf das Signal zur endgültigen Machtübernahme wartet, der Generalstreik aber konsequenzlos wieder abgebrochen wird. Als Fazit dieser Tage hält Ernst Fischer fest:

»Um drei Uhr nachmittags (des 15. Juli; d. Red.) rechnete die Regierung Seipel mit ihrem Untergang. Um sieben Uhr abends erkannte sie staunend, dass sie gesiegt hatte.« Und: »Diese Kapitulation hat die Heimwehr, die bisher nichts bedeutete, in einen politischen Faktor von größter Bedeutung verwandelt. Diese Kapitulation hat die Bourgeoisie, die bisher vor dem Generalstreik, vor dem bewaffneten Aufstand zitterte, zu rücksichtsloser Offensive ermutigt. Diese Kapitulation hat die revolutionären Energien der Arbeiterklasse gelähmt, das Vertrauen des Proletariats zu seiner Kraft erschüttert und zur allmählichen Zersetzung der österreichischen Sozialdemokratie geführt.«¹¹⁾

Warum der Parteivorstand nicht handelte und nicht die Parole zum offenen Kampf gegen die Regierung ausgab, wie die Arbeiter es forderten, hatte schon das Protokoll des Parteitages von 1922 enthüllt: »Es wäre natürlich ein schwerer Fehler, mit großen Worten eine Bewegung anzufachen, die leicht gegen den Willen(!) unserer verantwortlichen Führer über die Dämme des legalen Zustandes hinausschlagen und uns durch die Mechanik der angewandten Mittel ziellos immer weiter nach links treiben würde.«¹²⁾

In den folgenden Jahren, die von der SPÖ mit der Theorie der »Pause« gefüllt wurden, zeigte sich die Stoßrichtung des Angriffs gegen die Demokratie. Noch nahm er seinen Hauptweg über das Parlament, versuchte die Mietgesetzgebung zu ändern, die Verfassung in Richtung auf eine Präsidialdiktatur zu reformieren und die Macht der Gewerkschaften durch das sogenannte »Anti-Terrorgesetz« zu brechen. Die SPÖ begegnete dem Angriff ebenfalls auf der parlamentarischen Ebene und konnte in zähen Verhandlungen Kompromisse erzielen; aber das hieß eben doch, Zugeständnisse zu machen. 1931, auf dem Höhepunkt der Krise, machte Seipel der SPÖ das Angebot, als Koalitionspartner in die Regierung einzutreten, was für die SPÖ bedeutet hätte, das Krisenüberwindungsprogramm der Bourgeoisie mit durchführen zu helfen.

Der rechte Parteiflügel war zwar für eine Koalition, aber die Mehrheit des Parteivorstandes lehnte ab, in der Voraussetzung, dass die Partei sich unweigerlich gespalten hätte. So war der SPÖ dieser »Ausweg« versperrt, ein ähnliches Koalitionsangebot wiederholte sich nicht mehr; der Partei blieb nur noch der parlamentarische Kampfboden, der immer schmaler wurde. Vor allem machte der hinhaltende parlamentarische Widerstand der SPÖ der Bourgeoisie immer mehr deutlich, dass das Parlament ausgeschaltet und eine Diktatur aufgerichtet werden musste. Diese Aufgabe übernahm der 1932 ins Amt gekommene Bundeskanzler Dollfuß.

Der 15. März 1933: Dollfuß' »Staatsstreich«

Als sich im März 1933 die Gelegenheit bot, schlug Dollfuß zu. Dazu hatte ihn nicht zuletzt die SPÖ ermuntert, die sich seit der Ablehnung des Koalitionsangebotes verständigungsbereit zeigte, ein Zugeständnis nach dem anderen anbot, mit dem irrealen Wunsch, damit die Reaktion zum Einlenken bewegen zu können.

8) Ernst Fischer, a.a.O., S. 1720

9) August Thalheimer In: Der Faschismus in Deutschland, S. 160

10) Ernst Fischer: Erinnerungen und Reflexionen. Hamburg 1969, bes. S. 167 ff.

11) E. Fischer: Glück und Ende..., a.a.O., S. 1713/14.

12) Zitiert nach N. Leser, a.a.O., So. 369.

13) Ebenda, S.382

Am 5. März setzte sich das Parlament durch einen Geschäftsordnungslapsus vorübergehend matt. Der Parlamentspräsident und die beiden Vizepräsidenten waren zurückgetreten. Da dieser »Fall« in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen war, war das Parlament ohne formale Leitung, damit tagungs- und beschlussunfähig. Dollfuß nutzte die Situation, gab sich einen legalen Anschein, indem er ein kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz aus dem Jahre 1917 ausgrub, und setzte die Verfassung außer Kraft. Als ein Vizepräsident seinen Rücktritt zurücknahm und eine Parlaments-sitzung für den 15. März, 15 Uhr, einberief, ließ Dollfuß erklären, er werde den Zusammentritt des Parlaments durch Polizei verhindern lassen.

Für die Sozialdemokratie war die Stunde der Wahrheit gekommen. Hatte sie sich doch in ihrem 1926 beschlossenen berühmten Linzer Programm (Otto Bauer: »Das ist, wenn man es so nennen will, der Austromarxismus«¹³⁾) für diesen Fall festgelegt: »Wenn es aber trotz aller dieser Anstrengungen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei einer Gegenrevolution der Bourgeoisie gelänge, die Demokratie zu sprengen, dann könnte die Arbeiterklasse die Staatsmacht nur noch im Bürgerkrieg erobern (...)«¹⁴⁾

Die Arbeiterschaft war zum Kampf entschlossen. Die zunehmende Entrechtung und der Abbau ihrer erkämpften Position, die Waffensuche und -beschlagnahmungen beim Schutzbund, der offen zu Tage tretende paramilitärische Charakter der Heimwehren, deren Übergriffe immer provozierender wurden, versetzte sie in höchste Erregung. Selbst die Gewerkschaftsführer, zu früheren Gelegenheiten stets zum Abwarten mahnend, forderten vom Parteivorstand den Befehl zum Kampf.

Otto Bauers Haltung schien klar zu sein, als er am 10. März den Wiener Vertrauensmännern und Betriebsräten zurief: »In diesen harten Zeiten gibt es nur etwas, das unser düsteres Leben erträglich macht – dass wir in diesem Land noch zusammenstehen für unsere Vorstellungen, dass wir Ideen und Ideale verfolgen und für eine bessere, größere Zukunft kämpfen können. Die Bürgerlichen wissen das und erkennen daran unsere Festigkeit. Wenn uns auch das genommen würde, dann hätte das Leben keinen Wert mehr für uns.«¹⁵⁾ Der Schutzbund mobilisierte und stand am 15. März bereit zum Losschlagen, falls die Polizei das Parlament um 15 Uhr auseinanderjagen würde. Es fehlte nur die Weisung des Parteivorstandes.

Um 14 Uhr dieses Tages kam die »rettende Idee«: vor der Polizei schon ins Parlament zu gehen, zu tagen und vor ihr wieder draußen zu sein. Und so geschah es. »Als die Abgeordneten den Saal verließen, lachten sie den verdutzten Polizisten ins Gesicht. Die auf das Signal wartenden Schutzbündler lachten nicht. Sie warfen die Waffen hin. Viele zerrissen ihre Mitgliedsbücher. In manchen Orten schrumpfte der Schutzbund über Nacht auf ein Drittel des Bestands zusammen. Der 15. März war der Schritt in die Niederlage der Arbeiterklasse. Ein bewaffneter Widerstand damals wäre so gut wie sicher zur Niederlage des Dollfuß-Regimes geworden.«¹⁶⁾

Mit der »Niederlage der Arbeiterklasse im Rücken« marschierte der Faschismus: Aufhebung der Pressefreiheit, Rechtsprechungsgewalt für die Polizei bei politischen Angelegenheiten, Einschränkung des Versammlungsrechts. »Von Gewerkschaften und Unternehmern rechtsgültig abgeschlossene Kollektivverträge wurden durch Regierungsverordnun-

gen aufgehoben und von der Regierung die Herabsetzung der Arbeitslöhne angeordnet. Die Arbeitslosenunterstützung wurde wesentlich herabgesetzt, für ganze Kategorien von Arbeitslosen ganz aufgehoben (...). Für viele Industrien wurde ein Streikverbot erlassen, jeder Streik mit Freiheitsstrafen bedroht. Die von Arbeitern und Angestellten gewählten Arbeiterkammern und die von Arbeitern der Staatsbetriebe gewählten Betriebsräte wurden aufgelöst und durch Vertretungen aus dem Lager der Regierungsparteien, die die Regierung ernannte, ersetzt. (...) Die Heimwehr wurde förmlich zu einer Staatseinrichtung gemacht.«¹⁷⁾

Die SPÖ strebte ihrem Untergang entgegen. Es war klar, dass es nur eine Frage der Zeit sein konnte, wann der Vernichtungsschlag gegen die Partei und die Gewerkschaften geführt werden würde. Angesichts dieser verzweifelten Perspektive wuchs die Bereitschaft, »aktiv konterrevolutionär« zu werden, nur um die eigene Existenz zu retten.

»Wir boten immer weitergehende Zugeständnisse an, um eine friedliche Lösung zu ermöglichen. Wir ließen Dollfuß wissen, dass wir bereit wären, der Regierung auf verfassungsmäßige Weise außerordentliche Vollmachten für zwei Jahre zu bewilligen, wenn diese Vollmachten nur unter der Mitwirkung eines engeren Ausschusses des Parlaments und unter Kontrolle des Verfassungsgerichtshofes gehandhabt würden, und dass wir dafür für die Partei nichts als Bewegungsfreiheit, als die Wiederherstellung des gesetzlichen Versammlungsrechts und der Pressefreiheit innerhalb der gesetzlichen Schranken verlangten. Wir erklärten uns bereit, selbst dem Gedanken der »berufsständischen« Organisation der Gesellschaft und des Staates Zugeständnisse zu machen, um nur eine Verständigung zu ermöglichen«¹⁸⁾ Aber dieser letzte Schritt blieb der SPÖ in der Praxis doch erspart: »Es war alles umsonst, Dollfuß lehnte jede Verhandlung ab.«¹⁹⁾

Die Revolutionierung des Schutzbundes

Aber die SPÖ hatte nicht nur an dieser Front zu kämpfen, sie musste auch der Auflösung der Partei entgegenwirken, deren einzelne Teile immer weiter auseinanderstrebten und deren Gefolgschaft abzufallen oder gar zu den Heimwehren oder den Nazis überzulaufen drohte. Die Art, wie diese unlösbare Aufgabe angegangen wurde, schuf die letzten Voraussetzungen zur endgültigen Niederlage. Gegenüber der Mitgliedschaft außerhalb des Schutzbundes, also des größten Teils der Arbeiterklasse, betrieb man die alte Taktik des Besänftigens, Hinhaltens und Hinauszögerns; um kein spontanes Aufbegehren entstehen zu lassen, argumentierte man, dass sich alles auf den letzten großen Freiheitskampf zu konzentrieren hätte, und legte auf dem außerordentlichen Parteitag im Herbst '33 die vier Fälle fest, wann der letzte Kampf einzusetzen hätte:

1. wenn die Regierung rechts- und verfassungswidrig eine faschistische Verfassung oktroyierte;
2. wenn die Regierung die verfassungsmäßige Gemeinde- und Landesverwaltung des »Roten Wien« rechts- und verfas-

14) Ebenda, S. 393/94

15) Ernst Fischer: Erinnerungen und Reflexionen, a.a.O., S. 246.

16) Ebenda, S.248

17) Otto Bauer: Der Aufstand der österreichischen Arbeiter. – Prag 1934, S. 8/9.

18) Ebenda, S. 12/13.

19) Ebenda, S. 13

20) Ebenda, S. 14



DER VON HEIMWEHR
UND MILITÄR AM
12. FEBRUAR 1934
ZERSCHOSSENE
KARL-MARX-HOF, EIN
REFORM-WOHNUNGS-
PROJEKT DER SPÖ.

sungswidrig absetzte und die Verwaltung Wiens einem Regierungskommissar übertrug;

3. wenn die Regierung die Partei auflöste;

4. wenn die Gewerkschaften aufgelöst oder »gleichgeschaltet« würden.«²⁰⁾

Bis dahin sollte die Arbeiterklasse ihre weitere politische und wirtschaftliche Entrechtung, Schwächung, Demoralisierung, die fortdauernde Entwaffnung des Schutzbundes widerstandslos hinnehmen, was dann bei Eintreten des Ernstfalles von vornherein einen aussichtslosen Kampf bedeutet hätte.

Dem Schutzbund gegenüber war eine besondere Taktik vonnöten, um dessen Auseinanderfallen zu verhindern. Er hatte die Funktion eines »bewaffneten Arms« der Arbeiterklasse, was zum einen bewirkte, dass die Arbeiterklasse den bewaffneten Kampf nicht als ihre gesamte Aufgabe, sondern als die des Schutzbundes betrachtete und sich damit für den Fall einer bewaffneten Auseinandersetzung mehr oder weniger zur Passivität verurteilte, zum anderen aber zur Folge hatte, dass die kämpferischsten und klassenbewusstesten Elemente der Arbeiterklasse sich im Schutzbund organisierten. Damit waren sie zwar an die SPÖ gebunden und vor einem Ausscheren nach links bewahrt, bildeten aber eine Kraft, die auf die Politik der Partei einen erheblichen Druck ausübte. So war es erklärlich, dass sich im Prozess der Krise und der Faschisierung der Schutzbund am schnellsten und tiefgreifendsten revolutionierte.

Nach dem März '33 konnte er deshalb nur noch vor dem Auseinanderfallen bewahrt werden, indem er intensiv auf den militärischen Aufstand vorbereitet und auch politisch in diesem Sinne geschult wurde. Wurde außerhalb abgewiegelt, so wurde innerhalb des Schutzbundes Kampf Stimmung erzeugt. Da gerade für den Schutzbund die vier Punkte des Parteivorstandes illusorisch waren, weil er bis dahin entwaffnet und zerschlagen sein würde, war der Zeitpunkt seines Losschlagens abzusehen; und da er dazu nie den Einsatzbefehl

des Parteivorstandes erhalten würde, musste das Losschlagen spontan, unzentralisiert, unvorbereitet erfolgen; und es musste auch notwendigerweise einen teilweise putschistischen Charakter annehmen, da es sich vornehmlich auf den Schutzbund beschränken würde, weil ein großer Teil der Arbeiterklasse passiv, geschwächt, demoralisiert und resigniert abseits bliebe. Tatsächlich zeigte dann der Verlauf der Kämpfe, dass von der Parteiführung ein Aufstand nie ernsthaft erwogen worden war, wenn sie auch nach dem spontanen Ausbruch mit dem Ausrufen des Generalstreiks und im persönlichen Einsatz zum Erfolg beizutragen versuchte; die Organisation einer zentralen Kampfleitung war so dilettantisch vorbereitet, dass es ihr weder gelang, die Kämpfe überhaupt zu führen, noch ihre Existenz länger als einen Tag aufrechtzuerhalten.

An der Niederlage vermochte auch die besonders nach dem März '33 sich formierende Linksopposition innerhalb der Partei nichts zu ändern, obwohl diese einen revolutionären Standpunkt bezogen hatte. Sie sah zwar klar, dass die Politik der Parteiführung den Faschismus nicht stoppen konnte, sondern ihn durch ihr ständiges Zurückweichen indirekt unterstützte, schreckte aber doch vor dem Schritt zurück, aus der Partei auszutreten und eine eigene Organisation zu gründen oder sich mit der KPÖ zu vereinigen. Sie wagte den Schritt nicht, weil sie sah, dass die kampfbereiten Teile der Arbeiterklasse nach wie vor in der SPÖ und besonders im Schutzbund waren, und fürchtete, sich durch einen Austritt von diesen zu isolieren. Aber gerade dadurch, dass sie versuchte, Einfluss innerhalb der Partei auf die Arbeiter zu bekommen, lähmte sie sich und die ins Auge gefassten Arbeiter. Denn diese waren noch in der SPÖ, nicht weil sie glaubten, dass diese sie zum Sieg über den Faschismus führen würde, sondern weil sich ihnen keine Alternative bot. Diese Alternative zu bieten, ließ sich nicht damit vereinbaren, in der Partei zu bleiben, denn eine solche führte notwendigerweise zum Konflikt und zum Bruch mit der Partei. So musste man auf die Organisierung dieser Alternative verzichten und machte sich selbst handlungsunfähig.

8. Juli 1984 ■

Sozialhilfe und Arbeitszwang

Die Diskussion der späteren neunziger Jahre um das von der Kohl-Regierung geforderte Lohnabstandsgebot zeigte ganz praktisch den Zusammenhang von Sozialeinkommen und Tariflöhnen auf. In diesem Falle wurde Sozialhilfe bewusst als Orientierungsmarke gesetzt, freilich nicht zur Erhöhung der Niedriglöhne, sondern zur entsprechenden Senkung des Lebensstandards der von Erwerbsarbeit ausgegrenzten oder sich ihr verweigernden Menschen. Den Sack (Sozialhilfe) schlug man, um den Esel (Lohnkosten) zu treffen.

Was die Kohl-Regierung damals auf gesetzlichem Wege andachte, aber unter anderem wegen der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat nur als Kompromiss hinbekam, wird heute eher mit administrativen Methoden auf der kommunalen Ebene fortgeführt. Durch kleinliche Schikanen, die in einem für viele undurchdringlichen Dickicht bürokratischer Vorschriften und individueller Leistungsansprüche prächtig gedeihen, werden Anspruchsberechtigte um ihre Rechte geprellt, zu weit untertariflichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen und/oder aus dem Sozialhilfebezug vertrieben. Das dahinter verborgene System drückt sich in Begriffen wie »Neue Steuerung«, »Arbeit vor Sozialhilfe«, »Benchmarking« und »Sozialämter als Profitcenter« aus, mit denen betriebswirtschaftliche Konzepte in der Kommunalverwaltung bis in ihren sensibelsten Bereich hinein durchgesetzt werden sollen.

Die politisch-ökonomische Zielsetzung der Praxis von Sozialhilfegewährung ist von der Kapitalverwertung privater Unternehmen, der Forderung nach dem »schlanken Staat«, der Misere in den öffentlichen Haushalten durch die fortwährende Senkung der Gewinnsteuern und dem finanziellen Ausbluten insbesondere der kommunalen Ebene bestimmt. Lohnabstandsgebot und Arbeitszwang sollen die Transformation der Massenarbeitslosigkeit in einen breiten Niedriglohnssektor erzwingen helfen, der in der BRD in dem angestrebten Maß noch längst nicht erreicht ist. Zweitens geht es darum, durch Drangsalierung der SozialeinkommensbezieherInnen die Arbeitsdisziplin der noch Beschäftigten zu festigen.

Drittens ist nach erfolgreicher Selektion der letzten Reserven von Arbeitsfähigen die – von bürgerlichen Soziologen gelegentlich so bezeichnete – »gefährliche Klasse« der nicht mehr Integrierbaren einzugrenzen und zu kontrollieren.

Im Schröder-Blair-Papier für »moderne Sozialdemokraten« liest sich das so: »Erfolgreiche Programme, die von der Sozialhilfe in die Beschäftigung führen, steigern das Einkommen der zuvor Beschäftigungslosen und verbessern das den Arbeitgebern zur Verfügung stehende Arbeitskräfteangebot. Moderne Wirtschaftspolitik strebt an, die Nettoeinkommen der Beschäftigten zu erhöhen und zugleich die Kosten der Arbeit für die Arbeitgeber zu senken. Deshalb hat die Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten durch strukturelle Reformen der sozialen Sicherungssysteme und eine zukunftsorientierte, beschäftigungsfreundliche Steuer- und Abgabenstruktur besondere Bedeutung.«

Die jenseits dieses Wortgeklingels liegende reale Brisanz für Arbeitsplätze und Flächentarife ist – in sozialpolitischen Schriften zumindest – von den Gewerkschaften längst erkannt. Nach praktischen Konsequenzen sucht man jedoch



meist vergebens. Was davon ins allgemeine Bewusstsein der Lohnabhängigen an der Basis dringt, sind daher überwiegend die Angst und Disziplin erzeugenden Wirkungen. Die Spaltung in Beschäftigte, Arbeitslose, Sozialhilfeberechtigte und Flüchtlinge (Asylbewerberleistungsgesetz) funktioniert weitgehend.

Während die Gewerkschaften sich auf ihre beitragszahlende Mitgliedschaft konzentrieren, die ihrerseits Erwartungen an entsprechende Interessenvertretung hegt, sind die von Erwerbsarbeit Ausgegrenzten schwierig zu organisieren. Die jeweiligen Grenzen zu überwinden, erfordert politisches Bewusstsein und den Willen, die eigenen Interessen selbst in die Hand zu nehmen.

Öffentliche Haushalte und Sozialleistungen

Die Ursachen der Verschuldung öffentlicher Haushalte (Bund, Länder, Kommunen, Sozialversicherungen) werden in den bürgerlichen Medien, der Unternehmerlobby, den Parteien/Regierungen etc. unmittelbar an den Kosten für die soziale Grundsicherung festgemacht. Diese Seite in den Mittelpunkt ihrer Kritik zu stellen, entspricht ihrem Klasseninteresse an einer von Steuern und Lohnnebenkosten möglichst unbelasteten Kapitalverwertung. Umgekehrt beklagen die Gewerkschaften die fehlenden Einnahmen, insbesondere die fortwährende Senkung der Gewinnsteuern. Beide Positionen haben gemeinsam, dass sie den Staatshaushalt unter bilanztechnischen Gesichtspunkten für sich betrachten, ohne die in der kapitalistischen Ökonomie wurzelnden Ursachen der öffentlichen Verarmungsprozesse anzugreifen.

Unter den Kostenfaktoren steht immer wieder die Massenarbeitslosigkeit im Zentrum des Interesses. Da die Erwerbsarbeit für Lohnabhängige die zentrale materielle

Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Leistungsberechtigt nach dem AsylbLG (seit 1993, aktuelle Fassung von 1997) sind Flüchtlinge unter bestimmten Voraussetzungen, die in § 1 geregelt sind. Erst nach drei Jahren (bis 1997: nach einem Jahr) erhalten sie die entsprechenden Sätze nach dem BSHG; es gibt Pläne, diesen »Aufstieg« ganz abzuschaffen. Die Regelsätze nach § 3 AsylbLG liegen deutlich unter denen des BSHG:

- ◆ Haushaltsvorstände und Alleinerziehende 360,- DM
- ◆ Haushaltsangehörige bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres 220,- DM
- ◆ Haushaltsangehörige vom Beginn des 8. Lebensjahres an 310,- DM zuzüglich der notwendigen Kosten für Unterkunft, Heizung und Hausrat.

Diese Beträge müssen vorrangig in Sachleistungen oder Wertgutscheinen ausgegeben werden. Dass dieses Verfahren meistens teurer kommt, als den Menschen einfach das Geld zu überweisen, ist in diesem Rahmen unerheblich, gehört doch dieser Akt der Entmündigung zu den vielfältigen Mitteln, Flüchtlinge vom Betreten der BRD abzuschrecken. Mit den niedrigeren Regelsätzen wurde ein Abstandsgebot zugunsten von SozialhilfebezieherInnen mit deutschem Pass festgelegt; ob diese sich dadurch tatsächlich als Teil der nationalen Gemeinschaft aufgewertet fühlen, dürfte jedoch mehr als fraglich sein.

§ 5 AsylbLG regelt den Arbeitszwang. Vorwiegend in »Aufnahmeeinrichtungen im Sinne des § 44 des Asylverfahrensgesetzes und in vergleichbaren Einrichtungen« sollen Arbeiten geleistet werden, aber auch »bei staatlichen, bei kommunalen und bei gemeinnützigen Trägern«, in diesem Falle freilich nur »zusätzlich«. Ein reguläres Arbeitsverhältnis wird dadurch nicht begründet, Sozialversicherung fällt nicht an, die Aufwandsentschädigung beträgt zwei DM.

Völlig anderen Charakter hat die aktuelle Debatte über Arbeitsverträge per Green Card (obwohl sie typischerweise sofort genutzt wird, um über die Abschaffung der Reste des Asylrechts und ein Zuwanderungsgesetz zu diskutieren). Hier werden ausländische Arbeitskräfte zur Behebung eines empfindlichen Mangels gesucht, der den Standort Deutschland angeblich bedroht, auch teilweise durch Ausbildungslücken selbst verursacht wurde – also allenfalls den Werbekampagnen der fünfziger und sechziger Jahre vergleichbar. Vor diesem Hintergrund ist die scharfe Reaktion u.a. der Unternehmerverbände auf die plumpe »Kinder-statt-Inde«-Kampagne der NRW-CDU durchaus logisch (Hundt: »undurchdacht und erbärmlich populistisch«). Sie wird ihr wohl nicht so viel Freude machen wie die Anti-Doppelpass-Kampagne der hessischen CDU zur letzten Landtagswahl.

Der durch die Spendenaffäre der CDU ins Amt des Schatzmeisters gehievte, bisher parteilose(!) Deutsch-Bänker Ulrich Cartellieri zählt sich selbst zu den Urhebern der Green Card und Befürwortern eines Einwanderungsgesetzes – nur für »Einwanderer mit Qualität« allerdings: »Unser Land ist zu groß, als dass wir uns nur Asylanten leisten könnten.« (FR vom 7. April 2000).

Bedingung der Lebensplanung ist, scheint dies gerechtfertigt und wird von den meisten auch so akzeptiert. Lohnersatzleistungen der Arbeits- und Sozialämter sind aber nicht die Ursachen, sondern Folge der Arbeitslosigkeit. Die Höhe der Beschäftigung wird zumindest in der privaten Wirtschaft

durch Gewinnerwartung und Arbeitsproduktivität der Unternehmen bestimmt; die betriebliche Kostenseite wird der Allgemeinheit durch Vorratshaltung überschüssiger Arbeitskraft aufgehalst. Die Bedingungen, unter denen dies geschieht, sind Ausdruck teils der kapitalistischen Konkurrenzverhältnisse (besonders auf dem Weltmarkt), teils der jeweiligen Klassenauseinandersetzungen. Daraus ergibt sich der Streit um Qualität, Höhe und Form der sozialen Grundsicherung, die in Deutschland traditionell weitgehend an die Lohnquote gebunden ist (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung; Sozialhilfe dagegen ist steuerfinanziert).

Die Sozialleistungsquote, das heißt das Verhältnis der betreffenden Leistungen des Staates und der Sozialversicherungen zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), schwankt entsprechend diesen Kräfteverhältnissen. In der kurzen Ära der Vollbeschäftigung, insbesondere der Brandt-Scheel-Regierung, wurde die soziale Sicherung relativ großzügig ausgebaut, doch in der anschließenden Krise mit beginnender Massenarbeitslosigkeit seit Mitte der siebziger Jahre schrittweise zurückgenommen. Es war kein geringerer als N. Blüm, der als Arbeitsminister kurz vor dem Ende der Kohl-Regierung selbst die Bilanz seiner 16 Jahre aufmachte (FR vom 28.1.1998): Demnach erbrachte sein nachhaltiger Sozialabbau Einsparungen, die sich im Jahre 1997 in der Rentenversicherung auf 60 Mrd. DM und in der Arbeitslosenversicherung auf 38 Mrd. DM beliefen. Nichtsdestotrotz blieb die Sozialleistungsquote in den achtziger und neunziger Jahren weitgehend stabil. Sie stieg von 21,7 Prozent (1960) über 26,0 Prozent (1970) auf einen vorläufigen Höchststand von 33,4 Prozent (1975). In der Ära Blüm sank sie bis 1990 auf 29,0 Prozent, stieg dann aber wieder infolge der Einvernahme der DDR bis 1997 auf 34,4 Prozent (Angaben nach Rainer Roth, *Das Kartenhaus*, Frankfurt 1998, S. 108). Der »Erfolg« für die Bundesregierung ergibt sich aus der relativen Einsparung gegenüber dem wachsenden Bedarf durch die Massenarbeitslosigkeit. Gemessen an dem vorgeblichen Ziel der Haushaltskonsolidierung zeigt sich eine Vergeblichkeit ihres Tuns angesichts der ökonomischen Dynamik, von der sie getrieben wird.

Die Sozialleistungen bleiben auf hohem Niveau, weil immer mehr Arbeitslosigkeit und Massenarmut erzeugt wird und die Durchsetzung des Sozialabbaus nicht so flott verläuft, wie es die Unternehmerverbände gern hätten. Angaben des Statistischen Bundesamtes zufolge (hier zitiert nach Fischer Welt-Almanach 2000, Sp. 249/250) betrug die Gesamthöhe im Jahre 1997 1251,123 Mrd. DM. Hierunter fallen folgende Einzelposten (Auswahl):

- ◆ Rentenversicherung d. ArbeiterInnen: 202, 523 Mrd. DM;
- ◆ Rentenversicherung der Angestellten: 186,314 Mrd. DM;
- ◆ Knappschaftliche Rentenversicherung: 27, 537 Mrd. DM;
- ◆ Pflegeversicherung: 27,297 Mrd. DM;
- ◆ Gesetzliche Krankenversicherung: 245,807 Mrd. DM;
- ◆ Gesetzliche Unfallversicherung: 20,873 Mrd. DM;
- ◆ Leistungen der Bundesanstalt f. Arbeit: 143,137 Mrd. DM;
- ◆ Sozialhilfe: 50,827 Mrd. DM;
- ◆ Jugendhilfe: 29,536 Mrd. DM;
- ◆ Ausbildungsförderung: 1,826 Mrd. DM;
- ◆ Wohngeld: 6,953 Mrd. DM.

Die hier aufgeführten Leistungen sind gegenüber dem Vorjahr mehr oder weniger stark gestiegen; nur bei der Sozialhilfe ergibt sich ein Rückgang gegenüber 1996 (= 53,119

Mrd. DM; sogenannter Entlastungseffekt der Pflegeversicherung). Zu beachten ist übrigens, dass es sich hierbei um Bruttoausgaben handelt, das heißt Einnahmen der Sozialämter und der sonstigen Träger der Sozialhilfe (Landeswohlfahrtsverbände, Sozialministerien der Länder) sind nicht herausgerechnet.

Zu den Einnahmequellen rechnen insbesondere Rückstellungen aufgrund von Ansprüchen an sonstige Sozialleistungsträger (zum Beispiel Arbeitsamt) und an Unterhaltspflichtige, die zusammen ein Zehntel des Bruttobetrag übersteigen. Die »reinen Ausgaben« der Sozialhilfe im engeren Sinne, nämlich der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt, beliefen sich für 1997 auf 17,6 Mrd. DM (eine Steigerung gegenüber 1996 um 7,5 Prozent).

Sozialhilfe: Maßstab des Existenzminimums

Als Existenzminimum soll das Niveau der Sozialhilfe gelten (nichtsdestotrotz wird noch eine Existenz unter dem »Minimum« definiert: das Asylbewerberleistungsgesetz). Es ist damit Maßstab für die Reproduktionskosten eines erwerbslosen Menschen, indirekt aber auch – per Lohnabstandsgebot – für Erwerbstätige im Niedriglohnbereich. Die Setzung dessen, was ein Mensch zum Leben und zur Befriedigung soziokultureller Bedürfnisse benötigt, ist ihrer Natur nach politisch und hängt vom Stand sozialer Auseinandersetzungen ab. Gegenwärtig ist »Minimum« wirklich Minimum: »Die Sozialhilfe ist berechnet auf die bescheidenen Lebenshaltungskosten eines nicht-erwerbstätigen Menschen, der isoliert lebt. Kosten von Essen, Trinken, Ausflügen, Unternehmungen, Freizeitbetätigungen, Sport usw. in Gesellschaft mit anderen und Formen von Erholung und Urlaub usw. werden weitgehend ausgeklammert.« (Roth, Kartenhaus, S. 132). Das gleiche gilt für Konsumgüter, die über Radio, Kühlschrank, Telefon hinausgehen, und für Kosten, die für den Übergang ins Erwerbsleben anfallen, wie Bewerbung, Fortbildung, Anschaffung eines Pkw oder PC.

Regelsätze in der Sozialhilfe

(Beispiel Hessen, Stand 1. Juli 1999):

- ◆ Haushaltsvorstände und Alleinerziehende 548,- DM
- ◆ Haushaltsangehörige bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres 274,- DM
- ◆ Haushaltsangehörige bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres beim Zusammenleben mit einer Person, die allein für die Pflege und Erziehung des Kindes sorgt 301,- DM
- ◆ Haushaltsangehörige vom Beginn des 8. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 356,- DM
- ◆ Haushaltsangehörige vom Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres 493,- DM
- ◆ Haushaltsangehörige vom Beginn des 19. Lebensjahres 438,- DM

Diese Beträge werden entsprechend der Zusammensetzung der Lebensgemeinschaft addiert; dazu kommen »angemessene« Miete plus Heizkosten etc., anerkannter Mehrbedarf wie Krankenkassenbeitrag, Pflege für über 65-Jährige, Krankenkost etc. und einmalige Beihilfen wie Bekleidung, Hausrat, Umzug. Abgerechnet werden Einkommen aus Erwerbstätigkeit und/oder anderen Sozialleistungen: diese gelten in der Regel als vorrangig.

Unter Hinzurechnung von Freibeträgen für Erwerbstätigkeit und Werbungskosten entspricht die Sozialhilfe eines nichterwerbstätigen Alleinstehenden etwa einem Nettolohn

Die Sozialhilfe im engeren Sinne seit 1962

Aus dem Sozialhilfebericht des Statistischen Bundesamtes, November 1999:

Die Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, der sogenannten »Sozialhilfe im engeren Sinne«, ist seit Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes im Juni 1962 deutlich angestiegen. Die zeitliche Entwicklung verlief nicht kontinuierlich: Während der sechziger Jahre gab es im früheren Bundesgebiet bei nur unwesentlichen Veränderungen rund 0,5 Millionen Empfänger. Mit Beginn der siebziger Jahre setzte dann ein erster Anstieg ein, der bis 1977 andauerte. Nach einer kurzen Periode der Beruhigung folgte Anfang der achtziger Jahre eine zweite Anstiegsphase: 1982 gab es erstmals mehr als eine Million Empfänger; im Jahr 1991 wurde dann die Zwei-Millionen-Marke erreicht. Ausschlaggebend hierfür war auch die Einbeziehung der neuen Länder und Berlin-Ost, wodurch sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne zum Jahresende 1991 zusätzlich um 217.000 Personen erhöhte. Der deutliche Rückgang der Bezieherzahl im Jahr 1994 ist auf die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zurückzuführen. Dies hatte zur Folge, dass zum Jahresende 1994 rund 450.000 Personen aus dem Sozialhilfebezug im engeren Sinne herausgefallen und ins Asylbewerberleistungsrecht übergewechselt sind. In den darauffolgenden Jahren stieg die Zahl der Sozialhilfebezieher dann wieder an.

Zum Jahresende 1997 waren 2,89 Mio. Personen auf Sozialhilfe im engeren Sinne angewiesen, das sind 3,5 Prozent der Bevölkerung. Der Anteil der Bevölkerung, der Sozialhilfe beansprucht, hat sich somit seit 1963 fast vervierfacht; damals bezog lediglich ein Prozent der Bevölkerung Sozialhilfe. Im vorgenannten Zeitraum stieg auch die Arbeitslosenquote stark an, und zwar von 0,8 Prozent auf 12,7 Prozent. Die Quoten der Sozialhilfeempfänger und der Arbeitslosen entwickelten sich im Zeitverlauf ähnlich, wenngleich auf einem anderen Niveau. ...

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung,
<http://www.bma.bund.de>

von zirka 1600 DM. Von diesem Betrag wären alle Lebenshaltungskosten zu finanzieren. Von einem solchen Mindestlohnniveau sind die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die sozialen Bedürfnisse der Kinder nicht zu gewährleisten. An diesem Punkt treffen sich die Interessen des Staates an Einsparungen im Haushalt auf Kosten ausgegrenzter Gruppen der Gesellschaft mit denjenigen der Unternehmer an Disziplinierung der Arbeitskraft einschließlich deren Lohnforderungen. Druck auf die Sozialeinkommen bringt jedoch nur vordergründig Entlastung bei den sogenannten Lohnnebenkosten; vielmehr wird – nicht nur, aber auch – auf dieser Ebene die Senkung des gesamten Lohnniveaus zumindest in unteren und mittleren Bereichen politisch legitimiert und vorangetrieben.

Je niedriger die Sozialhilfe als das unterste Netz sozialer Absicherung im Durchschnitt ist, desto eher lässt sich dieses Ziel erreichen. Das damit angesprochene Lohnabstandsgebot gilt als erfüllt, wenn es SozialhilfebezieherInnen dazu veranlasst, sich Arbeit zu suchen. Um die unterschiedlichsten Sozialverhältnisse halbwegs in den Griff zu kriegen, wird in

Städtetag: Sozialhilfe ist zu hoch

ap Leipzig - Der Präsident des Städtetages, der Saarbrücker OB Hajo Hoffmann (SPD), hält das Niveau der Sozialhilfe für zu hoch. Ein Ehepaar mit drei Kindern habe einen Anspruch auf 3400 Mark im Monat „und bei hohen Mieten in Großstädten noch mehr“. Solange kein ausreichender Abstand zu Niedrigverdienern gewahrt werde, gebe es wenig Gründe, aus der Sozialhilfe auszusteigen.

Arbeitskräftepotential der Sozialhilfeempfänger

Aus dem Sozialhilfebericht des Statistischen Bundesamtes, November 1999:

Für eine Entlastung der Sozialhilfe spielt die Eingliederung arbeitsfähiger Sozialhilfeempfänger in den Arbeitsmarkt eine entscheidende Rolle. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Zahl und der Struktur der Beziehenden laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, die grundsätzlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Unterstellt man eine solche Verfügbarkeit für alle männlichen und weiblichen Hilfeempfänger im Alter von 18 bis unter 60 Jahren mit Ausnahme der Personen, die wegen häuslicher Bindung (insbesondere alleinerziehende Frauen), Krankheit, Behinderung oder Arbeitsunfähigkeit keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können, dann ergibt sich ein Arbeitskräftepotential (brutto) von knapp 1,2 Mio. Personen. Lediglich elf Prozent (133.000) dieser Personen sind bereits jetzt als Voll- oder Teilzeitkräfte erwerbstätig und erhalten Sozialhilfe als ergänzende Hilfe zu ihrem Arbeitseinkommen. Weitere vier Prozent (44.000) befinden sich in Aus- oder Fortbildung. 58 Prozent (678.000) sind arbeitslos gemeldet, und 27 Prozent (318.000) gehen aus unbestimmten Gründen keiner Erwerbstätigkeit nach. Unterstellt man für die zuletzt genannten Personen, dass diese grundsätzlich erwerbsfähig sind, dann bedeutet dies, dass schätzungsweise knapp eine Million (996.000) Arbeitsplätze notwendig wären, um das unterstellte Arbeitskräftepotential unter den Sozialhilfeempfängern auszuschöpfen. Bei Eingliederung dieser Personen in den Arbeitsmarkt würden wahrscheinlich viele derer Familienmitglieder keine Sozialhilfe mehr benötigen. ...

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung,
<http://www.bma.bund.de>

§ 22 Abs. 4 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) willkürlich eine fünfköpfige Familie als Maßstab gesetzt: Im Falle von Sozialhilfebezug muss das Einkommen (Regelsätze plus Mehrbedarf usw.) einer solchen Familie unter dem liegen, was sie als Nettolohn eines Alleinverdieners plus Kinder- und Wohngeld bekäme. So wird bestimmt, wie hoch die Regelsätze sein dürfen. Damit fallen aber zum Beispiel Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigte ihrer absoluten Lohnhöhe nach eben doch unter das Sozialhilfeniveau und müssen ergänzende Sozialhilfe beantragen.

Das Lohnabstandsgebot kann und soll nicht im Sinne einer Tarifautomatik wirken, das eine untere Grenze der Löhne markiert, sondern als ungefähre, teils ideologische Richtlinie für Gesetzgebung und Verwaltung. Dies bekommen gerade diejenigen zu spüren, deren Einkommen in diesem Grenzbereich liegt. Es setzt nebenbei Rahmenbedingungen für Tarifverhandlungen und Arbeitsverhältnisse in den unteren Bereichen, damit diese nicht zu üppig ausfallen. Wollen zum Beispiel der Einzelhandel, die Gastronomie etc. billigste und hochflexible Arbeitskräfte haben, so muss die »Alternative«, ohne Lohnarbeit zu leben, möglichst erschwert werden. In dieser Sicht ist die Sozialhilfe immer zu »hoch«; würde sie aber gesenkt, dann würden ihr gleich die nächsten Niedriglöhne folgen. Für Lohnabhängige – egal, ob beschäftigt oder nicht – kann die Alternative daher nur in der Stabilisierung bzw. Verbesserung des Existenzminimums liegen.

Es gibt noch weitere Gründe dafür. Das Sozialhilfeniveau ist auch ein Maßstab für den Freibetrag bei der Lohnsteuer. Damit besteht ein direkter Zusammenhang mit dem verfügbaren Einkommen von ArbeiterInnen und Angestellten nach dem Steuerabzug: Je höher der Freibetrag, desto mehr Geld auf der Hand. Und wer trotzdem mit seinem Lohn das Sozialhilfeniveau unterschreitet, hat Anspruch auf

ergänzende Sozialhilfe und würde durch eine Kürzung der Sozialhilfe unmittelbar betroffen.

Methoden zur Senkung des Lohnniveaus, des Berufsschutzes, des Kündigungsschutzes und sonstiger Arbeitsstandards, die in Richtung eines breiten, dauerhaften, verfügbaren Niedriglohnssektors zielen, gibt es viele. An Arbeitslosengeld und -hilfe wird ständig gebastelt; jüngstes Beispiel: Zum 1. Januar 2000 wurde die »originäre Arbeitslosenhilfe« gestrichen, die bis dahin Arbeitslose beantragen konnten, die zuvor mindestens fünf, jedoch weniger als zwölf Monate sozialversichert gearbeitet hatten. Die Übergangsfrist der Bestandssicherung wurde äußerst knapp gehalten: Schon zum 1. April 2000 fliegen die »Altfälle« aus dem Arbeitslosenbezug heraus und müssen Sozialhilfe beantragen. Immer wieder fordern die Unternehmer die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, das heißt eine weitere, massive Senkung der sozialen Sicherung. Die Sozialhilfe spielt eine besondere Rolle, weil sie – fast – das unterste Niveau der sozialen Absicherung darstellt; sozusagen den Fahrstuhl nach unten vermittelt des Lohnabstandsgebots. Unterhalb dieser Marke liegen nur noch – allerdings nicht für Deutsche oder EU-BürgerInnen – das Asylbewerberleistungsgesetz und die Illegalität.

Von seiten der Arbeitslosen- und Sozialhilfe-Initiativen werden daher Modelle einer sozialen Grundsicherung diskutiert, die bedarfsdeckend und von der Bewertung individueller Arbeitsfähigkeit und -bereitschaft abgekoppelt ist. Doch unter dem Druck der Kapitalverwertung geschieht genau das Gegenteil. In § 18 BSHG ist unmissverständlich zu lesen, dass jeder »Hilfesuchende« gehalten ist, »seine Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhalts für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen einzusetzen«. Dies wird verschärft als Hebel genutzt, um die »Fallzahlen« im Sozialhilfebezug zu senken und damit Kosten einzusparen. Der Grundsatz für »freie Bürger«, dass niemand zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden darf, wird für die »drop outs« dieser Gesellschaft wie selbstverständlich außer Kraft gesetzt.

Benchmarking im Sozialamt

Die von den Kommunen zu tragenden Kosten der Sozialhilfe bedrohen in ihrer eigenen Interpretation ihre Handlungsfähigkeit. Der Anteil der Sozialausgaben der Stadt Frankfurt etwa hat sich zwischen 1970 und 1996 von 14,7 Prozent auf 24,7 Prozent der städtischen Gesamtausgaben erhöht. Die Industrie- und Handwerkskammer Frankfurt schließt daraus, dass »die dringend notwendige Sanierung der kommunalen Haushalte ... ohne einschneidende Maßnahmen – auch im sozialen Sicherungssystem – nicht zu schaffen« sei (Mittei-

lungen der IHK Frankfurt 1/96). Die Stadt Hamburg will im Bereich der Sozialhilfe im Jahr 2000 21,5 Mio. DM sparen, davon zehn Mio. DM durch erzwungene Arbeitsvermittlung. Dagegen ist festzuhalten, dass im Sozialhilfebericht des Statistischen Bundesamtes die Nettoausgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) 1997 mit 5,5 Prozent der kommunalen Kosten angegeben werden.

Da es sich bei den Sozialleistungen fast ausschließlich um gesetzliche Pflichtaufgaben der Kommunen handelt, auf deren inhaltliche Ausgestaltung sie kaum Einfluss haben, bleiben ihnen nur administrative, von betriebswirtschaftlichem Denken ausgehende Maßnahmen gegen die Anspruchsberechtigten selbst. Die Frage ist somit nicht: »Was braucht ein Mensch zum Leben?«, sondern: »Was kostet ein/e SozialhilfeempfängerIn?« SachbearbeiterInnen im Sozialamt werden gehalten, AntragstellerInnen eben nicht auf ihre Rechte hinzuweisen, sondern nur das zu bewilligen, was nicht vermeidbar ist.

Über »Benchmarking« (zwischenbetrieblicher Vergleich im Erreichen optimaler Kennziffern – aus der Betriebswirtschaft bekannt) wird solche Sparwut bundesweit systematisiert. Gebenchmarkt werden bislang vor allem die einmaligen Beihilfen (Bekleidung, Hausrat, langlebige Konsumgüter etc.), weil sie anders als die HLU zwar nach ihrer Art, aber nicht nach der Höhe gesetzlich vorgeschrieben sind. Durch verschärfte Bedarfsprüfung, Neufestlegung von Bedarfsobergrenzen, Kontrolle der Verwendung der Beihilfen etc. können Sparpotentiale mobilisiert werden.

Für eine »bedürfnisgerechtere und damit wirtschaftlichere« Sozialhilfegewährung steht zum Beispiel in Hamburg (Ortsteile Bramfeld und Hamburg-Nord) das Projekt »Herkules«. Zu dessen Grundsätzen gehören u.a.: 1. HilfeempfängerInnen sollen an ihrer Bedarfsdeckung mitwirken. 2. Sie sollen bei Neueintritt in die HLU sechs Monate lang keine einmaligen Beihilfen bekommen. 3. Artikel, die teurer als 250 DM sind, sollen nur an AntragstellerInnen gewährt werden, die voraussichtlich mindestens sechs Monate im Leistungsbezug bleiben werden. Insgesamt wurde in Hamburg 1997 eine Summe von 10,9 Mio. DM, das heißt 82 DM pro SozialhilfebezieherIn, bei den einmaligen Beihilfen gespart (Angaben nach D. Hauer, *Das Sozialamt als Profit-Center*, Hamburg 1999).

In der Stadt Duisburg wird die Bekleidungsbeihilfe »nicht anhand von abstrakten Statistikmodellen oder durchschnittlichem Verbraucherverhalten festgelegt«, sondern durch »Spezialisten des Sozialamts«, die in Kaufhäusern und Läden die günstigsten Preise ermitteln (der Aufwand für die »Spezialisten« selbst wird nicht gebenchmarkt). Weitere Möglichkeiten sind stadteigene Gebrauchtmöbellager oder die Selbsthilfe bei Renovierung und Umzügen. Duisburg liegt im Vergleich der geringsten Kosten bei einmaligen Beihilfen an bester, nämlich unterster Stelle aller westdeutschen Großstädte. In Bremen dagegen beklagt der Rechnungshof, die Stadt habe ihre Bekleidungshilfe nicht im erforderlichen Maße zurückgefahren; sie solle sie um 20 DM pro Person und Monat senken, um an den Spitzenreiter dieser Einzeldisziplin, Hannover, heranzukommen.

Solche Einsparungen mögen in der normalen Alltagspraxis sinnvoll sein; man vergleicht die Preise und kauft dort ein, wo es am günstigsten ist. Hier jedoch wird auf Zwang, gewissermaßen auf Entmündigung abgestellt und Versorgung mit minderwertiger Qualität in Kauf genommen. Ähnliche

Umgangsformen bestehen beim Wohnungsbedarf, wo Städte wie Rostock und Duisburg für Kaltmiete minus Wohngeld nur noch 300 bis 400 DM auszugeben bereit sind und Sozialhilfeempfänger auch bei geringsten Überschreitungen solcher Richtlinien zwingen, sich eine neue Bleibe zu suchen. »Gebenchmarkt wird«, so die Arbeitslosenzeitung »quer« im Februar 2000, »eigentlich nicht die Leistung des Amtes, sondern die Fähigkeit der Hilfebezieher, mit weniger Geld über die Runden zu kommen.« Und das im bundesweiten Vergleich, um Begründungen für den jeweils niedrigeren Standard zu haben.

Arbeitszwang

Methoden der offenen Repression mögen auf den ersten Blick mit dem liberalen Kapitalismus der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts unvereinbar erscheinen. So dürfte folgendes Beispiel der Stadt Chemnitz eigentlich nicht mehr zeitgemäß sein. Dort »scheut man nicht den Vergleich zur »Arbeitsfürsorge« aus den Anfängen des Nationalsozialismus und legt sie sogar als Maßstab für die eigene Beschäftigungspolitik an. Auf einer Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge im September 1996 referierte ein städtischer Beigeordneter über das Chemnitzer Modell und erinnerte an 1932, wo man »auf ähnliche Herausforderungen mit durchaus vergleichbaren Lösungen reagiert(e) wie heute«. Danach präziserte er die Maßnahmen der »Arbeitsfürsorge«, und zwar im Vergleich:

- ◆ »Notstandsarbeiten, die eher der heutigen ABM nahekommen,
- ◆ Fürsorgearbeiten, die der heutigen ASS (Arbeit statt Sozialhilfe) vergleichbar wären,
- ◆ Pflichtarbeiten, die vor allem Frauen in Nähstuben usw. beschäftigte und
- ◆ den Freiwilligen Arbeitsdienst, der im wesentlichen unter 25-jährige Männer ansprach.«

Doch damit nicht genug. Er beschloss den Exkurs in die Geschichte, indem er die Anwesenden direkt ansprach: »Es wird Sie in dieser Runde sicher freuen zu hören, dass unser Wohlfahrtsamt zu dieser Frage an erster Stelle die gutachterliche Stellungnahme Professor Polligkeits vom Deutschen Verein anführte.« An dieser Stelle darf daran erinnert werden, dass Wilhelm Polligkeit 1933 maßgeblich das »Bewahrungsgesetz« durchsetzte, das die Einweisung »Minderwertiger, Landstreicher und Trinker« festschrieb. Der Redebeitrag wurde im hauseigenen Nachrichtendienst abgedruckt – aus Unachtsamkeit? Eine historische Parallelität wird hier hergestellt, wie sie selbst von Kritikern des gegenwärtigen Arbeitszwangs mit aller gebotenen Vorsicht behandelt wird.« (Vortrag von C. Sonnenfeld auf d. Tagung »Soziale Ausgrenzung, Solidarität und Sicherheit« des Komitees für Grundrechte, Köln, Sept. 1998).

Es ist richtig, den historischen Vergleich nicht zu weit zu treiben. Wir verwenden in diesem Artikel bewusst den Begriff »Arbeitszwang«, um eine Verwechslung mit der aktuellen Diskussion um die kriegsmäßig organisierte Zwangsarbeit im Nazi-Reich von vornherein auszuschließen. Dennoch ist eine gewisse Kontinuität in wichtigen Teilzielen wie Durchsetzung von »Arbeitsethik«, Zwangsverwertung von Arbeitskraft und Disziplinierung der Nichtangepassten nicht zu übersehen. Die Mittel und Formen freilich sind andere und die Ziele begrenzter. Sie sollen auf Konsens stoßen und müssen dementsprechend in Begriffen vermittelt werden,

die positiv besetzt sind. So legimiert sich der Zwang heute als »Fördermaßnahme« für Benachteiligte bzw. für Menschen, die ihr Leben angeblich nicht selbst regeln können. Im § 19 des BSHG sind grundsätzlich zwei Formen der Vorauszahlung von Arbeitskraft vorgesehen: 1. gemeinnützige Arbeit bei Fortzahlung der Sozialhilfe plus einer geringen Aufwandschädigung von gewöhnlich 2,50 DM pro Stunde; 2. befristete sozialversicherungspflichtige Tätigkeit zu tariflichen Bedingungen. Die erste Form erscheint den Kommunen zunächst einmal billiger und mit einem höheren Abschreckungseffekt verbunden. In der Praxis mussten die amtlichen Arbeitsbeschaffer jedoch bald erhebliche Nachteile feststellen. Zum einen war die Arbeitsmoral der so Herangezogenen dem schmalen Entgelt angepasst und daher wenig produktiv; zum anderen schrieb das BSHG für solche Arbeiten vor, dass sie nur »zusätzlich« anfallen dürfen (mittlerweile heißt es allerdings in § 19, dass »von der Erfordernis der Zusätzlichkeit im Einzelfall abgesehen werden« kann).

Die befristete reguläre Arbeit erfordert zunächst einmal höhere Aufwendungen aus dem Gemeindefiskus, bringt aber – neben der höheren Motivation der Arbeitenden – später einen Vorteil. Nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses, das ja ein regulär versichertes ist, fallen die bisherigen Sozialhilfeberechtigten nunmehr der Bundesanstalt für Arbeit zur Last. Dieser Verschiebeparkplatz funktioniert im jeweiligen Einzelfall freilich nur so lange, bis Anspruchshöhe und -dauer in der Arbeitslosenversicherung verbraucht sind. Werden diese aber gesetzlich gesenkt, wie es mit der Einführung des SGB III 1997 der Fall war, und die Arbeitslosen entsprechend frühzeitig wieder in den Sozialhilfebezug zurückgeschleust, so lohnt sich auch diese Praxis nicht mehr.

So bleibt schließlich die direkte Repression gegen die Sozialhilfeberechtigten im Sozialamt selbst. Dies läuft im wesentlichen darauf hinaus, dass die Sozialämter sich selbst zu Nebenarbeitsämtern umfunktionieren, natürlich mit dem proklamierten Ziel der Vermittlung in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt. Gestützt auf die Forderung, dass der/die Hilfesuchende die eigene Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhalts einsetzen soll, wird Druck zur verschärften Arbeitssuche gemacht und diese entsprechend kontrolliert. Das Bundesverwaltungsgericht erkannte in diesem Zusammenhang für rechtens, dass 20 Bewerbungen pro Jahr zumutbar seien. In der Praxis liegen die Anforderungen erheblich höher, und sie werden auch an Personen gestellt, die absehbar keine Chance auf einen Arbeitsplatz mehr haben. Damit dies auch mit System geschieht, führte der Bund eine entsprechende Bestimmung in § 18 BSHG ein: »Es ist darauf hinzuwirken, dass der Hilfesuchende sich um Arbeit bemüht und Arbeit findet.« Wer hier als SachbearbeiterIn Ermessensspielraum nutzen will, wird zumindest unter Rechtfertigungszwang gesetzt.

Ein Problem in der durch das Sozialamt vorgenommenen Arbeitsvermittlung liegt darin, dass es sich um eine Klientel handelt, die auf reguläre Weise durch das Arbeitsamt nicht mehr vermittelbar ist. Es müssen also sehr günstige Bedingungen geboten werden, damit Unternehmer sich interessiert zeigen. Sie können nur auf Kosten der steuerzahlenden Allgemeinheit und der in Arbeit zu Vermittelnden selbst gehen. Daher bestimmt § 19 BSHG: »Zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsgelegenheiten können auch Kosten übernommen werden.« So werden – wie zum Beispiel von der Stadt Chem-

nitz – Zuschüsse in Höhe der Sozialhilfe für ein Jahr gezahlt und mit Leistungen etwa des Europäischen Sozialfonds kombiniert, so dass der Betrieb nur noch die Differenz zum Tariflohn tragen muss. Die Unternehmer können selbst entscheiden, ob sie anschließend das Arbeitsverhältnis fortführen oder den/die so »Geförderte/n« der Bundesanstalt für Arbeit anheimstellen. Auch im Rahmen der gemeinnützigen Arbeit können SozialhilfebezieherInnen an Unternehmen, Vereine etc. verliehen werden, in der Hoffnung, dass anschließend ein reguläres Arbeitsverhältnis begründet wird.

Für die Betroffenen selbst spielen zwei Fragen eine entscheidende Rolle: 1. Die Bezahlung: Vielfach werden – wie bei der »Werkstatt Frankfurt«, einer Beschäftigungsgesellschaft – nur 80 Prozent des Tariflohns oder weniger bezahlt; dies nennt sich dann Haustarif oder – wie beim »Internationalen Bund für Sozialarbeit« – Praktikantenvergütung (in beiden Fällen mit Zustimmung der ÖTV als tarifabschließende Gewerkschaft). 2. Die Zumutbarkeitsregelung (§ 18 Abs. 3 BSHG): Sie ist erheblich schärfer als für Arbeitslose, die unter die Vermittlung des Arbeitsamtes fallen. Von Berufs- und Statusschutz kann hier keine Rede sein. Nur die körperliche, geistige und gesundheitliche Eignung für den Job sowie ggf. die »geordnete Erziehung eines Kindes« sind zu gewährleisten – zwei Grundsätze, die in der Praxis äußerst dehnbar erscheinen. Ansonsten ist jede Arbeit zumutbar, und wer dies ablehnt, muss mit dem Entzug von 25 Prozent, dann hundert Prozent der Sozialhilfe rechnen; allerdings nicht endgültig, sondern längstens für ein Jahr.

Beschäftigungsgesellschaften

In die Rolle von Nebenarbeitsämtern schlüpfen immer mehr kommunale Beschäftigungsgesellschaften, die in der Regel – ihren vollmundigen Satzungen zufolge – mit dem Anspruch gegründet wurden, Langzeitarbeitslose, insbesondere SozialhilfebezieherInnen, für den ersten Arbeitsmarkt »fit« zu machen. Ihre Finanzierung beziehen sie aus Mitteln der Sozialhilfe, ABM-Geldern des Arbeitsamtes etc., wo immer sich sozialpolitische Fonds auftun lassen. Ihre Tätigkeit beinhaltet Aus- und Fortbildung unter betriebsnahen Bedingungen. Findige SozialpolitikerInnen der Kommunen machen sich das hier vorgehaltene fachliche Potential von AusbilderInnen zunutze, um AntragstellerInnen vom Sozialamt hierherzuschicken und auf Arbeitstauglichkeit prüfen zu lassen.

Die Vorgehensweise ist zum Beispiel im hessischen Main-Kinzig-Kreis im Rahmen des dortigen Programms »Neue Wege in schwieriger Zeit« geregelt. In der kreiseigenen »Berufsbildungs- und Beschäftigungszentrum GmbH« (BBZ) wurde eigens eine Vermittlungsagentur gegründet. Diese arbeitet mit der dem Sozialdezernat unterstellten »Regionalen Koordinierungsstelle« zusammen, die räumlich dem BBZ angegliedert wurde. NeuantragstellerInnen im Alter von 16 bis 60 Jahren, die offensichtlich nicht dauerhaft arbeitsunfähig sind, müssen sich zunächst bei dieser Stelle melden, anderenfalls erfolgt keine Gewährung von Sozialhilfe. Die Koordinierungsstelle selektiert die »Hilfesuchenden« in drei Gruppen und leitet dementsprechend weitere Schritte ein.

Die für arbeitsfähig erkannten Personen müssen sich bei der Vermittlungsagentur vorstellen und bekommen eine Beratung, Arbeitsplatzangebote, berufsfördernde Maßnahmen etc. ähnlich wie beim Arbeitsamt; diese von der Bundesanstalt schon größtenteils durchleuchtete und von ihr als

nicht mehr vermittelbar abgeschobene Gruppe wird also von der kommunalen Agentur noch einmal und mit verschärfter Zumutung gesiebt. Vorübergehend nicht Arbeitsfähige werden zwar nicht zur Vermittlungsagentur geschickt, müssen aber an dem Abbau ihrer »Vermittlungshemmnisse« mitwirken. Beide Gruppen können vom Sozialamt zur gemeinnützigen Arbeit herangezogen werden. Mit der Bewilligung von Sozialhilfe geht ihnen gleichzeitig eine Rechtsbelehrung über die Folgen mangelnder Mitwirkung zu. Die dauerhaft nicht Arbeitsfähigen müssen mit einer Vorladung beim Gesundheitsamt und weiteren Kontrollen ihrer Vermittlungshemmnisse rechnen. Diesen Selektionsverfahren sollten, beginnend in 1999, nach und nach auch die schon früher gemeldeten Sozialhilfeberechtigten ausgesetzt werden.

Darüber hinaus betätigt sich das BBZ auch als Agentur für nichtgewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung. »In zahlreichen Vorstellungsgesprächen konnten von uns arbeitswillige und zuverlässige Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger ermittelt werden, die ab sofort für eine Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen,« heißt es in einem Merkblatt. Genannt werden ProduktionshelferInnen im Metall- oder Holzbereich, bei Lackier-, Lager- und Transportarbeiten, aber auch Schweißer, Staplerfahrer und Kraftfahrer mit entsprechenden Scheinen, Bürokräfte, Fremdsprachensekretärinnen, HelferInnen im Groß- und Einzelhandel, Garten- und Landschaftsbau, Hauswirtschaft und Pflegebereich usw. Diese werden entweder gegen Gebühr (20 bzw. 25 DM/Stunde) verliehen oder für ein unbefristetes Arbeitsverhältnis vermittelt; bei letzterem wird als Dreingabe ein kommunaler Lohnkostenzuschuss zwischen hundert und tausend DM im Monat für die Dauer von sechs bis zwölf Monaten versprochen, auch als Ergänzung zu einem Zuschuss des Arbeitsamtes.

Organisation und Widerstand

Die Gewerkschaften verhalten sich zu dieser organisierten Lohndrückerei in der Mehrheit ihrer Mitglieder und Funktionäre opportunistisch. Für sie zählt zunächst einmal, dass gewerkschaftliche Kampf- und Finanzkraft in erster Linie von beschäftigten Mitgliedern kommt. Alle anderen – RentnerInnen, Auszubildende und eben auch Arbeitslose – gelten eher als Kostgänger, die – im Falle der zweit- und drittgenannten – möglichst (wieder) in ein reguläres Arbeitsverhältnis zu bringen sind, damit sie volle Beiträge zahlen und ggf. als Streikpotential zur Verfügung stehen. Obwohl die Massenarbeitslosigkeit als Schwächung der gewerkschaftlichen Position wahrgenommen wird, wirken Forderungen nach ihrem Abbau häufig wie ein nicht sehr ernst gemeintes, pflichtgemäß abgeleistetes Ritual.

Soweit sich Gewerkschaften vorrangig als Lohnmaschinen sehen und die Auseinandersetzung mit dem Kapital als Sozialpartner führen, steht kaum politisch bestimmte Solidarität zu Arbeitslosen, sondern eher der Kostenfaktor durch Sozialversicherungsbeiträge und Steuern zur Debatte. Dies gilt umso mehr gegenüber SozialhilfebezieherInnen, die dem normalen Arbeitsmarkt noch ferner stehen als die Langzeitarbeitslosen in den Karteien der Arbeitsämter. Als peinliches Beispiel erschien die Entgleisung des IG-Metall-Vorsitzenden Zwickel im Februar 1999, als er in einem »Spiegel«-Interview Arbeitszwang und Streichung von Sozialhilfe für jugendliche »Arbeitsunwillige« forderte; der Staat habe kein Geld zu verschenken. Es liegt allerdings auf der Linie dieser

Niedriglohn-Diskussion im »Bündnis für Arbeit«

Auch im »Bündnis für Arbeit« gibt es eine Benchmarking-Arbeitsgruppe. Wie diese über Niedriglöhne diskutiert, soll hier beispielhaft an einem Artikel des Info-Blatts »Böckler zum Bündnis« vom März 2000 (hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung) demonstriert werden. Die in diesem Ausschnitt vorgeführten »Expertenmeinungen« bieten keine wirkliche Alternative; auffällig ist auch, dass sie keiner Tarifpartei zugeordnet werden:

»Einige Mitglieder der Benchmarking-Gruppe setzen ... auf die Schaffung eines Niedriglohnsektors: Sie wollen bedürftige Arbeitnehmer unterstützen statt einfache Arbeit steuerlich zu entlasten. Parallel dazu müssten die Arbeitslosen- und die Sozialhilfe integriert und die Regelsätze gesenkt werden, um einen entsprechenden Arbeitsanreiz zu schaffen. Der Gefahr einer ›Armut in Arbeit‹ könnte durch einen Kombilohn begegnet werden, durch den unterhalb der Armutsgrenze liegende Einkommen auf ein staatlich garantiertes Existenzminimum hinaufsubventioniert würden.

Gegen dieses Modells wiesen auf die Gefahr ›unheiliger Allianzen‹ hin: Arbeitgeber und Arbeitnehmer könnten sich zu Lasten des Staates auf Lohnsenkungen einigen. Außerdem werde dieses Modell das Interesse an Tarifverträgen und die Bereitschaft zu gewerkschaftlicher Organisation beeinträchtigen. Vor allem fürchten sie ein Niedriglohn-Niveau, das zu Armut in der Arbeit führe.«

In diesen Stellungnahmen wird auf das Lohnabstandsgebot Bezug genommen. Der ebenfalls angesprochene Kombilohn wurde 1997 von den Unternehmerverbänden in die Debatte eingeführt, um die Folgen ihrer Lohndrückerei zu sozialisieren. Der Staat soll zu niedrige Einkommen durch – je nach Modell – Transferzahlungen und/oder Steuererleichterungen ausgleichen. Da dies bisher schon durch ergänzende Sozialhilfe geschieht, handelt es sich nur um eine Änderung dieser Regelung, verbunden mit der Forderung nach Senkung der Tariflöhne. Mit den Worten des Präsidenten des DIHT, Stihl, ist der Kombilohn »keine marktwirtschaftliche Lösung, sondern eine Krücke, um die Probleme schrittweise anzupacken, für uns eine Art Trojanisches Pferd, das wir bei den Gewerkschaften und Sozialpolitikern aufstellen.« (Wirtschaftswoche, 2.10.1997). ■

Gewerkschaftsführung, die im »Bündnis für Arbeit« gemeinsam mit den Unternehmern die Forderung nach Senkung der Lohnnebenkosten mitträgt. Zu wessen Lasten? Wer für sogenannte Standortinteressen die Umverteilung zugunsten der Profite unterstützt oder auch nur zulässt, kann nicht gleichzeitig den Lebensstandard der Arbeitslosen und Sozialhilfeberechtigten verteidigen, geschweige denn verbessern. Noch eine Stufe schlechter stehen in diesem Denken oft Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, denen zusätzlich rassistische Ablehnung entgegenschlägt.

Da die Gewerkschaften in ihrer Mehrheit die Organisation von Nichtbeschäftigten zwar nicht völlig ignorieren, aber inhaltlich insgesamt kaum aufnehmen, ist Druck der Betroffenen selbst nötig, um Einfluss zu nehmen. Unbestreitbar stößt dies auf Schwierigkeiten. Vor allem der Mangel an ökonomischer Macht, die Vereinzelung in der Lebensweise und der diskriminierte gesellschaftliche Status lassen es als

schwierig erscheinen, dass von Erwerbsarbeit ausgegrenzte Menschen sich selbst organisieren. Beispiele gibt es dennoch (vgl. Arpo, Nr. 1/2000, »Konflikt um Sozialämter«). Es gibt gewerkschaftliche Initiativen, die sich in der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitsloseninitiativen in Bielefeld zusammengeschlossen haben, und solche, die sich zum Beispiel Kirchen als Partner suchen und sich in diversen Bundesarbeitsgemeinschaften organisieren. Ein einheitliches Organisationsmuster wäre nicht umsetzungsfähig; die Bedingungen vor Ort geben den Ausschlag. Manche geben Zeitungen heraus, von denen die bekannteste die vor 15 Jahren von der Frankfurter Arbeitsloseninitiative FALZ gegründete, inzwischen bundesweit verbreitete »quer« ist.

Ist das Spektrum auch bunt, so gibt es doch genügend Stoff zu gemeinsamen Forderungen zu den Grundsätzen »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« auf geltendem Tarifniveau und »Sicherung der Grundrechte für alle« mindestens auf dem in der bürgerlichen Gesellschaft erreichten Niveau. Dies gilt vor Ort zum Beispiel für Auseinandersetzungen mit dem örtlichen Sozialhilfeträger über den Umgang mit Menschen auf dem Amt oder gegen den Arbeitsplatzabbau in den städtischen Grünanlagen durch den Einsatz von »gemeinnütziger

Arbeit«. Überregional lassen sich diese Forderungen bündeln: Keine Sondertarife für Einstiegsgehälter oder zweiten Arbeitsmarkt, kein Arbeitszwang für Sozialhilfeberechtigte, Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, Stopp der Zins- und Tilgungsleistungen aus öffentlichen Haushalten an Banken und sonstige private Gläubiger, Heranziehung der Unternehmergewinne und großen Vermögen für gesellschaftliche Aufgaben u.v.m. Dies sind auch gewerkschaftliche Themen, doch diese Einsicht ist nicht selbstverständlich. Der immer wieder geschürte Ärger über Lohnnebenkosten und angeblich zu hohe Sozialleistungen zielt auf Entsolidarisierung und Individualisierung. Solche Stimmungsmache trifft bei denjenigen lohnabhängig Beschäftigten auf fruchtbaren Boden, die kurzfristig und -sichtig ihre unmittelbaren privaten Einzelinteressen in den Vordergrund stellen. Nur die Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge zeigt die gemeinsamen Interessen von Beschäftigten, Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen auf und eröffnet Möglichkeiten zum Widerstand. Er kann aber auf Dauer nicht allein von Erwerbslosen und Sozialhilfeberechtigten getragen werden, sondern braucht Solidarität auch der noch Beschäftigten in den Gewerkschaften. ■

12.4.2000 ■

KORRESPONDENZEN

■ AUFMARSCH DER NPD IN BERLIN:

Die NPD marschiert und das Bürgertum schaut weg

Am 27. Januar, dem Tag der Befreiung der Häftlinge in Auschwitz durch die Sowjetarmee, versammelten sich in Berlin am geplanten Mahnmal für die ermordeten Juden einige Vertreter des Staates und der Regierung. Mit ihrer Anwesenheit wollten Bundespräsident Rau und Kanzler Schröder aller Welt demonstrieren, dass die Berliner Republik entschlossen sei, das Mahnmal auch wirklich zu errichten.

Die Präsenz einer solchen Heerschar führender Politiker der Bundesrepublik Deutschland an dieser Stelle hatte es noch nie gegeben. Sie war jedoch nicht der Beginn einer neuen, intensiver als bisher geführten Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit Deutschlands, sondern schnöder Ausdruck eines realpolitischen Kalküls.

Seit Monaten zögerte sich ein Ende der Verhandlungen über die Entschädigung der Zwangsarbeiter hinaus. Den Unternehmervertretern war es durch neue Forderungen nach Klarstellung von Detailfragen immer wieder gelungen, die Abschlussberatungen über die Verteilung der vereinbarten Zahlung von zehn Milliarden DM zu torpedieren. Um Druck auszuüben, hatte die amerikanische Seite damit gedroht, sie werde, falls die Bundesregierung die Industrie nicht bald zur Raison bringe, die noch ungeklärten Reparationsfragen auf die Tagesordnung setzen. Wenn solche Forderungen erst einmal wieder die zwischenstaatlichen Beziehungen beherrschen würden, dies war dem rot-grünen Kabinett schnell klar, würde man nicht mit einem Minibetrag wie dem gerade ausgehandelten davonkommen. Noch gefährlicher aber für die eigenen Ambitionen erschien der Regierung der politische Schaden zu sein, der ihr bei einer Fortdauer der Debatte drohte. Die gerade wiedergewonnene internationale Reputation, die der Bundesrepublik mittlerweile in EG, NATO, EZB und IWF wieder erlaubt, Einfluss auf die Entscheidungen

dieser Institutionen zu nehmen, würde durch ein unendliches Gezerre über die Höhe der Kriegsschäden und ihre heutige Bewertung zerstört werden.

Wie stark im Bürgertum immer noch der Widerstand gegen eine nur symbolische Geste des Schuldeingeständnisses für die Verbrechen ihrer faschistischen Vergangenheit ist, mehr ist das Denkmal ja nicht, zeigt u.a. der Umstand, dass Vertreter der Industrie und der Banken der Veranstaltung fernblieben. Auch liessen sich kaum führende Repräsentanten der CDU sehen. Der Regierende Bürgermeister von Berlin erschien ebenfalls nicht, weil er sich nicht mit dem starken rechten Teil seiner Fraktion, der die Errichtung einer Gedenkstätte strikt ablehnt, überwerfen wollte.

Das Mahnmal ist in seiner politischen Funktion nach außen gerichtet. Es soll den Staatsgästen wie den Touristen durch die Monumentalität des Objektes den Eindruck vermitteln, dass sich das gegenwärtige Deutschland der Verbrechen seiner Vergangenheit bewusst ist. Dass jedoch damit nur eine wirkliche Auseinandersetzung über die gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus erstickt werden soll, lässt sich schon allein daran ablesen, dass nur einem Teil der Opfer der faschistischen Herrschaft gedacht wird. So sind die Sinti und Roma, die Homosexuellen, die Behinderten, die Polen und Serben, die etwa 27 Millionen Toten Sowjetbürger, die Kommunisten, um nur einige wenige Beispiele zu nennen, vom Gedenken an dieser Stelle ausgeschlossen. Auch die Tagespolitik der rot-grünen Koalition offenbart, welchen Charakter dieses Mahnmal hat. Es werden weiterhin noch lebende Schergen des Systems juristisch nicht verfolgt oder aber Renten an ehemalige Angehörige der SS in Lettland ausgezahlt. Dagegen sind die Haushaltsmittel für die bestehenden Konzentrationslager in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgefahren worden. Die Landesregierungen von Thüringen und Brandenburg versuchen nach wie vor die Lager in Oranienburg und Buchenwald zu Gedenkstätten für die Opfer der sowjetischen Internierungen umzudeuten.

Der erste Aufmarsch der NPD

Es blieb der NPD vorbehalten, den Anwesenden den Schleier der Selbstzufriedenheit zu nehmen. Zwei Tage nach der offiziellen Veranstaltung organisierte sie eine Demonstration gegen eben dieses Mahnmal. Die bürgerlichen Parteien wie auch die ihnen nahestehende Presse werteten die Ankündigung wie eine gewöhnliche Demonstration von Extremisten, das allein unter sicherheitspolitischen Erwägungen betrachtet zu werden brauchte. Keiner, der am 27.1. geredet hatte, nahm zu dem Aufmarsch Stellung. Auch unmittelbar nach der Veranstaltung schwiegen die, die gerade versucht hatten, ihre historische Läuterung aufzuzeigen.

Doch groß war das Erschrecken als dieses Ereignis in der gesamten Weltpresse Beachtung fand. Dort wurde auf die Diskrepanz zwischen formeller Distanzierung von der Vergangenheit und der Unfähigkeit hingewiesen, mit der nach wie vor bestehenden Gefahr einer Erstarkung reaktionärer und faschistischer Kräfte umzugehen. Die Kommentatoren wiesen darauf hin, dass zum erstenmal nach 1945 wieder faschistische Gruppen in geordneter Formation mit Fahnen und Trommeln durch das Brandenburger Tor gezogen waren und niemand in Deutschland dies beachtete.

Lediglich eine Gruppe von antifaschistischen, autonomen und kommunistischen Kräften hatte zu einer Demonstration aufgerufen. Die wenigen Teilnehmer wurden am Brandenburger Tor von der übermächtigen Polizei in kleinen Gruppe aufgespalten und ins Abseits gedrängt, während die NPD ihre Veranstaltung ungestört durchführen konnte.

Der zweite Aufmarsch der NPD und die Reaktion der bürgerlichen Kräfte

Als die NPD nach Abschluss ihrer Kundgebung verkündete, sie werde in drei Wochen wieder in Berlin erscheinen und am Brandenburger Tor an den Jahrestag des Anschlusses von Österreich an das Reich erinnern wie auch gegen die Isolierung der österreichischen Regierung durch die EG protestieren, schlossen sich auf Initiative der Befürworter eines Denkmals regierungsnahen Organisationen aus dem linksliberalen und sozialdemokratischen Spektrum (DGB, Einzelgewerkschaften, Grüne, PDS, jüdische Organisationen) zusammen und riefen zu einer Kundgebung am gleichen Tag vor dem Brandenburger Tor auf. Eine Zusammenarbeit mit den antifaschistischen Organisationen lehnten sie ab, die Verhinderung des NPD-Aufzuges erklärten sie nicht zu ihrem Ziel. Allein eine juristische Vorgehensweise befürworteten sie. So blieb der Protest gegen den NPD-Aufmarsch gespalten.

Die Organisatoren der Kundgebung hatten die Anzahl der zu mobilisierenden Teilnehmer weit überschätzt. Glaubten sie noch wenige Tage vor ihrer Manifestation mit etwa zehntausend Teilnehmern rechnen zu können, mussten sie sich schließlich mit etwa zweitausend begnügen.

Gekommen waren hauptsächlich Funktionäre der einladenden Organisatoren, sowie Vertreter aus der Kultur und den Hochschulen. Bei den Gewerkschaften beschränkte sich die Teilnahme auf Hauptamtliche. Betriebliche Gruppen hatten so gut wie gar nicht aufgerufen. KollegInnen erschienen nur vereinzelt.

Nun lässt sich nicht bestreiten, dass die Organisatoren es schon ernst mit ihrer Forderung meinten, die NPD dürfe an dieser Stelle nicht demonstrieren. Die Mittel aber, die sie vorschlugen, blieben auf dem Boden des bürgerlichen Staates stehen. Sie beschränkten sich auf eine Beschwörung der



guten bürgerlichen Tugenden. Die Organisatorin der Kundgebung, Lea Rosh, verkündete großspurig, sie habe beim Staatsschutz angerufen und eine Bewachung des Geländes für das Mahnmal verlangt, was der Präsident der Organisation auch spontan zugesagt habe. Sie unterließ es aber darauf hinzuweisen, dass der gleiche Staatsschutz zuvor eine Manifestation von Jungdemokratinnen, die das Gelände bewachen wollten, verboten hatte. Es bleibt auch zu fragen, warum die Veranstalter Vertreter der stärksten ausländischen Minderheit in der Stadt, der Türken, nicht eingeladen hatten.

Die Demonstrationen der AntifaschistInnen

Gegen den Aufmarsch der NPD gab es zwei Sammelpunkte für die, die es nicht bei einer nur moralisch motivierten Distanzierung belassen wollten. Die einen formierten sich am Rosa Luxemburg Platz zu einer Demonstration, die direkt zum Brandenburger Tor führte. Hier trafen die etwa 1500 Teilnehmer zu Kundgebungsbeginn ein, versuchten dann aber mehrheitlich sich zu den Gegendemonstranten an der Route der NPD durchzuschlagen. Dies gelang angesichts der hermetischen Abriegelung der Straßen nur wenigen.

Eine andere Gruppe von AntifaschistInnen versuchte von Anfang an die Demonstration der NPD zu verhindern. Durch ihr engagiertes Auftreten gelang es ihnen am Moritzplatz im Verein mit einer beträchtlichen Zahl türkischer Jugendlicher nach Auseinandersetzungen mit der Polizei die NPD zu stoppen. Die Polizei musste die ursprünglich geplante Demonstrationroute, die durch den Bezirk Kreuzberg führen sollte, kurzerhand verlegen.

Trotz des massiven Polizeiaufgebots begleiteten weiterhin mehrere hundert GegendemonstrantInnen den Aufmarsch der NPD. Ständig kam es zu Rangeleien. Gegenüber denjenigen, die in die Nähe der Faschisten kamen, verhielt sich die Polizei angesichts der starken Aufmerksamkeit, die das Ereignis in der internationalen Presse hervorgerufen hatte, deutlich zurückhaltender als zwei Wochen zuvor. Am geplanten Mahnmals wurden die GegendemonstrantInnen dann aber doch energisch abgedrängt, so dass die NPD geschützt ihre Kundgebung abhalten konnte. Auch am Ort der Abschlusskundgebung vor dem Brandenburger Tor sorgte die Polizei dafür, dass die NPD nicht gestört wurde.

Gewerkschaften und PDS verabschieden sich aus der politischen Diskussion

Weder in den Gewerkschaften noch in der PDS gab es in den Tagen danach eine nennenswerte Auseinandersetzung über die Ereignisse.

Lediglich die Vorsitzende der ÖTV Berlin, Stumpenhuisen, war mit der Forderung zu hören, der Senat solle auf ein

Bunt statt braun

Unter dieser Losung fand am 18. März eine Demonstration gegen die NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick statt. Die InitiatorInnen waren das Köpenicker Jugendbündnis »BUNT statt BRAUN«, das sich im Zusammenhang mit der Verlagerung der NPD-Zentrale in die Seelenbinderstraße in Köpenick gebildet hatte. Mit fünfhundert DemonstrantInnen hatten die OrganisatorInnen gerechnet – zweieinhalb- bis dreitausend waren erschienen, natürlich in erster Linie Jugendliche, aber auch nicht mehr ganz so junge TeilnehmerInnen. Sie alle brachten mit ihrem Protest zum Ausdruck, dass sie die Provokationen der NPD nicht hinnehmen werden, genausowenig wie die Schmierereien am Denkmal »Köpenicker Blutwoche Juni 1933«, das sicher nicht zufällig am Vorabend der Demo mit den Worten besudelt wurde »33 hat man euch noch die passende Antwort gegeben, euch und der roten Fahne«.

Sowohl der Protestzug als auch die anschließende Kundgebung wurden durch den Willen der TeilnehmerInnen geprägt, mit Ideenreichtum gegen rechtsradikale Tendenzen vorzugehen und sich dabei nicht provozieren zu lassen. Die InitiatorInnen kündigten an, dass diese Veranstaltung der Anfang einer ganzen Reihe weiterer sein soll. Geplant werden ein Antirassismus-Fest, ein Werner-Seelenbinder-Gedenklauf und eine Gesprächsreihe in der Gedenkstätte »Köpenicker Blutwoche«. Damit sollen vor allem junge Menschen angesprochen werden. H./B 12.4.2000 ■

Verbot der NPD hinwirken. Ein Verbot der Partei wäre, selbst wenn es durchgesetzt werden könnte, nur ein administrativer Akt. Es würde lediglich diese Organisation verbieten, nicht aber prinzipiell eine Neuformierung reaktionärer und faschistischer Kräfte verhindern. Eine wirkliche Zurückdrängung des Einflusses rechtsextremistischer Kräfte kann aber nur gelingen, wenn den realen und potenziellen Opfern des kapitalistischen Akkumulationsprozesses eine Perspektive aufgezeigt wird, die über den Horizont dieser Gesellschaft hinausweist, eine Orientierung, die alle auf der Grundlage einer vom Klassengedanken geprägter Politik integriert, egal welcher regionalen, ethnischen oder nationalen Herkunft sie entstammen. Weil die Gewerkschaftsführungen mit ihrer bisherigen auf Interessenausgleich basierender Politik an das Ende ihrer Möglichkeiten gekommen sind, leisten sie keinen Beitrag zu einer solchen Politik, sondern ergehen sich in zu nichts verpflichtenden Appellen. Sie lenken damit nur ab von ihren eigenen Problemen. So nimmt der Anteil der Mitglieder, die von der Politik der SPD und Gewerkschaften enttäuscht sind, deutlich zu. Die Bereitschaft, rechtspopulistische Parteien zu wählen, wird größer.

Auffällig war, dass die PDS, die sich immer noch in einer antifaschistischen Tradition sieht, trotz ihrer Bedeutung in der Stadt keinen Einfluss auf die Veranstaltungen hatte. Sie besaß nicht einmal die Kraft, einen größeren Teil ihrer Mitglieder zu einem derart wichtigen Ereignis zu mobilisieren.

Diese Konstellationen bieten der NPD oder einer anderen rechten Organisation die besten Voraussetzungen, um bei einer tiefen ökonomischen Krise sich als alleinige entschlossene, disziplinierte Vertreterin des sozialen Protestes zu präsentieren. 8.4.2000 ■

»Wir müssten nach jeder Tarifrunde stärker werden, aber wir werden immer weniger«

Probleme und Widersprüche in der Bremer IG Metall, ausgetragen vor den Ortsdelegierten im März 2000

Eine Tarifrunde und Vertrauensleutewahlen sind Anlässe Bilanz zu ziehen: Auf wen kann sich die IG Metall noch stützen, wer ist überhaupt noch Mitglied, was wollen die Mitglieder, sind sie mobilisierbar? Ist die Gewerkschaft noch kampffähig? Kann sie sich auf einsatzfähige, entschlossene und engagierte Vertrauensleute stützen? Welchen Einfluss und welches Vertrauen haben die Betriebsräte?

Die vergangenen Jahre zeigten, dass die aktiven Kräfte in der IGM weniger wurden, die Ortsdelegiertenversammlungen waren zum Ende der vierjährigen Periode oft nicht beschlussfähig. Der Mitgliederschwund mit sinkenden Einnahmen führte zu Sparmaßnahmen, es wurde umstrukturiert und Personal gespart. Werbung wurde mit dem Organisationsentwicklungsmodell von oben her angepackt. Doch der schnelle Schwund von Mitgliedern setzte sich fort. Gerade junge Menschen wollen von der Gewerkschaft nichts wissen und bleiben fern.

Die neu gewählte Ortsdelegiertenkonferenz fand unmittelbar vor dem Ende der Friedenspflicht der Tarifrunde 2000 statt. Etwa die Hälfte der Anwesenden waren erstmalig dabei. Deshalb war sie gut besucht.

Widerspruch zum Rechenschaftsbericht

In ihrem Bericht nennt die bisherige Leitung der Ortsverwaltung zwar eine Mitgliederkrise, vor allem durch geringe Eintritte bei jungen Menschen, sieht aber keinen Niedergang der Gewerkschaft, trotz Schließung der Bremer Vulkan-Werft. Nicht alles habe die IGM abwenden können, aber auf dem Vulkan-Gelände seien inzwischen wieder 950 Arbeitsplätze geschaffen worden. Visionen würden gebraucht – doch nicht fern von der Realität und von dem, was machbar ist. Diese Tarifrunde müsse genutzt werden, die IGM stärker zu machen. Es sei wichtig, geschlossen und gemeinsam aufzutreten. Es war ein allgemein üblicher Geschäftsbericht.

In ihrer Kritik am Rechenschaftsbericht und dem Handeln in den vergangenen Jahre führten Kollegen aus:

Wir, die IGM, waren gegen die koreanischen Werftarbeiter auf der Straße und nicht solidarisch mit den dortigen Kollegen.

Ein Delegierter türkischer Herkunft, DaimlerChrysler-Betriebsrat, nannte die Probleme: Bei jeder Tarifrunde verlieren wir Mitglieder, die IGM muss aufhören, jeden Tarifabschluss schönzureden.

Weitere Betriebsräte sagten: Was im Geschäftsbericht über die letzten vier Jahre gesagt wurde, ist zu glatt, »wir müssen ...« genügt nicht zum Weitermachen. Eine Analyse fehlt, um zu klären, woran es gelegen hat, dass der Einfluss und die Unterstützung für die IGM schwindet. Anträgen wurde zugestimmt und dann nichts getan. Bewußtsein bekommt man im Kampf vermittelt. Die Jugend muss erfahren, wozu die Gewerkschaft gut ist.

Ein weiterer Redner hielt einen längeren Beitrag: Geschlossenes und gemeinsames Auftreten zu fordern, ist reden wie immer, so geht der Einfluss immer weiter zurück.

Statt von Gemeinsamkeit zu reden, müsste gestritten werden. Berichte von den Ortsverwaltungssitzungen schildern, dass dort zuwenig von den Problemen in der Gewerkschaft und den Meinungsverschiedenheiten ausgetragen wird. Alles ist im alten Trott, als gebe es die hier schon genannten Probleme (Mitgliederschwund, Folgen der kampflösen Schließung der Vulkan-Werft für das Ansehen der Gewerkschaft) nicht. Das Motto der OV-Sitzungen war: Es geht nicht anders und ist so, weiter in der Tagesordnung.

Wo sind die Kollegen in der Gewerkschaft, die um die Linie der IGM streiten, die mobilisieren und die Passivität durchbrechen? Die Kollegen, die in der bisherigen Ortsdelegiertenversammlung aufgemuckt haben und eine kämpferische andere Linie vertraten im Gegensatz zur schläfrigen Mehrheit, wurden belächelt: Klassenkampf ist doch »out«. Dabei steigt der Reichtum der Konzerne, die ganze Parteien kaufen, und die Armut und Betroffenheit durch den Kapitalismus steigt. Wo ist der Widerstand angesichts des Klassenkampfes der Unternehmer? Mitglieder fühlen sich bei einer Rechtsschutzversicherung besser aufgehoben.

Konflikte werden nicht mit Einsatz der Kraft der Mitglieder ausgetragen, es wird gebremst und beruhigt. Druck in der Tarifrunde kann nur von unten kommen. Die Leitung der IGM hinterlässt aber den Eindruck, die Mitglieder sind nicht gefragt und erstmal ist die Tarifrunde ein Verwaltungsakt und wird ohne die Mitglieder abgewickelt. So tritt eben ein, dass die Mitglieder nichts mehr von der Gewerkschaft wissen wollen und eingeschlafen sind und sich nicht als Handelnde begreifen. Was da gesagt wird mit »... nach der Realität richten ...« ist eine Kapitulation vor den herrschenden Kräften und der Verzicht auf den Versuch, die Umverteilung aufzuhalten und politische Perspektiven zu geben. Die Jugend müsste durch eigene Erfahrungen in einer Tarifauseinandersetzung mitbekommen, dass die Gewerkschaft Tarifverträge macht und durchsetzt.

Weitere Kritikpunkte gegenüber der Ortsverwaltungspolitik

Am 1. Mai 1999 hat die IGM nicht mit den 4000 Demonstranten im Stadtteil Osterholz gegen den angesagten NPD-Aufmarsch demonstriert. Mit dem Liede »1000 Luftballons« usw. auf der Maikundgebung in der Innenstadt stellte sich die IGM nicht gegen Rechtsradikalismus und ließ die von der NPD bedrohte Bevölkerung von Osterholz allein. Dort wäre unser Platz gewesen.

Sicher sind auf dem Vulkan-Gelände wieder Arbeitsplätze geschaffen worden, was man als Erfolg der IGM auslegen kann. Doch die ausgeschiedenen Vulkanesen und ihr Umfeld und ihre Familien haben keine Widerstands-Perspektive mitbekommen. Die Schließung war kampflös, und die IGM hat sich nicht als Kraft gegen Unternehmer und Politiker bei Betriebsschließungen gezeigt, vor der die herrschenden Kräfte Respekt haben.

Eine entschiedene Haltung gegen den Krieg gegen Jugoslawien fehlte. Was dort im Krieg wirklich geschah und wie hier die Bevölkerung desinformiert wurde, wird auch heute nicht aufgearbeitet.

Vertrauensleutekandidaten für die jetzigen Wahlen muss man im Betrieb suchen. Mitglieder treten aus, zahlen Null-Beitrag und werden gestrichen. Das ist nicht nur bei den Stahlwerken so, auch in anderen Großbetrieben wie VW und Mercedes. (Beispiel Stahlwerke Bremen: Von über 3000 Mit-

gliedern zahlen 560 ihren Beitrag nicht und werden jetzt gestrichen.)

Gegen die Sparpolitik des Bremer Senats ist die IGM nicht mit den Gewerkschaften ÖTV und GEW zusammen aufgetreten, Kindergärten und Schulen demonstrierten mehrmals. Die IGM machte nicht mit und unterstützte nicht den Widerstand. Diese Kritik wurde geäußert, weil die Kinder der Metallerkollegen ja schließlich betroffen sind und deshalb das auch für die IGM wichtig ist. In der Versammlung wurde dann zum Schluss ein Antrag beschlossen, dass vom DGB verlangt wird, tätig zu werden und alle Gewerkschaften diese Aktionen unterstützen. Inzwischen ist jedoch der Höhepunkt der Auseinandersetzung vorbei, und der Senat hat seine Sparbeschlüsse im Großen und Ganzen durchgesetzt.

Die Entgegnung der IGM-Leitung

Sie war klassisch: Aufregen über den Vorwurf »bremsen und beruhigen« und angebliches Schönreden der Tarifiergebnisse. Die Gesellschaft sei nicht mehr so wie 1969 (Septemberstreiks). Die Erfolge der IGM auch in den Lohnerhöhungen könne man vorzeigen. Gegen die Vulkan-Schließung hätte es eine Reihe von Kundgebungen gegeben. Man müsste immer überlegen, was machbar ist, die Tarifrunde sei nicht »wünsch dir was, Kollege.« In der Tarifkommission seien außerdem 230 Kollegen aus den Betrieben, die IGM sei demokratisch aufgebaut und ermögliche allen Beteiligung.

Ein BR-Vorsitzender stützte das: Es müssten nicht nur neue Mitglieder gewonnen werden, alte müssten gehalten werden. Mit hohen Forderungen wie früher könne man das nicht. Wir als Funktionäre müssten glaubhaft sein und zu unseren Aussagen stehen, das heißt bei 5,5 Prozent Forderung sagen, drei Prozent kämen 'raus. (Gemeint ist sicherlich, die Forderung kriegen wir sowieso nicht durch, für 0,5 Prozent lohnt sich kein Kampf.) Wir müssten zeigen, dass wir etwas erreichen, und die Tarifrunde ein Ergebnis der Machtverhältnisse ist. Bei einer Aktion müssten wir bedenken, wie wir wieder 'rauskommen aus der Aktion.

Andere Betriebsräte äußerten sich auch so: Aufgrund fehlender Stimmung der Kollegen ist es nicht möglich, in der Tarifrunde was zu machen. Das drückt richtig den Zustand in den Betrieben aus: Die Mitglieder warten ab, was die »Führung« macht, und die schaut auf die passiven Mitglieder.

Bezirksleiter Teichmüller griff auch in die Diskussion ein und vertrat: Wenn man die Mitglieder auf den Baum jagt, muss man sie auch wieder 'runterbringen. Erstmal verläuft die Tarifrunde ganz normal, und es ist noch nicht mehr zu tun. Wir deutsche Gewerkschaften haben Erfolge. Wir haben die 35-Stunden-Woche. Die englischen Gewerkschaften haben mit ihren Kämpfen weniger erreicht. Nicht das Ritual ist wichtig, sondern dass die Unternehmer jetzt sehen, dass es die Gewerkschaften noch gibt. (Die Probleme mit den Mitgliedern nennt er dabei nicht.) Kollege Teichmüller weiter: Ausländische Gewerkschafter, die auf Deutschland schauen, glauben doch, hier ist das Paradies mit sechs Wochen Tarifurlaub und Urlaubsgeld – das hat »diese abwiegende IGM« durchgesetzt. Ein Kompromiss ist kein Misserfolg. Wir sind stark genug, etwas durchzusetzen.

Bemerkungen zum Mitgliederschwund

Wenn Mitglieder austreten, wird ganz oft der Betriebsrat als Grund genannt.

Offensichtlich ist ein vertrauensvoller und fruchtbarer Kontakt zwischen Kollege und Betriebsrat nicht selbstverständlich. Die Betriebsräte gelten als Gewerkschaftvertretung, sind der persönliche Bezug, an dem sich die Unzufriedenheit über die Folgen der kapitalistischen Gesellschaft abläßt. Nicht die sich durchsetzenden Interessen der Unternehmer werden kritisiert und was dagegen gemacht wird, sondern die Schwäche der Betriebsräte und IGM wird kritisiert, die diesen Prozess nicht aufhalten – ob sie können oder nicht. Eine Beteiligung der Mitglieder zum Beispiel in der Tarifrunde, um sich einen Anteil an den Gewinnen zu holen, statt Unterordnung unter die Beschlüsse des Bündnis für Wettbewerbsfähigkeit schafft bessere Möglichkeiten, die Gewerkschaft für die Kollegen wichtig zu machen.

Ein weiterer Grund bei Austritten wird genannt: Ich bin ja im Rechtsschutz. Was oft nicht ausdrücklich genannt wird, ist, dass das Geld knapp ist und die Familien überlegen müssen, wie man spart. Die niedrigen Tarifabschlüsse und Erhöhung der Kosten von Gas bis Medikamenten und durch Steuern wirken sich eben aus.

Der Mitgliederschwund ist durchgängig vorhanden. Auch in der Mercedes-Belegschaft Bremens, die mit vielen Streiks und Demonstrationen 1996 gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung gekämpft hat und dabei von der IGM-Bremen unterstützt wurde. Auch die wenigen kämpferischen und belegschaftsnahen Betriebsräte dort haben in ihren Bereichen Probleme mit unaufhaltsam scheinendem Mitgliederschwund. Der wird also nur langfristig und nicht schnell mit Informationsmaterial zu ändern sein. Dazu werden die Beschäftigten begreifen müssen, sich selbst für ihre Interessen einzusetzen und die gewerkschaftliche Organisation dafür zu nutzen.

Interessantes am Rande der Versammlung: Eintritte

Ganz entgegen dem Trend gibt es im Bremer Handwerksbereich einen Mitgliederzuwachs. Im Rechenschaftsbericht wurde wohl der über einjährige Einsatz des Schwerpunktsekretärs gelobt, doch nichts konkret zu diesem Erfolg erklärt. Durch Nachfragen stellte sich heraus, dass durch engen Kontakt mit Kollegen der Handwerksbetriebe »am Mann und vor Ort« ein Gesprächsklima und Verständnis entstanden war, so dass mehr Ein- als Austritte zu verzeichnen waren. Angefangen zu reden haben sie mit den kritischsten, den Meckerköpfen, dann in Versammlungen und einzeln, auch mit Informationsmaterial alle Kollegen angesprochen. Es geht also, man kann erfolgreich werben. An den unmittelbaren Problemen der Kollegen muss im persönlichen Kontakt angeknüpft werden, dann begreifen einige den Sinn einer Organisation in der IGM, erklärten engagierte Gewerkschafter des Handwerks.

Immer wieder Überstunden

Eine Kontroverse gab es in der Delegiertenversammlung, die alle Jahre wiederkehrt. Die Pensionäre brachten den Antrag ein: »Gegen Überstunden – für Neueinstellungen«, Übernahme von Kollegen mit befristeten Arbeitsverträgen, Einstellung von Erwerbslosen. Die Antragsberatungskommission meinte, das sei schon zehnmal beschlossen und erst recht auf dem letzten Gewerkschaftstag Beschlusslage und überhaupt ganz selbstverständlich, darüber braucht man nicht abzustimmen. Eine Beratung dazu soll im Herbst in einer Betriebsrätekonferenz sein. Die Pensionäre und

Erwerbslose in der Delegiertenversammlung sind gegen Überstunden und für Einhaltung abgeschlossener Tarifverträge wie die 35-Stunden-Woche, weil sie wissen, dass Betriebsräte hier nichts tun. Jedenfalls ist kein Betrieb bekannt, der in den Neunzigern eine Kampagne gegen Überstunden gemacht hat. Beschlüsse in der IGM dazu wurden nicht umgesetzt.

Warum wurde jetzt dieser Antrag eingebracht? Wegen der laufenden Tarifrunde, denn danach kehrt wieder Ruhe an der Tariffont ein, und die Überstundenfrage ist nur jetzt als Druckmittel zu gebrauchen. Und zur späteren 'rausgeschobenen Diskussion, die ja stattfinden soll: Vieles in der IGM wurde schon vertagt und damit erledigt. Deshalb bestanden die Antragsteller auf Entscheidung, sie wollten die Betriebsräte gegen Überstunden festlegen. Doch mit Mehrheit bei vielen Enthaltungen wurde das abgelehnt, die Autorität der Versammlungsleitung setzte sich durch.

In der Delegiertenversammlung wurde konkret Stellung genommen, es wurde zugehört, und Positionen wurden mit Beifall gestützt. Auch die klassenkämpferischen Meinungen wurden angehört, was bisher nicht selbstverständlich war. Die Kritik war nicht an Personen orientiert, sondern an Inhalten. Die erstmalig gewählten Delegierten hatten die Möglichkeit, sich an den dargelegten Standpunkten zu orientieren. Solche Versammlungen muss es weiterhin geben. Die Führung der Ortsverwaltung wurde trotz der Kritik so gewählt wie bisher auch, Wahlalternativen fehlten. Die Hauptfrage blieb aber nicht abschließend beantwortet: Wie überwindet man die Passivität der Belegschaften? Die KollegInnen müssen begreifen, dass sie sich selbst gegen den Unternehmer einsetzen müssen und dadurch auch die Gewerkschaftspolitik beeinflussen. ■ 12.4.2000 ■

■ ARBEITSKAMPF IN SÜDAFRIKA/UITENHAGE

Entlassungen bei VW – und hier wird Solidarität behindert?

Als nach dem Ende der Apartheid-Regierung der ANC, der unterschiedliche Bevölkerungsgruppen im Widerstand gegen die Rassentrennung vereinte, die Macht übernahm, musste er sich politisch verändern. An die Stelle der Apartheid der Rassen trat die soziale Spaltung, die von der Rassentrennung bis dahin überlagert war. Der Klassengegensatz wird in den Auseinandersetzungen um Arbeits- und Lebensbedingungen immer offener.

Blade Nzimande, Generalsekretär der Kommunistischen Partei in SA: »Die Entwicklung in Südafrika vollzieht sich vor dem Hintergrund zunehmender Ungleichheiten in der Welt. Das kompliziert den Übergang in unserem Land sehr. Hinzu kommt, dass eine weltweite Alternative fehlt, so wie sie vor dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder in Europa existierte. Das hat uns in einer sehr, sehr schwierigen Situation getroffen«. Die neue Regierung des ANC unter Beteiligung der Kommunisten steht vor dem Problem: soll das Land im internationalen Wettbewerb mithalten, soll die Regierung folglich Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zustimmen? Konflikte in den Gewerkschaften, die über ihren Dachverband COSATU direkt oder indirekt an der Regierung beteiligt sind, sind unvermeidlich.

Ein Ausdruck dieser Tatsache ist, nach einer Auseinandersetzung in der Chemiegewerkschaft CWIU Mitte der

neunziger Jahre, die Gründung der neuen Gewerkschaft OCGAWU (Oil Chemical General and Workers Union), deren Vorsitzender Abraham Agulhas vormals Vorsitzender der CWIU war. Dieser neuen Gewerkschaft sind jetzt auch ein Großteil der 1300 entlassenen Arbeiter und ihre Shop-Stewards des VW-Werkes in Uitenhage beigetreten.

Dazu der Vertreter dieser Entlassenen, der vor einigen Wochen nachdrücklich versucht hat, in der BRD Kontakt zu Gewerkschaftern und Betriebsräten bei VW zu bekommen, Bonisile Mzeku: »Wir wurden gekündigt, weil wir unsere demokratisch gewählten Vertreter (13 Shopstewards, d.Red.) verteidigt haben. Sie waren dem Unternehmen und leider auch unserer eigenen Gewerkschaft NUMSA ein Dorn im Auge, weil sie unseren Protest gegen verschlechternde Vereinbarungen und andere Probleme zum Ausdruck brachten. Errungenschaften, die wir selbst unter Apartheitsbedingungen erreicht hatten, sollten zurückgeschraubt werden.« Bei dem Widerstand gegen die Verschlechterungen und die Entlassung ihrer Vertreter wurden sie weder von der Metallarbeitergewerkschaft NUMSA noch von COSATU unterstützt. Es wird entscheidend sein, inwieweit sich Kollegen in den deutschen VW-Werken und die IG Metall mit ihnen solidarisieren. Viele auch der aktiven VW-KollegInnen hierzulande fürchten um ihre Existenz, ihre Vertrauensleute und Betriebsräte stehen unter dem Druck der VW-Geschäftsleitung und teilweise des GBR, der bisher keinen direkten Kontakt zu den Entlassenen aufgenommen hat, Co-Management und Standortsicherung offenbar für wichtiger hält als Solidarität.

Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen in den deutschen VW-Werken sind über die Entlassungen und den Kampf für die Wiedereinstellung der Entlassenen bei VW SA bis heute nicht einmal informiert. Der VW-Gesamtbetriebsrat behauptet, die einzig authentische Informationsquelle zu sein, er verhindert mit allen Mitteln, daß die Gewerkschafter des südafrikanischen Betriebes mit den KollegInnen in den hiesigen Werken direkt in Kontakt treten können. Die bisherige Unterstützung für die Südafrikaner wird von wenigen Aktiven bei VW in Zusammenarbeit mit Mitgliedern aus IG Metall und anderen Gewerkschaften geleistet. Ohne die Verbreiterung dieser Basis – vor allem in der Automobilindustrie und in der IG Metall – wird es keine Perspektive für die Wiedereinstellung der entlassenen VW-Beschäftigten in Südafrika geben.

Unterstützt die entlassenen VW-Arbeiter und ihre Familien in Südafrika, ihre Lage verschlechtert sich täglich. Sie sind dringend auf Spenden angewiesen. An einem Arbeitsplatz hängt die Existenz von bis zu 12 Familienmitgliedern. Die Prozesse gegen die VW-Werksleitung und ihre gewerkschaftlichen Aktivitäten verschlingen ihre Ersparnisse.

Konto: Erhard Schulz

Postbank Köln, BLZ 370 100 50

Konto-Nr.: 294 14 75 08 · Kennwort: Südafrika

Im Folgenden geben wir zwei Briefe zur Kenntnis, die die Auseinandersetzung um eine gewerkschaftsöffentliche Diskussion in der IG Metall und im DGB allgemein widerspiegeln. Mehrere Protestresolutionen und Stellungnahmen sind inzwischen dem IGM-Vorstand sowie den VW-Betriebsräten zugegangen. Die Art und Weise, wie mit dem südafrikanischen Kollegen umgegangen wurde und wie das IG-Metall-Mitglied Uhl sich betriebsöffentlich äußert, zeigt, dass Widerstand gegen Verschlechterungen diskriminiert und gebro-

chen werden soll. Uns ist klar, dass mit diesen Dokumenten der Konflikt nicht vollständig dargelegt ist – wir werden uns bemühen, dies in weiteren Ausgaben nachzuholen. d.Red. ■

Offener Brief an die GBR-Vorsitzenden von VW und an alle Vertrauensleute und Betriebsräte von VW

Lieber Kollege Volkert, lieber Kollege Uhl,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 28. März hatten wir hier in Hamburg eine Informationsveranstaltung zum Streik bei VW Südafrika, auf der der Kollege Bonisile James Mzeku im Rahmen seiner Rundreise durch einige Städte der Bundesrepublik über die Hintergründe der Auseinandersetzungen und die aktuelle Lage im Werk Uitenhage berichtet hat. Weitere Informationen haben wir durch ein Mitglied unseres Ortsvereins, das vorige Woche vor Ort war und Gelegenheit hatte, mit Belegschaftsvertretern zu sprechen.

Wie Ihr wisst, sind 1300 der 6000 Beschäftigten von der Werksleitung wegen ihrer Beteiligung am Streik im Januar dieses Jahres fristlos entlassen worden. Tatsache ist, dass ein afrikanischer Arbeiter in der Regel zehn und mehr Menschen ernährt: an die 15.000 Menschen haben durch die Entscheidung der Werks- und Konzernleitung von VW ihre Existenzgrundlagen eingebüßt. Sie werden nicht einmal mehr ihre ärmlichen Wohnungen in den Townships halten können, ihre Kinder verlieren den Rest an Perspektive, die in dem durch die Apartheid-Politik ausgebluteten Land ohnehin nur auf das Überleben ausgerichtet ist. Eine weitere Tatsache ist, dass die VW-Werksleitung in Südafrika und die VW-Konzernleitung durch ihr Vorgehen die gewerkschaftlichen Rechte der Belegschaft missachten und vorhandene solidarische Strukturen zersetzen.

Wir gehen davon aus, dass auch Ihr Euch fragt, wann es den Unternehmern gelingt, die reduzierten Rechte von Arbeitervvertretungen und die Bedingungen der Ausbeutung in Ländern wie Südafrika zum Maßstab für die Arbeitsverhältnisse in hochentwickelten Industrieländern wie Deutschland zu machen. Wenn wir widerstandslos hinnehmen, was jetzt bei VW Südafrika geschieht, beschleunigen wir eine solche Entwicklung, statt sie zu bekämpfen.

Wir bedauern und können nur schwer nachvollziehen, dass Ihr, soweit uns bekannt, bisher nichts unternommen habt, um Eure entlassenen Kolleginnen und Kollegen in Südafrika wirksam zu unterstützen und ihre bedingungslose Wiedereinstellung zu fordern. Sie haben sich nichts zu schulden kommen lassen, als ihre Rechte zu verteidigen. Wir bitten Euch dringend, Eure Zurückhaltung, von der nicht Ihr profitiert, sondern allenfalls der Vorstand und die Aktionäre von VW, zu überwinden. Wir erwarten von Euch, dass Ihr die Informationen, die Ihr habt – und die wir gern bereit sind zu ergänzen – an Eure Kolleginnen und Kollegen in allen VW-Betrieben weitergebt und mit ihnen diskutiert. Wir fordern Euch auf, in direkten Kontakt mit Euren entlassenen Kolleginnen und Kollegen in Südafrika zu treten und sie zu unterstützen. Statt Standortdenken: Solidarität. »Gebt keinen Euresgleichen auf« Bertolt Brecht Hamburg, Anfang April 2000

Im Auftrag der Kolleginnen und Kollegen unserer Informationsversammlung

IG Medien Hamburg, Bezirksvorstand

(Rolf Becker) (Luis Carvalho) (Lothar Degen) (Thomas Deutzmann)

Diesen Offenen Brief unterstützen:

IG Medien Bremen, IG Medien Freiburg, Sprecherrat IG Medien Dortmund, Horst Gobrecht, Bezirksvorsitzender IG Medien Wiesbaden. ■

An die Kolleginnen und Kollegen in Deutschland

von Bonisile Mzoku für das und im Namen

des Uitenhage-Krisen-Komitees und von
13 Shopstewards, die 1300 entlassene
VW-SA-ArbeiterInnen repräsentieren

Liebe Freunde und Kollegen, 1. April 2000
Zunächst einmal möchten wir uns bei allen Kolleginnen und Kollegen in Deutschland für den warmen Empfang bedanken, den Ihr uns auf unserer jüngsten Reise durch Euer Land bereitet habt, bei der wir versucht haben, für Solidarität mit den 1300 entlassenen VW-Arbeitern in Südafrika zu werben. Mein Rückflug nach Südafrika war für den 29. März 2000 gebucht und ich bin nach Hause zurückgekehrt. **Wir hatten darum gebeten, dass die Organisatoren der VK-Versammlung in Kassel, die für den 3. April angesetzt war, uns erlauben würden, daran teilzunehmen, so dass wir unsere Angelegenheit und Haltung zu dem Konflikt bei VW in Südafrika persönlich darlegen und alle Missverständnisse klären könnten.** Wir waren sogar bereit, unseren Rückflug nach Südafrika auf einen Termin nach einem solchen Treffen zu verschieben. Die Organisatoren haben unsere Teilnahme, sogar unsere Anwesenheit als Beobachter abgelehnt. Aufgrund der geringen Aussicht darauf, mehr VW-Arbeiter und -Arbeiterinnen zu treffen, sind wir nach Südafrika zurückgekehrt.

Wir sind enttäuscht und empört, dass wir an der Versammlung vom 3. April nicht teilnehmen konnten, besonders deshalb, da die Angelegenheit der Entlassungen in Südafrika auf dem Treffen diskutiert werden sollte. **Ein grundlegendes demokratisches Prinzip der Gewerkschaftsbewegung ist, dass Dir erlaubt sein muss, Deinen Fall persönlich vorzutragen, und nicht, dass ein anderer seine Version in Deiner Abwesenheit darlegt.** Wir wären noch immer bereit, einen Delegierten zu Euch zu schicken, der Euch unsere gegenwärtige Situation im Ganzen schildert, leider verfügen wir aber nicht über die Mittel, um eine weitere Reise zu finanzieren.

Das Treffen am 3. April wäre für uns sehr wichtig gewesen, da unser Fall am 5. April in einem ersten Gütetermin verhandelt wird, das heißt, in einem Schlichtungsverfahren zwischen den 1300 entlassenen Arbeitern und dem VW-SA-Management. Es ist von großer Bedeutung für uns, dass der größtmögliche Druck auf das Management von VW Südafrika ausgeübt wird, um die 1300 Arbeiter ohne Bedingungen wieder einzustellen. Die 1300 Arbeiter stehen alle bereit, um ihre Arbeit sobald wie möglich wieder aufzunehmen, so dass der Betrieb die Qualität, die im letzten Jahr erreicht wurde, wieder erlangen und aufrechterhalten kann.

Als Arbeiter waren wir immer bereit, mit der Betriebsleitung zu sprechen, aber seit die Probleme am 20. Januar 2000 begonnen haben, hat sich die Betriebsleitung geweigert, mit uns zu sprechen. Mehrmals haben wir sie aufgefordert, mit uns zu verhandeln, aber jedes Mal hat die Betriebsleitung dies abgelehnt und darauf bestanden, dass sie nur mit bezahlten Sekretären von Numsa, und nicht mit irgendeinem Arbeiter noch einem ihrer Vertreter sprächen.

Weil die Numsa-Sekretäre uns Arbeiter nicht vertreten, sind alle entlassenen Arbeiter wie auch die Mehrheit der Arbeiter im Betrieb aus der Gewerkschaft Numsa ausgetreten. Nun wird Numsa nicht einmal mehr vom Management von VW Südafrika anerkannt. Die Arbeiter haben jetzt begon-

nen, sich einer unabhängigen Gewerkschaft anzuschließen, der Oil Chemical General and Allied Workers Union, OCGAWU, weil diese seit der Massenentlassung die einzige Gewerkschaft ist, die in konkreter und konsequenter Weise Hilfestellung geleistet hat.

Am 9. Februar, als wir bereits entlassen worden waren, fand in Johannesburg ein Treffen statt. Die Betriebsleitung hat sich geweigert, einen unserer Delegierten daran teilnehmen zu lassen, und statt dessen wurde ein anderer Arbeiter, der nicht einmal Shop-Steward war, von den Bossen zu dem Treffen geschickt. Das Thema der Entlassungen wurde nicht einmal auf die Tagesordnung gesetzt, und nicht einer der Anwesenden der Versammlung hat den Status der VW-SA-Arbeiter von Uitenhage in Frage gestellt. Es wurde die Haltung eingenommen, dass die 1300 nicht länger zu VW gehörten und dementsprechend keinen Tagesordnungspunkt wert waren. Kollege Uhl hat tatsächlich einen der VW-SA Shop-Steward angerufen, als er in Uitenhage war, aber die ganze Sache ist auf sehr verdächtige Art und Weise vonstatten gegangen, in Zusammenarbeit mit dem Management nämlich; also hat das Komitee niemanden geschickt, um ihn zu treffen. Stattdessen hat das Komitee einen Brief an den Kollegen Uhl geschickt, in dem ihm erklärt wurde, was geschehen war.

Als der VW-Weltbetriebsrat im März in Brasilien zusammengekommen ist, hat Kollege Uhl sich mit unseren Vertretern getroffen, die wir trotz unserer knappen Mittel dorthin gesandt hatten. Er traf sich mit ihnen am ersten Abend der Weltbetriebsratsitzung in dem Hotel, in dem sie abgestiegen waren, und **gab ihnen die Anweisung, sofort nach Hause zurückzukehren.** Er legte Ansichten dar, die mit denen der Bosse identisch waren. **Er verweigerte ihnen den Status als Beobachter und die Möglichkeit, während der Versammlung etwas zu sagen. Sogar den Tagungsort des VW-Vorstandstreffens hat er vor unseren Delegierten geheimgehalten!** Wieder war das Thema der Entlassungen nicht auf der Tagesordnung.

Bevor wir in Deutschland ankamen, haben wir dem Kollegen Uhl in einem Brief dringend darum ersucht, sich mit uns zu treffen, bevor die Angelegenheit öffentlich gemacht würde. Uhl war daran nicht interessiert. Sogar jetzt, in dieser späten Phase, appellieren wir an Uhl, seine Haltung zu ändern. Ein ArbeiterInnenvertreter muss zuerst und unter allen Umständen die ArbeiterInnen und ihre Interessen vertreten. Das heißt, er hat sich persönlich über die Fakten, die einem Streit zugrunde liegen, zu informieren, und zwar durch die betroffenen ArbeiterInnen selbst. Was wir in Bezug auf die Führungsetagen zu sagen haben, ist, dass wir nicht vergessen sollten, dass die Interessen der ArbeiterInnen und die der Bosse niemals die selben sind.

Wir brauchen Eure Solidarität und Unterstützung noch immer und bitten Euch um Folgendes:

1. Der Betriebsrat/Vertrauenskörper sollte ein Protestschreiben an das Management von VW Südafrika richten, in dem dieses aufgefordert wird, die 1300 Arbeiter bedingungslos wieder einzustellen (mit einer Kopie an uns).

2. Wir sind jederzeit bereit, einen anderen Delegierten der entlassenen Arbeiter von VW-SA nach Deutschland zu senden, um mit allen VW Betriebsräten zu sprechen und auf Vollversammlungen der ArbeiterInnen zu reden, damit wir Solidarität mobilisieren können in Form von finanzieller

Unterstützung und anderen Aktionen, die die ArbeiterInnen für angemessen halten.

3. Die IG Metall und der Internationale Metallarbeiterbund sollen auffordert werden, ähnliche Protestschreiben an das Management von VW-SA zu richten. Sie sollten darum ersucht werden, internationale Solidarität zu mobilisieren, Solidarität in jedweder Form, die sie für angemessen halten.

4. Wir bitten Euch um jede andere Art von Unterstützung, die Euch in dieser Angelegenheit angebracht erscheint, um die Wiedereinstellung der 1300 entlassenen Arbeiter zu gewährleisten.

Mit kollegialen und solidarischen Grüßen,
Bonisile James Mzeku Fax: [27] 41-922 86 91

Vertrauensleutevolversammlung bei VW Kassel

Schon am 14. März hatte auf einer turnusmäßigen Betriebsräte-Versammlung ein Kollege Zustimmung gefunden, als er forderte, für die südafrikanischen Kollegen ein Soli-Komitee zu gründen. Der BR-Vorsitzende wimmelte das ab mit der Bemerkung, er bekomme seine Infos über den Geschäftsführer des Welt-Betriebsrates, Hans-Jürgen Uhl. Als Konzession sagte er zu, zur nächsten Vertrauensleutevolversammlung (VL-VV) Uhl einzuladen, damit er informieren könne.

Zwei Tage vor der nächsten VL-VV am 23. März wurde die VKL von Kollegen darauf hingewiesen, dass ein südafrikanischer Kollege in Deutschland sei und dringend Kontakt suche, auch vor der VL-VV sprechen wolle. Dies wurde abgelehnt. Am 23. selbst war der Kollege James Mzeku zusammen mit einem brasilianischen Kollegen und einer Übersetzerin vor dem Werk. Mehrere Kollegen aus verschiedenen Werks-teilen forderten auf der IG-Metall-Fraktionssitzung, dass der Kollege sprechen könne. Das wurde abgelehnt. Spätere Anfragen, ob J.M. auf der für den 3. April angesetzten Vertreter-Versammlung sprechen könne, weil das Thema Südafrika mit Uhl als Referenten ohnehin auf der TO war, wurden ebenfalls abgelehnt.

Dann der 3. April. Hauptpunkt der TO war: Der Geschäftsführer des Welt-Betriebsrates, H.-J. Uhl, sollte was zur Situation in Südafrika sagen. Seine Einleitung begann er mit den Worten, er sei froh, dass es der Kasseler Belegschaft es nicht egal sei, wenn 1300 Kollegen in Südafrika entlassen werden.

Außerdem habe die Kasseler Belegschaft durch das Straßenkinderprojekt doch einen besonderen Bezug zu Südafrika. (Damit spielte er auf die Kampagne der Geschäftsleitung an, die alle VW-Beschäftigten aufgefordert hatte, für ein Sozialprojekt für Straßenkinder in Südafrika zu spenden.)

Mit Hilfe eines Projektors stellte er dann den VW-Konzern als weltweit agierendes Unternehmen vor: Mexiko, Brasilien und eben Südafrika.

Es sei für ihn immer wichtig gewesen und sei es noch, zu klären, wie man mit den Menschen an solchen Standorten »umginge«. Uhl holte weit aus und fing an, über die frühen 70er Jahren zu erzählen. 1977 sei Eugen Loderer (ehem. IGM-Vorsitzender) nach Südafrika gereist, um Kontakt zur Anti-Apartheid-Bewegung aufzunehmen. Seit 1978 habe die IG Metall die Anti-Apartheid-Bewegung offen unterstützt, vorher waren nur weiße Gewerkschaften anerkannt. Uhl habe selbst für John Gomomo Flüge über London nach Wolfsburg

organisiert, um Kontakt zum ANC im Exil haben zu können. Er erzählte noch weitere Einzelheiten, die ich mir hier erspare. Uhl hat dann den angeblich großen Spielraum, den das VW-Unternehmen der NUMSA zugestanden habe, betont: Freistellung der Shop Stewards, usw. Bei VW seien eben mehr Gewerkschaftsrechte eingeräumt worden als in anderen großen Betrieben.

Ziemlich zum Schluss ging er auf die aktuellen Auseinandersetzungen ein. Es sei dort zur Zeit ein wilder Streik, weil die Gewerkschaft nicht dazu aufgerufen habe. Die Anführer seien alte Männer, aus denen nach dem Ende der Apartheid in der Politik nichts geworden sei. Sie hätten die 1300 Kollegen abgehalten, an die Arbeit zu gehen. Diese Gewerkschafter wollten die Mittel aus der Zeit der Apartheid anwenden und versuchten, etwas zurückzudrehen. Noch nicht einmal der Großteil der Belegschaft habe hinter ihnen gestanden.

Uhl sagte, er wisse, was im Internet verbreitet werde, da könne jeder schreiben was er will, »das kann ja noch lustig werden mit dem Internet«, betonte er lautstark. Undemokratisches Vorgehen warf er den 13 Shop Stewards vor, er, Uhl persönlich, stehe für das demokratische Südafrika. Er behauptete dann, die Streikenden hätten Druck auf die Belegschaft ausgeübt und mit den Worten gedroht: »Wir wissen wo eure Familien wohnen«. Mit Knüppeln seien sie durch den Betrieb gelaufen. Dann erzählte er von einem Brief, in dem die Arbeitsverhältnisse bei VW mit einem KZ verglichen worden seien. Den Brief habe er dabei. Es habe auch Bombenanschläge gegeben, und so etwas könne er nicht tolerieren. »Es sind wohl einige mit unter die Räder gekommen«, erwähnte er dabei am Rande.

Offenbar waren die mehr als einstündigen Auslassungen von Uhl für die meisten überzeugend, es meldete sich dann nur ein Kollege zur Diskussion zu Wort.

Er erwähnte den Ursprung der Auseinandersetzung, nämlich die materiellen Kürzungen durch die VW-Geschäftsleitung und dass die Streikenden keine schlechteren Bedingungen akzeptieren wollten als zu Zeiten der Apartheid. Denn der Standard damals sei von ihnen erkämpft worden und ihnen nicht geschenkt. Er wies auch darauf hin, dass die südafrikanische Polizei den 1300 Kollegen wegen friedlicher Demonstration gratuliert hatte. Der Kollege betonte dann, dass es in diesem Kampf auch um die von der Belegschaft demokratisch gewählten Vertreter gehe. Außerdem erwähnte er die Soli-Erklärung der IGM-Vertreterversammlung in Berlin und die Stellungnahme eines brasilianischen Kollegen aus dem VW-Welt-Gesamtbetriebsrat. Zum Schluss las er den Aufruf zur Solidarität des Krisenkomitees in Uitenhage vor.

Uhl reagierte darauf, indem er die Metaller aus Berlin runtermachte: Jeder wisse doch, wie solche Soli-Erklärungen wie die aus Berlin zustande kämen, da hielte einer 'ne schöne Rede und jeder stimmte zu. Aus Brasilien und Mexiko sei ihm nichts bekannt. Der Standort Südafrika schreibe seit Jahren rote Zahlen und sei sowieso von der Unterstützung aus Deutschland abhängig.

Zum Schluss der Versammlung meldete sich noch ein Kollege zu Wort und meinte, es gäbe doch zwei unterschiedliche Darstellungen, daher schlage er vor, einen Arbeitskreis einzurichten, um mehr Infos zu bekommen. Dies wurde vom Werks-VKL abgelehnt mit den Worten: Wir haben durch den Kollegen Uhl genug Informationen. Er dankte Uhl für seinen Einsatz und schloss die Versammlung. ■